

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,50 M., monatl. 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 30 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 5. Mai 1897.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Ein Staatswesen auf Kündigung.

Giebt es wirklich ein Staatswesen, dessen Bestand theoretisch nicht für die Ewigkeit aufgebaut ist, das faktisch, nicht nur im Ideengange der Staatsrechtslehre, auf Grund eines geschriebenen, in bestimmten Zeiträumen ablaufenden bezw. der Erneuerung bedürftigen Vertrages besteht? Ja, ein solches Staatswesen existiert und zwar nicht in der Südsee oder in Patagonien, sondern im Herzen Europa's. Eine der europäischen Großmächte, eine der mit uns zum Dreieck vereinigt Staaten, die österreichisch-ungarische Monarchie ist ein solcher Staat auf Kündigung. Oesterreich als ständische Monarchie war eine Gruppe von selbstständigen Staaten, die theoretisch nur dem Herrscher, aber nicht einmal die Erbfolge-Ordnung gemeinsam hatten.

Karl VI. Bemüht war darauf gerichtet, an Stelle des gemeinsamen Herrschers die Gemeinsamkeit der Herrscherfamilie, mit anderen Worten, für alle Königreiche und Länder dieselbe Erbfolge-Ordnung durch die pragmatische Sanktion zu schaffen. Seine Nachfolger Maria Theresia und vor allem Joseph II. hatten das Ziel, einen einheitlichen Staat zu schaffen, aber schon Leopold II., Franz II. lockerten wieder, den Wünschen des böhmischen und ungarischen Adels entsprechend, das Staatsgefüge. Das erstarkende Nationalgefühl der Ungarn konnte aber durch kleine Konzessionen nicht mehr befriedigt werden, sie forderten in der Revolution von 1848/49 die Selbstständigkeit des Staatswesens und später sogar die Vertreibung der Habsburger. Als Nikolaus des Ersten Kosaken die ungarische Revolution niedergeschlagen hatten, die letzte ungarische Armee bei Vilagos die Waffen gestreckt hatte, Komorn gefallen war, Windischgrätz und Jellacic auch über Wien obzogen hatten, da begann mit der Aufhebung der Verfassung eine unerhörte Bedrückungspolitik, die zwangsmäßige, den deutschen Namen noch heute das eintragende Germanisierung Ungarns durch die „Bachufjaren“. Diese Gewaltspolitik führte zu dem direkten Gegenteil des Ertrahens. Von der Verschmelzung der Landestheile war keine Rede, nur kräftiger, zielbewusster, einheitlicher trat das ungarische Nationalbewusstsein auf, die Schaffung eines Parlaments für Gesamt-Oesterreich wurde mit der Abstimmungsfrage beantwortet, alle halben Zugeständnisse wurden zurückgewiesen, die Verhandlung auf Grund der revolutionären Verfassung von 1849 war die Basis, von der die Ungarn ausgehen wollten. In Wien war man zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Eingehen auf die ungarischen Ansprüche nicht zu vermeiden sein würde. Beschleunigt wurde diese Erwägung durch die auswärtige Politik. Schon im italienischen Kriege rechnete man in der Wiener Hofburg mit dem Ausbrüche einer Revolution in Ungarn und 1866 wagte man nicht, magyarische Regimenter dem Feinde bereitwillig entgegenzustellen und die Verhandlungen Bismarck's mit General Klapka wegen Entschaffung einer aufständigen Bewegung in Ungarn haben die Nothwendigkeit, Ungarn statt durch Zwangsmaßnahmen durch Zugeständnisse zu gewinnen, völlig klar gelegt.

So kam es bald nach dem Friedensschlusse zu dem Ausgleich mit Ungarn. Der Kaiser von Oesterreich ließ sich als König von Ungarn krönen. Ungarn erhielt eine von Oesterreich vollständig unabhängige Verwaltung und Verfassung, eigenes Parlament und selbstständiges Ministerium, ja in der Honvedarmee eine eigene Landwehrarmee. Alle äußeren Hoheitsrechte, wie die magyarische Landessprache, besondere Landesfarben und Wappen, eigene Münze, selbständige Post und dergleichen wurde Ungarn zugestanden. Aber einige Angelegenheiten blieben den beiden Reichshälften Ungarn — den „Ländern der heiligen Stephanskrone“ — und Oesterreich — den „im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern“ — gemeinsam: die auswärtige Politik, das gemeinsame Kriegsheer, die gemeinsame Staatsschuld, die Verwaltung der gemeinsamen Finanzen, wozu später noch die Verwaltung der österreichischen Nationalbank in die „österreichisch-ungarische Bank“ und die Verwaltung der auf Grund des Berliner Vertrages okkupierten türkischen Provinzen Bosnien und die Herzegowina und einige unerhebliche gemeinsame Angelegenheiten wie z. B. die Subventionierung der großen, den Handel mit dem Orient und Ostasien vermittelnden Schiffahrts-Gesellschaft, des österreichisch-ungarischen Monopols hinzukamen; ein gemeinsames Ministerium, dem der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des kaiserlichen Hauses, der Reichs-Kriegsminister und der gemeinsame Finanzminister, dem die Zivilverwaltung Bosniens und der Herzegowina untersteht, angehören. Dem Ministerium steht zur Seite ein gemeinsamer Rechnungshof und die „Delegationen“, die aus den beiden Häusern des österreichischen Reichsrathes und des ungarischen Reichstages gewählten Vertretungskörper, die gefordert tagen und beschließen über die ihnen von der gemeinsamen Regierung zugehenden Vorlagen. Im wesentlichen besteht ihre Aufgabe in der Feststellung des Etats der gemeinsamen Verwaltung und in der Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollrechte dieser Verwaltung und der Reichspolitik gegenüber.

Die gemeinsamen Auslagen für die Armee, abgesehen von der Landwehr, den diplomatischen Dienst, die gemeinsame Staatsschuld, die Beamtengehälter, Pensionen u. werden im wesentlichen gedeckt durch die Reinerträge des Zollgefälles und die Beitragquoten der Regierungen. Bisher wurden diese Quoten in der Art ermittelt, daß von dem gesammten nach Abzug der eigenen Einnahmen und der Zollerträge er-

mittelten Finanzbedarfe 2 pCt. zu Lasten des ungarischen Staates angeschrieben werden. Von dem dann zu ermittelnden Reste hatte Oesterreich 70 pCt., Ungarn 30 pCt. zu decken. Es handelt sich bei diesem Etat um folgende Summen nach den Festsetzungen für das laufende Etatsjahr und zwar Ausgaben in Gulden ö. W. (à 1,70 M.)

|                         |             |
|-------------------------|-------------|
| Ministerium des Aeußern | 4 096 900   |
| Kriegsministerium       | 140 179 679 |
| Finanzministerium       | 14 081 260  |
| R.chnungshof            | 2 093 500   |
|                         | 133 392     |
| Zusammen                | 180 584 751 |

(ca. 270 Millionen Mark.)

Dieses Erforderniß wurde gedeckt durch:  
 Einnahmen der verschied. Verwaltungszweige 2 741 263  
 Netto-Einnahme der Zölle 50 578 130  
 Zuschuß des ungarischen Staatsschatzes 2 145 407  
 Beitrag (70 pCt.) der österreichischen Länder 73 587 452  
 Beitrag (30 pCt.) der ungarischen Länder 31 587 479  
 Dazu kommt das außerordentliche Erforderniß für die Truppen in Bosnien, in der Herzegowina und im Umgebete, das Deckung fand durch:

|   |           |
|---|-----------|
| Einnahmen der Heeresverwaltung                | 40 000    |
| Zuschuß des ungarischen Staatsschatzes        | 69 860    |
| Beitrag (70 pCt.) der österreichischen Länder | 2 396 193 |
| Beitrag (30 pCt.) der ungarischen Länder      | 1 026 942 |

Demnach hat Oesterreich für die laufenden gemeinsamen Ausgaben im Jahre 1897 zu zahlen 75 983 630 fl., Ungarn dagegen nur 34 779 688 fl. Im wesentlichen hat sich an diesem Verhältnis seit 1867, wo der erste staatsrechtliche Vertrag nach dem Zoll- und Handelsbündniß zwischen Oesterreich und Ungarn geschlossen wurde, nichts geändert.

Damals war Ungarn ein armes, unorganisiertes, vernachlässigtes Land ohne Eröffnung der wirtschaftlichen Hilfsquellen, ohne ausgebautes Eisenbahnetz, mit einer Anzahl der dringendsten und kostspieligsten Aufgaben, wie Schulbauten gegen Ueberschwemmungen, Organisation des Schulwesens u. c. In den dreißig Jahren seiner wirtschaftlichen Selbstständigkeit hat Ungarn ein enges Eisenbahnnetz erbaut, sind zahlreiche Fabriken, Uferschuttbauten entstanden, der Kurs der Staatsschulden hat sich außerordentlich gebessert.

Hält man der Ruhmredigkeit der Ungarn noch so viel zu gute, so ist es doch klar, daß es nicht mehr die Rücksicht und Nachsicht seitens Oesterreich verdient, wie im Jahre 1867. Niemand fordert in Oesterreich, daß Ungarn in gleicher Weise zu den finanziellen Lasten beiträgt, wie Oesterreich, wenn auch beide Reichshälften in bezug auf die parlamentarische Vertretung, auf den Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten vollständig gleiche Rechte haben und Ungarn wegen seiner revolutionären Vergangenheit, wegen der größeren Macht des Parlaments auf größere Zugeständnisse seitens des Monarchen auch bei den gemeinsamen Angelegenheiten rechnen darf wie Oesterreich.

Früher hat das österreichische Parlament und das österreichische Ministerium dem Wunsche des Kaisers entsprechend Ungarn gegenüber stets nachgegeben. Diesmal ist der Sieg den Ungarn aber nicht so leicht wie bisher. Das österreichische Parlament ist eben aus Neuwahlen hervorgegangen. Die Abgeordneten haben in ihren Kandidatenreden, die Parteien in ihren Wahlprogrammen versprochen, für die Entlastung Oesterreichs bei den Ausgleichs-Verhandlungen zu sorgen. Die Oesterreicher berufen sich auf die omtlichen Berichte der ungarischen Regierung, die einen kolossalen Aufschwung des Landes konstataren.

Wie wenig dieses Verhältnis von ca. 70 pCt. zu ca. 30 pCt. anrecht zu erhalten ist, geben die folgenden Vergleichszahlen:

|                |                         |                    |
|----------------|-------------------------|--------------------|
| Flächeninhalt  | Oesterreich 800 252 qkm | Ungarn 325 325 qkm |
| Bevölkerung    | 24 786 700              | 17 928 544         |
| Einnahmen      | 1 332 012 980 M.        | 946 128 796 M.     |
| Staatsschulden | 8 304 422 998 M.        | 4 688 978 276 M.   |

Schon im vorigen Jahre, als der 1887 für zehn Jahre abgeschlossene Ausgleichsvertrag auf 10 Jahre erneuert werden sollte, war eine Einigung nicht zu erzielen, der Vertrag mußte auf ein Jahr verlängert werden. Nun muß die zehn-jährige Verlängerung wieder von den Parlamenten und Regierungen beschlossen werden. Ueber alle Punkte scheint man sich einig, zahlreiche Zugeständnisse sind an Ungarn gemacht worden in der Voraussetzung, daß sich Ungarn in der Quotenfrage entgegenkommend zeigen wird. Daß Ungarn Zugeständnisse machen muß, steht das Ministerium Bausky und ein Theil des ungarischen Parlamentes ein. Ueber die Höhe des von Ungarn zugestandenen, von Oesterreich geforderten Prozent-Verhältnisses verläutet nichts bestimmtes; man nimmt an, daß Ungarn nicht 34 1/2, Oesterreich 65 1/2 pCt. zu den gemeinsamen Angelegenheiten beisteuern wird, ein Verhältnis, das für Ungarn noch immer höchst günstig wäre. Vorläufig aber sind die Verhandlungen gescheitert. Das österreichische und ungarische Parlament haben zur Einigung über das Verhältnis der Deckung der gemeinsamen Ausgaben sogenannte Quotenkommissionen erwählt, die die Vorarbeiten machen und über einen für beide Parlamente annehmbaren Vorschlag sich einigen sollten. Diese Verhandlungen haben jedoch resultatlos geendet, auch die Minister scheinen zu keiner Einigung zu gelangen. Man fürchtet das Scheitern des Ausgleiches um deshalb Ministerkrisen sowohl in Oesterreich wie in Ungarn. Sicher ist, daß

der Kaiser, also der den beiden Reichshälften gemeinsame Machtfaktor im Interesse der Großmachtsstellung Oesterreich-Ungarns den Beschluß des Ausgleichs zu erzwingen sucht, daß das Nichtzustandekommen desselben von unabsehbaren wirtschaftlichen und politischen Folgen, und nicht ohne Rückwirkung auf die internationale Lage wäre.

Wir sind überzeugt, daß der Ausgleich zu stande kommen wird, weil zu viel hiervon abhängt, weil der Druck, den die Krone Oesterreichs auf die Staatsmänner und das Parlament ausüben kann, stets seine Wirkung gethan hat. Jedenfalls ist aber der offen zu Tage liegende Konflikt eine der interessantesten politischen Erscheinungen der Gegenwart und die Lösung desselben darf auf das Interesse aller Politiker rechnen.

Und gelingt die Lösung, so steht Oesterreich und Ungarn nach zehn Jahren vor den gleichen Schwierigkeiten.

### Die Orientfrage und das Makedonien Europa's.

Von G. M. Gynman.

London, den 18. April.  
 Vor vier Wochen schickte ich dem „Vorwärts“ einen Artikel über die Lage im Orient. Obgleich nun das „europäische Konzert“ uns mit keiner sehr harmonischen Symphonie beglückt hat und die griechische Angelegenheit trotz der Freischärer-Komödie so ziemlich auf dem alten Fleck ist, so hat die gewaltige Agitation in Großbritannien, die so gewaltige Thaten herbeiführen sollte, sich noch schwächer und jämmerlicher erwiesen, wie ich erwartet hatte. Der „unaussprechliche Türke“ hat sich durch die nonkonformistischen Pfaffenflüche und Zeitungs-Tiraden nicht nur nicht aus Europa weggehen lassen, sondern scheint sogar noch über eine sehr bedeutende Lebens- und Kampfkraft zu verfügen. Ich für meinen Theil habe nicht den leisesten Zweifel, daß die Türken, falls die Großmächte neutral bleiben, viel eher Griechenland zurückerobern werden, als daß die Griechen Makedonien bekommen. Und die tapferen Salon-Zungen-drescher, die seit Monaten das arme Griechenland in den Krieg zu ziehen bemüht waren, dürften sich jetzt, so vermüthe ich, wohl etwas schämen. Alles, was diese Schwadronne erreicht haben, ist, daß die türkische Regierung sich noch enger an Rußland angeschlossen, und daß der Sultan diplomatische und finanzielle Hilfe erlangt hat, die er sonst nicht empfangen hätte. In der That, wenn unsere säbeltrübenden Gefäßbläser sich der traurigen Rolle, die sie spielen, bewußt wären, müßten sie sich in die innerste Seele hinein schämen. Sie werden es aber nicht thun. Religiöse Fanatiker und politische Stückenpferd-Reiter sind gegen die Logik der Thatfachen mit dreifachem Erge gepanzert.

Es ist unmöglich, Areta und die ehrgeizigen Pläne Griechenlands getrennt von der allgemeinen Politik zu behandeln, welche dem türkischen Reich gegenüber zu verfolgen ist. Der Vorschlag, dieses verfallende Reich, gleich Polen, unter die Großmächte zu vertheilen, ist wenigstens entschiedene und deutliche Politik. Pläne für die Theilung der Türkei sind seit 100 Jahren auf der Tagesordnung. Allmächtig, rückwärts ist sie schon thatsächlich getheilt worden: Griechenland, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Bosnien und die Herzegowina, sowohl wie Egypten, ein großer Landtheil von Kleinasien und verschiedene Inseln sind von der Türkei losgerissen und unter andere Botmäßigkeit gebracht worden. Aber die Schwierigkeiten des Theilens vermehren sich, je näher man dem Mittelpunkt des Reichs kommt. Es ist gar wohlfeil, auf den Sultan zu schimpfen, die Ornel des türkischen Regiments zu vernichten — das übrigens, wie schon früher gesagt, um kein Haar breit schlimmer ist als das russische — und nach sofortiger Theilung schreien. Das klingt ganz prachtvoll in einer geleiteten Guildhall-Verammlung und liest sich am anderen Morgen gar hübsch in der Zeitung. Allein der Vorschlag steht nicht ganz so vielversprechend aus, wenn einige Hunderttausend türkische Soldaten Widerspruch dagegen erheben, daß ihr Land — in welchem sie etliche hundert Jahre lang gelebt haben — ihnen so ohne weiteres weggenommen wird. Noch weniger einladend sieht die Sache aus, wenn plötzlich hinter diesem häßlichen Thier von einem Türken, daß wahrhaftig die Freiheit hat, sich seiner Haut zu wehren, eine oder einige der Mächte erscheinen, denen ein Beutestück zugebacht ist, und statt nach der Beute zu greifen, ihre Hand schützend vor das abscheuliche Vieh halten. Das war die Lage, in die sich Lord Salisbury versetzt sah, als er die überlieferte Politik Englands gegen über der Türkei mit einem Male umkehren wollte. Diejenigen, welche sich der Zerrissung des türkischen Reichs, trotz seiner jetzigen Schwäche entgegenstellen, verkennen sicherlich nicht die Mängel seiner Regierung und bebauern die Ausschreitungen seiner ungezügelten Völkerschaften der christlichen sowohl wie der mohammedanischen — sicherlich ebenso lebhaft wie der begeisterten Politikaster mit nonkonformistischem Großen, der seinen Witzköpfe befeuernden Jörn in glühenden Tischnreden und Zeitartikeln Luft macht. Aber angeht die Gefahr, daß Rußland geklärt und ein europäischer Krieg hervorgerufen wird — angeht's ferner der Thatfache, daß von allen Völkern des türkischen Reichs die Türken weitans das tüchtigste (by far the finest) sind, haben sie die Ueberzeugung gewonnen, daß es viel vernünftiger ist, den Türken ihre eigene Regierung verbessern zu helfen, als sie einer noch schlechteren Regierung zu überliefern. Diese Ansicht hatte und verlor der Schreiber dieses schon im Jahre 1878 mit allem Nachdruck, und an ihr hält er heute noch fest, da er durch den Gang der Dinge nur bestärkt worden ist. Und wenn sich ein Einvernehmen zwischen Frankreich und England erzielen läßt, ist eine solche Politik auch jetzt noch leicht durchzuführen. Unglücklicherweise hat dieselbe politische Kluge in England, die so während auf die Türkei losdonnert, die Durchführung einer solchen Politik der Reform und Reorganisation hintertrieben.

Die englischen Offiziere und Beamten, die im Einvernehmen mit den übrigen Großmächten, nach Kleinasien geschickt wurden, um

\*) Der Aufsatz ist vor Ausbruch des Krieges geschrieben, was den Inhalt jedoch nicht berührt. N. d. V.

mit dem Volk und den Verhältnissen fähig zu haben und eine geordnete Sicherheitspolizei einzurichten, wurden von der Regierung Gladstone's sofort — 1880 — zurückerufen. Aber selbst ohne europäischen Einfluß ist in der Türkei überall, wo ein guter türkischer Verwaltungsoffizier, wie Midhat und Rustan, die nötige Unterstützung fand, eine gute Regierung an die Stelle der Schlechten getreten.

Über gute Regierung unter türkischer Herrschaft ist gerade das was Rußland und die christlichen Handwerker Rußlands West-Europa's sowohl in Asien als in Europa zu verhindern beabsichtigt sind. Diese betrachten Rußland, und sprechen es offen aus, als „die von der Natur und der Vorsehung zur Herrschaft über die Christen des Orients bestimmte Macht.“ Die Politik, welche die Reorganisation der Türken unter mohamedanischer Herrschaft verbinden will, hat darum zum Ziel: Kleinasiens, Konstantinopel und den Bosphorus den Moskowitern, und die europäische Türkei den moskowitzischen Agenten zu überliefern. Für England ist das unter allen Umständen die Alternative. Allein Rußland selbst, das doch den Löwenanteil empfangen soll, hatte es nicht eilig, sofort Besitz von dem zu ergreifen, was es später mit geringeren Opfern und Anstrengungen sicher zu erreichen hofft. So hat denn dieser westeuropäische Kreuzzug gegen den Mohamedanismus, den, wie ich sehe, die „Neue Zeit“ billigt, das Ergebnis gehabt, den Sultan von derjenigen Macht abzuwenden zu machen, die früher die Integrität der Türkei aufrecht erhielt mit der Absicht, Reformen einzuführen, und ihn in die Arme derjenigen Macht zu jagen, welche die Integrität der Türkei aufrecht erhält, um Reformen zu verhindern. Meines Erachtens war es heller Wahnsinn (sheer madness), eine solche Politik anzunehmen, und ist es der reinste Blödsinn (downright idiotcy), sie weiter zu verfolgen.

Und nun einen Blick auf die Kreter Angelegenheit, die unmittelbare Ursache der gegenwärtigen Wirren und den Anlaß zu dem sommers „europäischen Konzert“ unter Leitung des russischen Kapellmeisters. Kreta ist eine Insel mit 300.000 Einwohnern, wovon ein Drittel Mohamedaner. Es ist seit 2000 Jahren und mehr als ein unruhiges Stüchlein Erde bekannt; und hat auf die eine oder andere Weise unter der türkischen Herrschaft einen ziemlich hohen Grad von Wohlstand erlangt. Vor einiger Zeit brachen Unruhen aus, theils infolge innerer Ursachen, theils von außen angehaucht. Die Mächte forderten Reformen und bestanden darauf, daß die Türkei sowohl als Griechenland die Hand von Kreta fernhalten sollten. Die Türkei hat das ehrlich gethan, Griechenland nicht. Die Unruhen werden erst, der Griechen schändlichen Soldaten. Sehr natürlich, gemiß. Auch der Houbzug des Jameson war sehr natürlich. Aber die Mächte erklärten den Raubzug der Griechen für einen Treubruch, und sagten, wenn Kreta auch keinen Nachtheil davon haben soll, so doch Griechenland keinen Vortheil. Ist das etwas so Abscheuliches? Rechtfertigt es, daß Griechenland nun mit Krieg auf dem Festlande droht, wenn es Kreta nicht annektieren darf — mit einem Krieg, der ganz Europa in Brand setzen kann? Rechtfertigt es, daß unsere schneidigen Pfaffen und Homercule-Giferer des Unterhauses die Kreter zum Krieg aufstacheln, weil Kreta genau die Form der Autonomie haben soll, die sie selber für Irland befehrworten? Ich denke: nicht. Und mehr: daß wohlhabende Kreta dem bankrotten Griechenland preisgegeben, daß nur ein neues Ansehen in Szene setzen will und die Insel sicherlich sehr bald durch Steuern und Mißwirtschaft zu Grund richten würde — es wäre ein schweres Unrecht, und sollte mindestens nicht eher geschehen, als bis die Kreter in der Lage gewesen sind, nach der Entfernung des Obersten Bassos frei und ehrlich darüber abstimmen. Die Herren der „Neuen Zeit“ mögen sich merken: auf Sizilien war keine mohamedanische Bevölkerung, die von christlichen Bürger-schneidern niedergemetzelt werden konnte, als Garibaldi mit seinen „Tausend“ in Marfala landete. Und ist es, auch wie die Dinge sind, etwa so ganz gewiß, daß Sizilien, wenn das Volk heute abzustimmen hätte, sich, statt für Autonomie, für Annexion an das piemontesische Italien erklären würde? Solche historische Analogien können sehr leicht irreführen. Soviel steht indessen fest: das Beispiel Siziliens ist nicht gerade ermutigend für Kreta, wenn an Annexion gedacht wird; und für mich sowie für viele andere Italianissimi (Italienschwärmer) der Jahre 1859—1870 ist das „einige Italien, das selbstgemachte Italien“ — Italia una, Italia fatta da se — eine recht arge Enttäuschung. Kreta unter rein türkischer Herrschaft zu halten, ist unmöglich, und es freut mich, daß die Kreter Selbstregiment unter festen Garantien bekommen, wie immer es auch erlangt wird. Wogegen ich, und ich glaube, die große Mehrheit der Engländer sich wenden, das ist die Annahme, daß Annexion an Griechenland ein wesentliches Erfordernis sei, und daß sie durch einen europäischen Krieg herbeigeführt werden soll. Da ich die extrem-türkenseindliche Politik Lord Salisbury's prinzipiell verwerle, so kann ich demzufolge auch nicht sehen, was er in diesem Augenblick von seinem Standpunkt anderes thun könnte, als was er thut. Er selbst gab Rußland die leitende Rolle im Konzert, während er gleichzeitig auf anderen Gebieten mit der deutschen Regierung in Streit gerieth; und jetzt haben wir alle zu warten, bis den Völkern die Wahrheit aufdämmert, daß die Interessen der russischen Regierung und die der zivilisirten Völker des Westens sich weit weniger mit einander vertragen, als die Interessen der Türkei und die der Völker des Westens.

Aber man sagt nun, für Griechenland sein, heiße nicht für Rußland sein, Rußland selbst widerstehe sich heute der Vergrößerung Griechenlands, und heute sei es gerade dieser Widerstand Rußlands der — wie wir alle sehen — den Franzosen die Augen öffne. Daß Rußland sich jetzt der Annexion Kreta's durch Griechenland widersteht, ist wahr, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Was die Griechen exträumen, ist ein großes griechisches Reich, das Konstantinopel und Salonika enthalten, Makedonien annektieren, die Levante beherrschen, und Kleinasien unter seinem Einflusse haben soll. Dies ist ganz himärisch und selbst wenn es dies nicht wäre, würde die griechische Herrschaft ebenso schlecht und für einige der Völker-schaften, die Griechenland sich aneignen will, noch schlechter sein als die türkische.

Es ist unmöglich, so zu thun, als seien der Einfall in Kreta oder die angedrohte Attacke auf die türkischen Stellungen in Thessalien ernsthaftige Versuche zur Lösung der Orientfrage. Und Rußland tritt den Griechen jetzt nur entgegen, weil sein augenblickliches Interesse es mit sich bringt, den Sultan vorläufig zu unterstützen, während die französischen Sympathien für Griechenland ebenso wenig verlässlich und substantiell sind, wie die französischen Sympathien für Polen. Nein, ich mag die Frage betrachten, von welcher Seite ich will, als Engländer und als Sozialdemokrat kann ich nur voll und ganz übereinstimmen mit dem Standpunkt, welchen der (Redakteur des) „Vorwärts“ in der Orientfrage eingenommen hat. Der gefährliche Feind, den der menschliche Fortschritt und die Demokratie auf der Welt haben, ist Rußland. Die Türkei kann der natürlichen Entwicklung Europa's keine Hindernisse in den Weg legen. Rußland kann und will dies. Rußland thut es schon jetzt. Jede Politik, die darauf hinczielt, die Türkei in die Arme Rußlands zu werfen, dessen Stimme in dem Rathe Europas den Ausschlag giebt, ist darum eine für die Wohlfahrt der europäischen Völker, das russische selbst mit eingeschlossen, verwerthliche Politik. Der jämmerliche, an sich lächerlich unbedeutende griechisch-türkische Spießkampf hat die öffentliche Aufmerksamkeit von den ungleich wichtigeren Fragen abgelenkt und es sich in Wirklichkeit handelt. Während die Gesellschaftspolitiker weinen und klagen und ihre Gewänder zerreißen im Jaumerr mit die türkischen Grenz-schützen und stärken sie direkt und indirekt ein Regiment grauämster Unterdrückung, das schon jetzt schwer auf Europa laftet, und im Lauf der Jahre noch weit unheilvoller für uns sein wird, wenn die europäischen Kulturvölker nicht ihre untergeordneten Streitigkeiten vergessen und sich zusammen thun, um diesen gemeinsamen Feind über unschädlich zu machen.

Nachschritt. Es verdient vielleicht in diesem Zusammen-hang erwähnt zu werden, daß wir englische Sozialdemokraten

unserem liberal-sabianischen Freund Bernstein, der, wie ich glaube, einer der Redakteure der „Neuen Zeit“ ist, nichts recht machen können. Wir haben die Megeleien und Schwindelereien der Chartered Company in Ostafrika-Land nach Kräften bekämpft und gebremst. Nach Bernstein's Ansicht waren wir ganz im Unrecht. Rhodes, Rothschild, Bisse, Beit u. Co. wirken nach seiner Ansicht sehr Gutes in Ostafrika. Wir allein von sämtlichen Parteien in England haben gegen unser niederträchtiges Regiment in Britisch-Indien agitiert, das von den armen Eingeborenen über 500 Millionen Pfund Sterling (10.000 Millionen Mark!) erpreht, diese kolossale Summe aus dem Lande herausgezogen, und hierdurch wie durch sonstige schmachvolle Praktiken die gegenwärtige fürchterliche Hungersnoth verschuldet hat. Nach Bernstein überstreifen wir freventlich und haben keine Augen für die Segnungen, die das indische Volk dem britischen Regiment verdankt. Das hat er unseren Kameraden häufig gesagt. Wir wollen nichts mit den liberalen Arbeiterfreunden zu thun haben, die nach Salisfax gingen, um die Wahl Tom Mann's zu bekämpfen. Nach Bernstein's Meinung hätten wir mit der „Masse“ der englischen Arbeiter gehen müssen, einerlei, wohin sie gehen. Jetzt haben wir es abgelehnt, in das beschwerliche scheindemokratische Geschrei von Griechenland und Kreta und dem „Heiligen Rußland“ einzustimmen, welches von dem „Daily Chronicle“ und dessen hysterischen Pfaffen männlichen und weiblichen Geschlechts angestimmt worden ist und mit vollster Ungeheuerkeit betrieben wird. Da kommen wir aber bei Freund Bernstein gar über an. Hier sind wir erst recht auf dem Holwege, und ich indiffohere sollte jetzt im Lande herumziehen und das Volk aufreithen, daß es Krieg für Griechenland fordere. Daß Genosse Bernstein in so manchen Punkten von unseren Anschauungen abweicht und den deutschen Genossen kein ganz richtiges Bild unserer Bewegung giebt, das ist sehr schmerzlich für uns. Ich hoffe aber, ein besseres Einverständnis wird sich anbahnen. Die Bewegung in England geht entschieden vorwärts. Wir haben freilich hart zu kämpfen, und bis vor kurzem herrschte nicht genügende Eintheiligkeit der Auffassung unter uns. Doch das bessert sich mehr und mehr. Und unsere deutschen Genossen, an deren Achtung uns so viel gelegen ist, werden finden, daß die englischen Sozialdemokraten trotz aller Schwierigkeiten die ihnen zugefallene Aufgabe auch erfolgreich durchzuführen werden. Und Freund Bernstein kann uns, wenn er uns nimmt, wie wir nun einmal sind, dabei viel helfen.

(Bei der Sozialität unserer englischen Genossen und bei dem peinlichen Gerechtigkeitsbegriff unseres Freundes Bernstein sind wir der festen Ueberzeugung, daß die gegenseitigen Mißverständnisse, die auch wir bedauern, allmählig schwinden und einem harmonischen Zusammenwirken Platz machen werden. Harmonie ist ja nicht Monotonie, und sie schließt Verschiedenheit des Tons und Empfindens nicht aus. W. L.)

## Politische Uebersicht.

Berlin, 4. Mai.

Aus dem Reichstage. Trotz einer verhältnißmäßig langen Tagesordnung verlief die heutige Sitzung ungemüht rasch. Die Punkte 1, 2 und 3 über allgemeine Rechnungslegung und den Etat der Schutzgebiete wurde fast ohne Debatte erledigt und bei Punkt 4, Servistarif, trugen nur die Abgeordneten, welche Städte mit niedriger Servistaxe vertreten, die Wünsche der betreffenden Gemeindebehörden um Aufhebung in eine höhere Klasse vor. Auf eine Anfrage Richters nach dem Stande der Gesetzesvorlage betr. den Militärstrafprozeß antwortete der Minister mit einigen Verlegenheits-Bemerkungen. Ganz sang- und klanglos wäre die zweite Lesung des Gesetzes über die anderweitige Bemessung der Wittwen- und Waisengelder erledigt worden, wenn nicht unser Genosse Stadthagen eine Reihe von Anträgen eingebracht hätte, welche sich durchweg auf Erhöhung der niedrigen Sätze bezogen. Unser Genosse begründete seine Anträge mit dem Hinweis, daß das Reich die Wittwen und Waisen seiner niederen Beamten nicht schlechter bedenken solle, als wie die Großstädte dies mit ihren Armen thun. Natürlich hatten diese Ausführungen nicht den geringsten Erfolg und lehnte die Majorität alle Anträge unseres Genossen ab, während die Regierungsvorlage ohne Abänderungen Annahme fand.

Kurz nach 4 Uhr war die Sitzung zu Ende, welche damit begonnen hatte, daß Herr v. Kardorff für seine gestrige Ungezogenheit gegen die Abgeordneten Dr. Barth und Richter einen nachträglichen Ordnungsruf erhielt.

Morgen 2 Uhr: Auswanderungs-Gesetz.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde heute bei der weiteren Beratung des Kultusetats beim Kapitel „Universitäten“ dem Kultusminister Gelegenheit gegeben, sich über den Fall Kron's und über seine Grundsätze bei der Befegung nationalökonomischer Lehrstühle zu äußern. Daß es sich hierbei um bestellte Arbeit handelte, beweist die Ungeschicklichkeit, mit welcher der für derartige Dienstleistungen ausserlehene Offiziosus der „Post“, der Abg. Frhr. v. Jedlich (H.) die Sache zur Sprache brachte. Aufzupfeuern an den im „Vorwärts“ erdohenen Vorwurfe, daß das Abgeordnetenhaus, statt sich mit aktuellen Fragen, wie die Fälle Kron's und Jostrow, zu beschäftigen, seine Zeit mit Paritätdebatten und Polendeckungen verzeitere, betonte der Redner die Nothwendigkeit, in ähnlichen Fällen einzugreifen und hierfür eine formell rechtliche Grundlage zu schaffen. Der unfruchtliche Charakter der Sozialdemokratie sei von Ober-Verwaltungsgericht als gerichtsvollständig anerkannt, es sei also unzulässig, daß ein Sozialdemokrat im Lehrkörper einer staatlichen Hochschule sitze. Wenn die bestehenden Gesetze nicht ausreichten, so müßte die Gesetzgebung einschreiten.

Der Kultusminister Woffe schilderte zunächst ausführlich die Vorgeschichte des Falles Kron's, dessen Bedeutung im allgemeinen in der Öffentlichkeit überschätzt sei. Nachdem die philosophische Fakultät dem Privatdozenten Dr. Kron im Juli 1885 eine Verwarnung ertheilt und ihm gerathen hatte, sich in Zukunft der sozialdemokratischen Agitation zu enthalten, habe er, der Minister, sich die Frage vorgelegt, ob er von Aufstich wegen gegen Dr. Kron's einschreiten könne. Aus dem von ihm eingeholten Gutachten habe sich aber ergeben, daß es an einem festen Rechtsboden fehle. Aus dem Verlaufe der Angelegenheit habe er den Schluß gezogen, daß es nothwendig sei, zunächst Ordnung und Klarheit in die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten zu bringen. Es sei im Ministerium ein Gesetzentwurf in dieser Beziehung ausgearbeitet, über den die Universitäten gehört seien und über den gegenwärtig Verhandlungen mit den anderen beteiligten Ressorts schweben. Die in der Presse ausgesprochene Behauptung, es dürfe gegen die Privatdozenten überhaupt keine Disziplinalgewalt bestehen, könne er nicht begreifen, denn man könne unmöglich den jungen Privatdozenten, die das Recht haben, in den Lokalen des Staates und unter Benutzung der staatlichen Lehrmittel Vorlesungen zu halten, ein Privilegium vor den Professoren genähren. Der Staat muß gegen die Privatdozenten eine Disziplinalgewalt haben. In dem Falle Kron's habe die Sache freilich keine große Rolle, denn Dr. Kron's sei nach der Verwarnung in keiner Weise mehr agitatorisch hervorgetreten, er habe sich auf seine Vorlesungstätigkeit beschränkt, und es sei nicht der leichste Verdacht darauf vorhanden, daß er seine Vorlesungen benutzt hätte, um seinen Zuhörern auch nur andeutungsweise sozialdemokratische Gedanken beizubringen. Diese Gefahr bestehe auch nicht, denn dazu ließe Dr. Kron's viel zu wissenschaftlich. Freilich habe der bloße Gedanke, daß ein Privatdozent, der der sozialdemokratischen Partei angehöre, Vorlesungen halten dürfe, an sich etwas Besondere.

Im weiteren Verlaufe der Debatte führte Abg. Dr. Fr. mer (L.) unter dem Beifall seiner Freunde aus, daß ein Privatdozent, der sich an der sozialdemokratischen Agitation betheilige, nicht auf den Gehaltsbezug. Selbst auf die Gefahr hin, daß man ihm vor-

werfe, er verteidige nicht die Freiheit der Wissenschaft, müsse er doch auf die eigenartige Stellung der Privatdozenten hinweisen, die zwar keine öffentlichen Beamten seien, aber doch unter der Autorität des Staates lehren. Es verleihe das öffentliche Bewußtsein, wenn man weiß, daß ein Mann in so wichtiger Stellung, der unsere künftigen Beamten heranziehen solle, nicht bloß sozialdemokratischen Lehren huldigt, sondern auch durch Vorträge oder durch Spenden von Geldmitteln sich an der Agitation betheilige. Er nehme die Sache weit ernster als der Minister und wünsche, daß der angeklagte Gesetzentwurf so bald wie möglich dem Hause zugeht.

Zu einer vorzüglichen Rede, die beider bei dem leisen Organ des Redners auf der Tribüne zum theil unverständlich blieb, trat Abg. Dr. Birchow (rsf. Sp.) für die Wahrung der Lehrfreiheit ein. Nach den Universitäts-Statuten hätten die Privatdozenten im Grunde nur mit der Fakultät zu thun, der Minister habe nur das Recht, unter Umständen die Remotion herbeizuführen, er habe aber kein Recht, den Privatdozenten Lehren zu ertheilen oder sie zu beaufsichtigen. Das sei lediglich Sache der Fakultät, die dem Minister dafür verantwortlich sei. Solange das Statut existire, verlange er, daß man es respektire; wer das nicht thue, begrebe einen Rechtsbruch. Wie alle Menschen, so seien auch die Privatdozenten dem Gesetz unterworfen, aber wenn man ohne gerichtliches Verfahren nur durch administrative Einwirkung die Privatdozenten beeinflussen wolle, so greife man die Freiheit der Wissenschaft an.

Die zweite wichtige Frage, über die Frhr. v. Jedlich dem Minister Gelegenheit gab, sich zu äußern, waren die Grundsätze der Regierung über die Befegung nationalökonomischer Lehrstühle. Hierbei seien für ihn, führte Dr. Woffe aus, dieselben Gesichtspunkte maßgebend, die überhaupt bei der Befegung akademischer Lehrstühle in betracht kommen. Er halte es für seine Pflicht, nicht eine bestimmte wissenschaftliche Richtung zu begünstigen, sein Bestreben gehe dahin, alle Richtungen, soweit sie wissenschaftlich legitim seien, zur Geltung zu bringen. Die Lehrfreiheit der Universitäten habe natürlich auch gewisse Schranken; es gebe Vorkommnisse, die unbedingt das Ausschneiden eines Professors aus dem Lehrkörper nach sich ziehen müßten, z. B. der Uebertretung eines katholischen Theologen zum Protestantismus und umgekehrt. Die weiteren Ausführungen des Ministers über Katheder-Sozialismus sowie die sich daran knüpfende Debatte sind durchaus belanglos, der Kuriosität halber sei höchstens der Vorschlag des Frhr. v. Jedlich erwähnt, die Lehrstühle mit Männern aus der Provis zu besetzen. Daß der Redner hierbei irgend einen bankrotten freikonservativen Fabrikanten im Auge habe, ist leicht zu durchsehen. Der Minister versprach, er werde sich bemühen, Männer der Provis zu finden, die geeignet seien, die akademische Lehrthätigkeit anzuknüpfen, er werde ferner, eingebend des Bismarck'schen Wortes, daß man die Henne nicht schlachten soll, die die goldenen Eier legt, dafür sorgen, daß der Standpunkt der Arbeitgeber etwas mehr zur Geltung kommt.

Im übrigen sei aus der heutigen Sitzung noch der Versuch des Abg. Schmieding (natf.) erwähnt, den Prof. Adolf Wagner wegen seiner kürzlich in Vöckum gehaltenen Rede zu denunzieren, die angeblich geeignet sei, den sozialen Frieden zu gefährden. Daß die Nationalliberalen schon durch das Auftreten eines Adolf Wagner den sozialen Frieden bedroht seien, beweist, von einer wie blaffen Furcht diese Mannesfeelen besessen sind, Herr Schmieding wurde übrigens von dem Abg. Stöcker in einer verhältnißmäßig glücklichen Weise abgeföhrt.

Morgen wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

An die verantwortliche Stelle Herrn Stumm zu bringen, das müßte in einem wirklich konstitutionellen Staate Aufgabe des Parlamentes sein. Herr von Stumm hat es verstanden, maßgebenden Einfluß auf Ernennungen zu höchsten Staatsämtern, auf den Gang der Sozialpolitik, auf Befetzungen von Beamten im Saargebiet, auf Disziplinierung von Geistlichen, während dem Reichskanzler unmöglich wurde, seine dem Reichstage bez. der Militär-Strafprozeßordnung und des Vereinsgesetzes gegebenen Versprechungen zu erfüllen, ebenso wenig gelang es ihm, die wegen der Büfengarten-Affäre ihm nothwendig erscheinende Befetzung des Oberpräsidenten v. Bismarck durchzuführen.

So kann man es begreifen, daß Hohenlohe und der mit ihm am meisten verbundene Staatssekretär v. Marschall gerne ihre Ministerportefeuilles anderen überlassen würden. Daß Hohenlohe alt ist und Ruhebedürfnis hat, daß Marschall den Eindruck schwerer Ermüdung macht, weiß jedermann. Wenn nun auch die Gerüchte von einer Regierungskrise für den Augenblick keinen Glauben verdienen sollen, so ist es ebenso sicher, daß über Nacht eine schwere Ministerkrise ausbrechen kann.

Daher die ständige Diskussion in der Presse über den künftigen Reichskanzler. Man weiß, wie schwer es wird, für die höchsten Reichsämter Chefs zu finden, dies zeigt ja auch die auffallend lange Frist, während welcher das Staatssekretariat des Reichs-Postamtes unbesetzt bleibt. Als Nachfolger des Fürsten Hohenlohe soll nun der Name Miquel's auf aller Lippen sein. Wir glauben an mannigfachen Gründen nicht an diese Kombination. Viel plausibler wäre es, daß Herr von Stumm, wenn die Verwaltung der Reunifirchener Werke es gestattet, auch die formelle Verantwortung für die Reichspolitik und die Preußens übernehme, indem er sich selbst als Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten ansucht. Kein Mann ist für den Augenblick geeigneter als Chef der Reichspolitik als der Scharfsmacher.

Der Sozialdemokratie könnte man zu dieser Wahl gratulieren.

Das Junkerthum zeigte sich gestern in seiner ganzen Glorie — und zwar das Schlotjunkerthum ebenso wie das Kratjunkerthum. Herr von Heyl, der Industriepascha vom Rhein und Graf Kanitz, der Landwirtschaftspascha von Ostelbien wetteiferten mit einander in dem edlen Bestreben, Deutschland in einen Jollkrieg mit den Vereinigten Staaten zu verwickeln, und dem deutschen Volke den Brotkorb höher zu hängen — zur größeren Ehre und reichlicheren Fütterung der junkerlichen Nimmersatte. Nichts ist den Herren genug, aber auch nichts ist ihnen zu gering. Sogar auf die amerikanischen Reysel wurde Beschlag gelegt, auf daß die deutschen Arbeiter genöthigt seien, für das doppelte Geld die schlechten Reysel des Grafen Mirbach und seiner Gefellen zu kaufen.

Der Anlaß zur gestrigen Interpellation ist gleichgiltig. Die Herren Junker wollten die amerikanische Regierung ungefährlich vorgehen gegen Deutschland, die deutsche Regierung schwächlicher Nachgiebigkeit gegen die amerikanische zeigen. Sie wollten also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Auskungerng des deutschen Volkes durch Jollkrieg gegen Amerika und Sturz der Reichsregierung, namentlich des verhassten Marschall. Dieser fertigte die Herren Agrarier gut ab. Am besten aber wurden sie abgeföhrt durch sich selbst. Die Jagd auf die Laska des armen Mannes ist nie zynischer verübt, die wahre Junkernatur nie unverhüllter gezeigt worden, als in den gestrigen Aussprachen der agrarischen Redner. Und damit das Bild vollständig werde, präsentirte Abren-Kardoff zum Schluß die Hammerische Pistole und lud die Gegner des modernen Raubritterthums zu einer Schießerei in den Brunwald ein. Man könnte

Dieser Belehrung bedurfte es für mich nicht, dazu ist meine parlamentarische Erfahrung alt genug. Es handelt sich hier um die bestimmte Zusage des Reichskanzlers, diese Reformvorlage dem Reichstage im Herbst vorzulegen. Wenn diese Zusage nicht erfüllt ist, so beweist das, daß der Reichskanzler nicht dasjenige Maß von Autorität besitzt, welches notwendig ist, um die Geschäfte des Reiches zu besorgen. (Zustimmung links.)

**Staatssekretär v. Bötticher:** Der Kernpunkt der von mir gegebenen Auskunft war der, daß gegenwärtig die Militär-Strafprozess-Ordnung zur Beratung den zuständigen Ausschüssen des Bundesraths vorliegt. Und wenn der Vordrucker an das Versprechen des Reichskanzlers erinnert hat, so habe ich ihm darauf zu erwidern, daß dieses Versprechen nie dahin ging, daß der Reichstag im Herbst damit befaßt werden sollte, denn das konnte er nicht versprechen, weil die Erfüllung eines solchen Versprechens gar nicht von ihm allein abhängt, sondern die Zusage bezog sich darauf, daß im Herbst eine solche Vorlage den gesetzgebenden Faktoren des Reiches zugehen sollte. Diese Zusage ist in vollem Maße erfüllt; der Entwurf einer Militär-Strafprozess-Ordnung sowohl wie das Einführungsgesetz, letzteres allerdings später, sind dem Bundesrathe zugegangen. Wenn jetzt die Ausschüsse zur Erledigung der ihnen gestellten Aufgabe noch nicht gekommen sind, so wird sich zwar der Reichskanzler, wie ich annehme, bemühen, die Anstände, die in dieser Beziehung einer definitiven Beschlußfassung noch entgegenstehen, zu beseitigen, aber ein Versprechen zu geben, eine Vorlage bis zu einem bestimmten Termin zu erledigen, dazu ist niemand im Stande.

**Abg. Haffe (natl.)** bezeichnet es als bedenklich, daß in der Begründung ausgeführt werde, daß der Umstand, daß in einzelnen Bundesstaaten der Servistatist für die Höhe des Wohnungsgeldzuschusses als Maßstab diene, nicht in Berücksichtigung gezogen worden sei. Man hätte auf diese Rückwirkung doch etwas Rücksicht nehmen können.

**Abg. Werner (Reform-P.)** empfiehlt ebenfalls die Kommissionsberatung.

**Abg. v. Kardorff (Rp.):** Es wird kaum einen Abgeordneten geben, der nicht eine Petition von irgend einer Stadt hat, die in eine höhere Klasse versetzt werden will. Alle Wünsche können nicht berücksichtigt werden. Wir müssen doch annehmen, daß die Verwaltungsbehörden eine sehr sorgfältige und sachliche Prüfung vorgenommen haben.

**Abg. Richter (fr. Vgg.)** hält doch dafür, daß die Behörden nicht überall nach gleichen Grundregeln verfahren sind, daß dabei eine gründliche Prüfung der Vorlage nötig sei.

**Abg. v. Salisch (L.):** Die Preise haben sich einigermaßen ausgeglichen; es ist nicht auf eine Verschönerung der Ortsgassen in eine höhere Servistatistklasse bedacht zu nehmen, sondern auf eine Ausgleichung der Differenzen zwischen den einzelnen Klassen.

**Abg. Richter** hält es auch für notwendig, den eigentlichen Servistatist zu prüfen und einen Ausgleich herbeizuführen. Der Reichskanzler hat bei seiner Zusage nach seinem Wortlaut doch wohl angenommen, daß der Bundesrathe die Militär-Strafprozessreform schneller erledigen würde; denn er hat davon gesprochen, daß sie den gesetzgebenden Faktoren, also auch dem Reichstage, im Herbst vorgelegt werden soll.

**Staatssekretär v. Bötticher:** Herr Richter weiß, daß zu jedem Reichsgesetz die Zustimmung der beiden gesetzgebenden Faktoren gehört, und wenn in Aussicht gestellt wird, daß diesen gesetzgebenden Faktoren eine Vorlage gemacht werden soll, so ist es ganz selbstverständlich, daß diese Vorlage zunächst, wenn es eine Präsidialvorlage oder ein von einem Bundesgliede ausgehender Antrag ist, dem Bundesrathe zugeht. Diese Zusage ist nun, ich wiederhole es, in vollem Maße erfüllt worden.

**Abg. Richter:** Dann würde der Reichskanzler, der doch ein Meister des Ausdrucks ist, gesagt haben, daß die Vorlage dem Bundesrathe vorgelegt werden sollte. Uebrigens hört man, daß die Schwierigkeiten nicht im Bundesrathe, sondern beim preussischen Staatsministerium, von dem sie ausgegangen ist, liegen. (Zustimmung links.)

**Staatssekretär v. Bötticher:** Was man hört, ist nicht immer richtig! (Heiterkeit.)

Die Vorlage wird darauf der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs wegen anderweiter Bemessung der Wittwen- und Waisengelder. Von den Sozialdemokraten liegt der Antrag vor, die Mindestpension der Wittwen von 216 M. auf 450 M. oder doch mindestens auf 360 M. zu erhöhen.

**Abg. Stadthagen (Soz.)** begründet diesen Antrag unter Hinweis auf seine Ausführungen bei der ersten Lesung; die Pension müsse doch so bemessen werden, daß eine Wittve mindestens täglich 1 M. Pension habe.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Antisemiten Werner abgelehnt.

Ein weiterer Antrag des Abg. Stadthagen, für die Wittwen der Personen des Soldatenstandes vom Feldwebel abwärts im Falle eines Unfalles ebenfalls eine Mindestpension von 450 bezw. 360 M. zu gewähren, für die Waisen aber statt des Betrages von 44 M. für eine waisenlose, von 72 M. für eine waisen- und mütterlose Weise die Beträge von 150 und 225 M. zu bewilligen, wird ebenfalls abgelehnt, nachdem der Staatssekretär im Reichshofamt Graf Posadowsky Widerspruch erhoben hat.

Endlich will Abg. Stadthagen auch für die Wittwen und Waisen der in Reichsbetrieben verunglückten Arbeiter die von ihm beantragten Mindestrenten bewilligen.

Auch dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Zweite Beratung des Auswanderungsgesetzes.)

## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags erledigte in der Sitzung am Dienstag den Nachtragsetat. Es wurde seitens der Regierung mitgeteilt, daß noch ein zweiter Nachtragsetat auf dem Wege ist, umfassend den Betrag von 100 000 M. für die Pariser Ausstellung und 37 000 M. für Vermehrung des Personals des Reichsversicherungsamts. — Die Forderungen im Nachtragsetat zur Ergänzung der Reservebestände der Artillerie wurden ohne besondere Abstimmung bewilligt. Auch die sämtlichen übrigen Positionen des Nachtragsetats wurden ausnahmslos bewilligt, darunter eine Million zum Ankauf eines Grundstücks für ein Präsidialgebäude des Reichstags.

**Kommission für die Handwerker-Vorlage.** Die reaktionäre Majorität in der Kommission hatpelt eilig die einzelnen Paragraphen der Vorlage durch, um möglichst alle Bestimmungen, die auch den Arbeitern gewisse Rechte garantieren, auszumergen oder doch abzuschwächen. Konservativen und Zentrum laufen sich in diesem Bestreben gegenseitig den Rang ab. In der Sitzung am letzten Freitag wurde von Herrn Camp der Versuch gemacht, die Gesellensauschüsse und ihren Einfluß gänzlich in das Verleben der Innungen zu stellen, ein Versuch, der in der praktischen Handhabung die Streichung dieser Vertretung zur Folge haben mußte. Selbst die Herren von der Regierung bemühten sich, diesen Vorstoß der Innungsfanatiker zurückzuweisen und von mehreren Seiten wurde dem Antragsteller entgegen gehalten, daß die Organisation der Innungen gerade in ihrer Blüte die Mitwirkung des Gesellensauschusses nie entbehrt hätte. Schließlich beschrankte sich die Majorität darauf, einige Anträge unserer Parteigenossen, die dem Gesellensauschuß einen größeren Einfluß sichern wollten, abzulehnen.

In der Sitzung am Dienstag wurde von dem Abg. Camp durch einen Antrag erfolgreich der Einfluß derjenigen Handwerksmeister von den Innungen ferngehalten, die weder Gesellen noch Lehrlinge beschäftigen. Die Fassung des hinzugefügten § 100aa gestaltet es nunmehr, daß auch ohne Zustimmung dieser wirtschaftlich so schlecht gestellten Handwerker die Zwangs-

innung errichtet werden kann und in diesem Fall natürlich auch der Beitritt für diese Kategorie von Gewerbetreibenden ein freiwilliger bleibt. So sieht die Fürsorge für den kleinen Handwerker aus, daß ihn seine angeblich besten Freunde als Kollegen zu zweiten Grades betrachten und auf seine Mitwirkung verzichten. Daß sie von den Wohlthaten der Zwangsinnungen nichts genießen, wird die kleinen Meister wohl weniger verstimmen. Ein Antrag unserer Genossen, der von den Innungen Jahresberichte verlangt, die von den Handwerkskammern zusammengeleitet dem Reichstag und Bundesrathe vorzulegen sind, wurde abgelehnt, da man natürlich keine Verantwortung hat, über die voraussichtlich jämmerlichen Resultate dieser Organisationen auch noch das Material zusammenzutragen, welches bisher das Licht der Öffentlichkeit gescheut hat. Nachdem einige Bestimmungen, die der Aufsichtsbehörde große Befugnisse übertragen, auf Antrag der Abg. Camp und Euler beseitigt waren, wurde noch ein erfolgreicher Vorstoß gegen die Ortskrankenkassen unternommen. Die Vorlage hatte hier vorgeesehen, daß bei Errichtung einer Zwangsinnung die bisher bestehenden Innungskasse einer freien Innung mit den Rechten und Verbindlichkeiten auf die neue Zwangsinnung übergehen. Jedoch kann die Verwaltungsbehörde die Kasse schließen, wenn die Ortskrankenkasse in ihrem Fortbestehen und ihrer Leistungsfähigkeit gefährdet erscheint. Diese Berücksichtigung fiel, es soll also auf das Fortbestehen der Ortskrankenkassen keine Rücksicht genommen werden.

Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt und haben unsere Genossen beantragt, bei den Handwerkskammern, ähnlich wie es der preussische Entwurf beabsichtigte, die Gesellenvertretung zuzulassen.

**Tas Zentrum und die Invaliditäts-Versicherung.** Von dem Abg. Graf von Hompesch und Genossen ist im Reichstage folgender Antrag zur zweiten Beratung des Invalidenversicherungsgesetzes eingebracht worden:

Der Reichstag wolle beschließen:

In Ermüdung, daß gemäß den eigenen Darlegungen der Vorlage die Durchführung der Invaliditätsversicherung in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung ohne grundsätzliche Preisgabe des Territorialprinzips nicht möglich ist,

1. den Entwurf eines Invalidenversicherungsgesetzes abzulehnen;

2. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Abänderung des Gesetzes vom 22. Juni 1889 betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung unter Berücksichtigung nachfolgender Gesichtspunkte vorzubereiten:

a) Beschränkung der Versicherungspflicht auf die Arbeiter in Bergwerken, Fabriken und sonstigen großgewerblichen Betrieben;

b) Aufhebung des Versicherungszwanges für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks und der kleingewerblichen Betriebe und für das Gesinde unter Wahrung der auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1889 erworbenen Rechte, sei es durch die Gestattung der Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses, sei es durch Rückzahlung der entrichteten Beiträge;

c) Zulassung der nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 22. Juni 1889 versicherungspflichtigen, künftig aus der Versicherungspflicht auscheidenden Personen zur freiwilligen Versicherung;

d) Ausdehnung des Anspruches auf Gewährung von Renten auf die Hinterbliebenen der unter a) genannten Versicherungspflichtigen;

e) Beseitigung des Reichszuschusses, soweit er nicht zur Wahrung wohlworbener Rechte und zur Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses notwendig ist.

## Partei-Nachrichten.

Maifestern wurden noch abgehalten in Pöschel i. Th. (gute Beteiligung), Hohenstein-Ernstthal (abends 450 Teilnehmer), Dabheim (jahr. Beth.), Einbeck in Hannover (abends 150 Th.), Danzig (überfülltes Lokal), Reuzkau a. O. (noch nie so starke Beteiligung als diesmal), Pirnaisens (abends 500 Th.), Gochheim im Wahlkreis Hanau (über 1000 Th.), Elberfeld (früh 400, abends 1500 Th.), Baden-Baden (abends 200 Th.), Dorf Neuhilf in Sachsen-Gotha (starke Beteiligung), Schwerin in Mecklenburg (abends sehr gute Beteiligung), Heidelberg (überaus zahlr. Beth.), Harpen b. Bochum (100 Th.), Herne bei Bochum (200 Th.), Gäßrow i. M. (gute Beth. am Sonntag 453 Teilnehmer), Gersford i. B. (150 Teilnehmer), Minden i. Westf. (120 Teilnehmer), Eisenach (sehr gute Beteiligung, trotzdem die eigentliche Feier verboten war), Kuba i. Th. (gut gefüllter Saal), Slamen bei Spremberg (300 Th.), Jüterbog (gute Beteiligung), Waldheim i. S. (abends guter Besuch), Markgraf i. Elb. (große Begeisterung für die sozialdemokratische Partei), Wilhelmshagen (gut besuchte Versammlungen), Chemnitz (Referent Schippel; nachmittags 2000 Teilnehmer, abends alle Lokale überfüllt), Oranienburg, Wolgast (beim Ausflug, Sonntag nachmittags 400 Teilnehmer, abends alle Lokale überfüllt), Dugau (freie Zusammenkünfte, da alle Versammlungen verboten waren), Schmaragdort bei Berlin, Belvert (Beteiligung doppelt so stark als im vorigen Jahr), Lambrecht (begeisterte Stimmung), Neu-Jensenburg (das Konzert ist nicht verboten worden, wie im ersten Bericht angegeben war).

**Maifest-Aurora.** Bei der Maifest der Arbeiter von Hohenstein-Ernstthal i. S. mußten auf Befehl des Landeswachtens die Festteilnehmer die rothen Blümchen aus den Knopfschürzen entfernen, weil die Blümchen republikanische Abzeichen wären. Es ist nicht ausgeschlossen, daß gegen die Blumenfreunde auch noch ein Prozeß anhängig gemacht wird.

In Oberreichenbach i. S. soll der Gemeindevorstand bei einer Abendunterhaltung des Arbeiter-Bildungsvereins das Spielen von Ziehharmonika und Geige auf Grund des § 5 des Vereins- und Versammlungsgesetzes verboten haben. Ferner wird uns mitgeteilt, der Spaziergang des Genossen Presh aus Neuchâtel mit seiner Familie sei als „Massenspaziergang“ polizeilich beanstandet worden.

**Genosse Richard Wittrich,** Redakteur der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“, folgte heute einer Einladung des Staatsanwalts, um auf sechs Monate im Landesgefängnis Hohenstein über seine Sünden nachzudenken. Die Strafe wurde ihm zu teil, weil er in zwei Artikeln der Zeitung den Gendarmenbrigadier Resmann beleidigte. Außerdem ist noch eine Beleidigung der Amtsbaupolizei in Dresden mit einbezogen. In den sächsischen Landesanstalten auch vorbestrafte politische Verbrecher Selbstbeschäftigung in der ersten Zeit nicht erhalten, so wird sich unser Genosse zur rechten Wädigung des Zeitalters der „Humanität“ mit dem Zerzupfen alter Strümpfe und Abschleifen beschäftigen müssen. Hoffen wir, daß er an seiner Gesundheit nicht Schaden nimmt.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Die Wichtigkeit unserer Redung über die Fesselung Steiger's ist bis jetzt noch immer von einer Anzahl Zeitungen bezweifelt worden, wenn das auch nur in mehr oder weniger verblämter Weise angedeutet wurde. Diesen Zweifeln gegenüber sei hiermit nochmals festgestellt, daß unsere Mittheilung auf Wahrheit beruht. Wir sind in der Lage hinzuzusetzen, daß Genosse Steiger bei seinem Transport eine Kette um den Leib trug, deren eines Ende dem anderen Gesangenen, einem alten Mann, um das rechte Handgelenk gelegt worden war. Der Transport erfolgte durch die belebten Straßen Leipzigs vormittags 9 Uhr. Es sei nur noch festgestellt, daß auch bis heute noch keinerlei behördliche Äußerung über den Fall Steiger vorliegt.“

Die sächsische Regierung ist doch sonst nicht so schüchtern, wenn es sich um Vertheidigung von Maßnahmen gegen die Arbeiter und deren Vertreter handelt. Wenn sie dennoch über die Fesselung Steiger's Schweigen beobachtet, so zeigt das wohl deutlich genug, daß sie für diese Behandlung eines wegen Preßvergehens verurtheilten Schriftstellers nicht die Verantwortung übernehmen mag. Der betreffende Beamte, der die Fesselung anordnete oder geschehen ließ, hat am Ende gar einen Rißel bekommen. Aber die Hauptschuld an dem Vorfalle trägt die Regierung selbst. Ohne ihre ar-

beiterfeindliche Haltung würde es der Beamtenhaft nicht einfallen, mit den Arbeitern und ihren Vertretern so ungerührt umspringen, wie es innerhalb der weiß-grünen Grenzspalte fast Tag für Tag und fast Ort für Ort geschieht. Schlimmer sind freizeiter kaum die Kurpfaffen von ihrem erlauchtem Landesvater tyrannisiert worden, den schon deshalb die Remesse 1886 mit Zug und Recht aus der Reihe der Sovereäne strich, als heute die Arbeiter Sachens unter dem Ministerium Meisch behandelt werden.

## Soziales.

**Nur nicht ängstlich!** Der Verein Deutscher Papierfabrikanten hatte gegen die von verschiedenen Gewerbe-Inspektoren erlassenen Vorschriften über die Einrichtung der Luppenfortiräume in den Papierfabriken und Luppenfortir-Anstalten eine Vorstellung an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe gerichtet und um eventuelle Aufhebung der betreffenden Vorschriften ersucht. Daraufhin ist demselben folgender ministerieller Bescheid geworden: „Auf die Vorstellung erwidere ich, daß die angeführten Bestimmungen betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Luppenfortir-Anstalten nicht die Bedeutung von Vorschriften haben, die unter allen Umständen von den Unternehmern erfüllt werden müssen. Es handelt sich dabei überhaupt nicht um eine für die Arbeitgeber erlassene „Verordnung“, sondern um eine Instruktion für die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, deren Bestimmungen so weit durchgeführt werden sollen, wie es die in jedem einzelnen Falle in betracht kommenden und sorgfältig zu prüfenden Verhältnisse erfordern und gestatten. Sollte ihre Anwendung in einzelnen Fällen zu Anordnungen führen, durch die sich ein Unternehmer beschwert fühlt, so bleibt diesem unbenommen, auf dem im § 120d Abs. 4 der Gewerbe-Ordnung vorgesehene Wege gegen unbillige und ungerechtfertigte Anforderungen Abhilfe zu schaffen.“

Al! nur nicht ängstlich, werthe Unternehmer! Gegen „unbillige“ und „ungerechtfertigte“ Anforderungen von Gewerbe-Aufsichtsbeamten giebt es ausreichenden Schutz. Das schlimme ist nur, daß viele Unternehmer alles für „unbillig“ und „ungerechtfertigt“ halten, was einen Griff in ihren Geldbeutel bedingt. Das Interesse für diese ist größer als das für das Wohl der Arbeiter.

**Die sächsische Arbeits-Vermittelungsstelle in Elberfeld** weist seit 1. Mai auch weiblichen Personen Arbeit nach, womit eine Forderung unserer dortigen Parteigenossen verwirklicht ist.

**Bei Wirken des Kapitalismus.** In Reuzkau in Schlesien kamen vom diesjährigen Kreis-Ersaggschicht 865 junge Männer zur Verellung; davon wurden nur 187 für tauglich erklärt.

## Deresden und letzte Nachrichten.

Leipzig, 4. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wegen der M-eier sind 191 Former auf drei Tage ausgeperrt. Bei der Wiederstellung wollen die Fabrikanten eine 10prozentige Lohnreduktion eintreten lassen. Heute beschloß eine große Formerversammlung, sich mit den Ausständigen solidarisch zu erklären und soll im weiteren Maßnahmen am Donnerstag in einer Versammlung Beschluß gefaßt werden.

Hannover a. M., 4. Mai. (B. G.) Der Frankf. Stg.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Ueber die Gesichte bei Selehino liegen sich im türkischen Hauptquartier nur sehr spärliche Nachrichten. Die griechische Armee leistet an allen Punkten kräftigen Widerstand, der den Türken nur ein schrittweises Vorgehen gestattet. Die aus London gemeldete Einnahme Solo's hat von Selenshascha noch keinerlei Bestätigung gefunden. Der Generalstab ist türkisch, Hauptquartier ist nur für ein Vorgehen bis Donau mit der Zustimmung des Sultans erfahren haben soll. Der Kaiser amte telegraphisch die Einberufung des dritten Aufgebots im Bosnische Saloniki.

Stuttgart, 4. Mai. (B. Z. S.) Die der „Schwäb. Merkur“ meldet, ist der Dicht Prof. J. G. Fischer heute Nachmittag gestorben.

Paris, 4. Mai. (B. Z. S.) In dem Wohlthätigkeitsbazar, der jedes Jahr von Damen der Aristokratie in der Rue Jean Goujon zum Besten der Armen veranstaltet wird, brach heute ein Feuer aus, das pen stark besuchten Verkaufsraum vollständig zerstörte. Bis abends 6 Uhr war festgestellt, daß 30 Personen ums Leben gekommen und 35 Personen schwer verletzt sind. Die Leichen der Umgekommenen wurden vollständig verlohnt herausgeschafft; zahlreiche Personen werden vermißt.

Paris, 4. Mai 7 Uhr 15 Min. abends. (B. Z. S.) Die genaue Zahl der H-eier bei dem Brande im Wohlthätigkeitsbazar konnte noch nicht festgestellt werden. Auf den Trümmern des Bazars sind die vollständig verlohnten Leichen aufgehäuft und ganz unkenntlich. Diefesen wurden von sächsischen Ambulanzwagen nach dem Industriepalast geschafft. Ungefähr 150 Verwundete wurden in ein Hotel gebracht. Nach der Aussage eines Polizeibeamten, der den Dienst im Saal versah, sollen 1500 bis 1800 Personen zur Zeit im Bazar gewesen sein, als das Feuer ausbrach. Bis 8 Uhr sollen bereits 200 Jpfer festgehalten sein.

Paris, 4. Mai, abends 8 Uhr. (B. Z. S.) Etwa 20 Leichen sind nach dem Industriepalast geschafft worden. Zahlreiche Personen stehen vor dem Thore des Palastes, um Nachrichten zu erhalten. Als bald, nachdem die Alarm-Signale gegeben waren, war der Sicherheitsdienst zur Stelle. Polizeimannschaften versuchten mit Gewalt Ordnung in die bereits sinnlos vor Furcht das Gebäude verlassene Menge zu bringen. Herzerstrebende Laute, verwehrlte Rufe wurden überall gehört. Aber das Feuer griff so schnell um sich, daß, als die ersten Mannschaften der Feuerwehr an der Brandstelle eintrafen, bereits das Gebäl in Flammen stand und anfangenstürzend viele Personen, welche noch im Innern des Gebäudes waren, begub. Man befürchtet, die heutige Katastrophe ist, was die Zahl der Opfer betrifft, noch schrecklicher wie der Brand der „Opéra comique“. Diese Zahl ist noch nicht festgestellt.

London, 4. Mai. (B. G.) Der Athener Korrespondent der „Times“ meldet, der griechische Ministerpräsident Kalli würde ein Vermittlungsangebot seitens der philhellenischen Mächte sehr willkommen heißen.

London, 4. Mai. (B. Z. S.) Unterhaud. Der Parlaments-Untersekretär des Aeußern Gargon erklärt, zwischen den Großmächten finde ein Meinungsaustrausch in der türkisch-griechischen Angelegenheit statt. Es sei unmöglich, über den Charakter der Unterhandlungen Mittheilungen zu machen. Die Mächte wünschten ernstlich das Ende des Krieges herbeizuführen, aber die erste wesentliche Vorbedingung für eine erfolgreiche Vermittlung sei, daß die Kriegführenden den Beweis geben, daß sie bereit sind, die Vermittlung anzunehmen.

Mailand, 4. Mai. (B. G.) Von Nicotini Garibaldi ist aus Athen ein Telegramm hier eingelaufen, laut welchem Garibaldi eine längere Unterredung mit dem König Georg gehabt hat. Der König sei bei besser Laune, so heißt es weiter in dem Telegramm, trau sich aber nicht, den Palast zu verlassen, aus Furcht vor Demonstrationen.

Athen, 4. Mai. (B. G.) Auf Vorschlag des Ministers des Innern hat der König angeordnet, daß morgen sein Namenstag nicht gefeiert werde.

Athen, 4. Mai. (B. G.) Die aus Thessalien hier wieder eingetroffenen Minister veräußern, der Zustand der Armee habe sich gebessert. In dem für morgen angeordneten Ministerrath, dem der König präsidiren wird, sollen entscheidende Beschlüsse gefaßt werden. — Einer der Minister soll erklärt haben, der gegenwärtige Zustand könne nicht mehr lange andauern, die wirtschaftlichen Kräfte des Landes würden vollständig aufgebraucht.

in diesem frechen Attentat auf das Gesetz, begangen in dem Hause der Gesetzgebung, einen gewissen Muth erblicken, wenn nicht bekannt wäre, daß diese Herren sich sehr einflussreicher Gönnerschaft erfreuen und über dem Gesetz zu stehen glauben.

Der gestrige Vorstoß ist ihnen nicht gelungen — ob sie schließlich ihren Zweck doch noch erreichen und die Zufuhr aller Lebensmittel aus dem Auslande abschneiden werden — das bleibe dahingestellt. Einstweilen hat das deutsche Volk schon jetzt schwer unter diesem gemeinschädlichen Treiben zu leiden. Abgesehen von der Vertheuerung der Nahrungsmittel durch Einführung sanitätlicher Rückfragen problematischer Art in die Wirtschaftspolitik, ist die neue Mac Kinley Bill, welche der deutschen Arbeit eins der wichtigsten Absatzgebiete fast versperst und ihr jährlich ungezählte Millionen entzieht, die direkte und nochwendigste Folge der Habgier unserer Junker. Das vergesse das deutsche Volk nicht am Tage der Wahl, und der Abrechnung! —

**Mehr Röhne!** — so schallt es tagtäglich in der governementalen Presse. Die Niederlage im Reichstage ist keineswegs verschmerzt. Im Gegenheil, der Sturm soll erst beginnen, der Reichstag soll von neuem vor die Frage gestellt werden. Schlimmstenfalls soll die Regierung ohne den Reichstag vergehen, denn hier handle es sich nicht um eine „politische Tagesfrage“, sondern um „nationale Lebensfragen“. Man erinnert gern an die Konfliktzeit der sechziger Jahre; auch jetzt dürfe die Regierung nicht vor einer Parlamentsmajorität zurückweichen.

Wozu soll dieser ganze Lamtam? Man braucht eine Parole für die Wahlen! Man hat nichts, gar nichts, womit man die Massen gewinnen könnte, also muß man es mit der „großen nationalen Lebensfrage“ der Flottenvermehrung versuchen. Die Herren dürften aber auch mit dieser Parole, und wenn sie noch so eifrig und noch so zeitig vorarbeiten, kein Glück haben. Wir werden die Frage: „Abenteurerliche Weltpolitik oder vernünftige Friedenspolitik?“ an das deutsche Volk stellen. Die Antwort wird nicht zweifelhaft sein. —

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der Maurer Hugo Bölnner vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I gestern zu verantworten. Er hatte, nachdem er eines Sonntags im Februar d. J. vor morgens 9 bis abends 6 Uhr gekneipt, auf dem Wege nach Haus Kinder, welche auf der Straße spielten, angerebet und dabei Majestätsbeleidigungen geäußert. Die Kinder theilten dies einem Spuhmann mit und darauf erfolgte die Verhaftung des Bölnner. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Herzfeld an, daß der Angeklagte im Zustande sinnloser Trunkenheit gehandelt, und erkannte auf Freisprechung.

Zwei weitere Anklagen wegen Majestätsbeleidigung beschäftigten hiesige Strafkammern. Die eine betraf den Arbeitersohn Max Gressen, der Sergeant des 4. Garderegiments beleidigt und dabei dem Kaiser beleidigt hatte. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten traf den Schlosser Janisch, der eine wegwerfende Bemerkung über den Kaiser gemacht hatte.

Aus Altona wird uns geschrieben: Ein Majestätsbeleidigungs-Prozess spielte sich vor dem Altonaer Landgericht ab. Angeklagter war der Vorbiergehilfe Ebeling, der längere Zeit mit dem Jahntschneider Förster befreundet war. Als vor kurzem diese Freundschaft in die Brüche ging, ließ Förster ihn von Polizei an seine bisherige Fremde habe sich in seiner Wohnung in Hausfriedensbruch, der Mißhandlung und der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht. Auf Grund dieser Anzeige wurde gegen Ebeling Anklage erhoben. Der Angeklagte bestritt in seiner heutigen Verhandlung ganz entschieden, daß er sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe, behauptete vielmehr in Bezug auf die Anklage der Majestätsbeleidigung, daß er mehrfach Gelegenheit genommen habe, den Denunzianten vor unvorsichtigen Reden zu warnen. Letzterer blieb dabei, daß das von ihm geltete auf Wahrheit beruhe. Da andere Zeugen aber Anklage machten, die ein schlechtes Bild auf den Charakter des Denunzianten warfen und seine Glaubwürdigkeit sehr in Frage stellten, so war selbst der Staatsanwalt davon überzeugt, daß der Angeklagte unschuldig und wissenschaftlich falsch denunziert worden sei. Er beantragte die kostenlose Freisprechung des Angeklagten und der Gerichtshof erkannte diesem Antrage entsprechend. —

### Deutsches Reich.

Der Wechsel im Vorsitz der Reichskommission für Arbeiterstatistik wird in der ganzen Presse als ein hochbedeutendes Ereignis aufgefaßt. Wir wollen noch daran erinnern, daß die hochoffizielle „Ber. Corr.“ vor einigen Monaten ein entschiedenes Vernein gegen uns ausgesprochen, als wir auf die beabsichtigte Verdrängung des Herrn Lohmann aus dieser wichtigen Stellung hinwiesen. —

Die Reichsfinanzen 1896/97. Der soeben erschienene Bericht über die Beträge der Reichseinnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern, Stempelabgaben und aus den Betriebsverwaltungen für das Etatsjahr vom 1. April 1896 bis 1. April 1897 zeigt einen sehr günstigen Stand der Finanzen des Reiches. Insbesondere ist das Ergebnis aus den Zöllen und Verbrauchssteuern ein weit günstigeres als der Voranschlag angenommen hatte. So verzeichnet der Voranschlag an Zöllen 366,080,000 M., das in \* Ergebnis beträgt 432,672,769 M. Die Zuckersteuer hat fast 80 Mill. über 93 Mill. Mark ergeben i. s. w. In Summa beträgt das Mehr der wirklichen Einnahmen gegen den Voranschlag 100,449,382 M. Die Ursache dieses großen Ueberschusses über den Voranschlag liegt darin, daß letzterer nach der Durchschnittsrechnung der Vorjahre überaus niedrig angesetzt war, sowie auch daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen sich gebessert haben. Bei den Stempelabgaben bleibt das in \* Ergebnis ein wenig hinter dem Voranschlag zurück. Bei diesem Stand der Finanzen werden die Einzelstaaten noch 15 Millionen mehr, als die Patrimonialbeiträge ausmachen, vom Reiche herausgezahlt erhalten. Nach Abzug von weiteren 24 Millionen Mark zur Schuldentilgung wird noch ein Ueberschuß von über 20 Millionen Mark verbleiben, der in den Etat der nachfolgenden Jahre eingesetzt werden kann.

Das nächste Finanzjahr dürfte sich allerdings weit ungünstiger gestalten, als das letzte infolge der gewaltigen Zunahme der Ausgaben für Marine und Artillerie.

Schnellfeuergeschütze sollen, wie die „Pres. Ztg.“ erfährt, demnächst bei einer Anzahl von Feldartillerie-Regimenten zur probenweisen Einführung kommen. Bei dem schlesischen Feldartillerie-Regiment v. Pender soll ein Theil des neuen Materials bereits angekommen sein und wird das Geschützregiment mit den alten Geschützen schon ausgeführt. — Wir wissen nicht, daß die Mittel für diese Dinge schon vom Parlament bewilligt worden wären!

Kaiser Wilhelm der Große. Der Norddeutsche Lloyd hat einen Schnelldampfer gebaut, der den Namen Kaiser Wilhelm der Große tragen soll. Dieser Schnelldampfer soll das größte Schiff der Welt sein. Der Stapellauf desselben ging Dienstag unter allerlei Feierlichkeiten — n. a. war auch der Kaiser zugegen — von statten. Man sah sich von oben her und von unten her großartig besichtigt. Die Gesellschaften nach so eifrig bemühen, jenen übertriebenen Beinamen für Wilhelm I. schuldig zu machen, das deutsche Volk denkt darüber ganz anders.

Aus Stettin wird dazu noch telegraphirt, daß der Vorsitzende der Gesellschaft „Sulkan“, welche das neue Schiff gebaut hat, Geh. Kommerzienrath Schlotow, zum Mitglied des Herrenhauses ernannt worden sei. Er wird sich den übrigen Herrenhäusern würdig anschließen.

Zur Vaterlandlosen. Derselbe theilt das „Dannauer Stadtblatt“ aus einem Briefe, den ein Seesoldat des „König Wilhelm“ schon am 17. April an seine Eltern gerichtet hat, eine Stelle mit, in welcher die vielbesprochene Wendung nicht vorkommt. Da ist nur die Rede von „der allen Konstruktion des Schiffes“. Dies ist natürlich noch lange kein Beweis dafür, daß der Ausdruck von den Vaterlandlosen Gesellen nicht doch gefallen ist. —

Der frühere Reichstags-Abgeordnete von München kämpft gegen die über ihn vom Amtsgericht beschlossene Entmündigung. Neuerdings haben umfangreiche Vernehmungen von Zeugen und landwirtschaftlichen Sachverständigen stattgefunden, um zu entscheiden, ob von München fähig sei, ohne Gefährdung seines eigenen Vermögens seine Angelegenheiten selbst zu besorgen und seine Güter selbst zu verwalten. Die Ende vorigen Monats geschlossene Beweisaufnahme ist nun, wie der Stuttgarter „Beobachter“ erfahren haben will, sehr zu Gunsten von München angefallen, und somit dürfte die Aufhebung der Entmündigung bevorstehen. Den Termin zur weiteren mündlichen Verhandlung, der auf den 10. l. M. angesetzt ist, wird mit Spannung entgegensehen. —

Eine Enttäuschung für unsere Agrarier, ein Geschäftsentgang für den Bund der Landwirthe. Das Spiritus-Gläslicht, für das unsere agrarischen Spiritusbrenner so eifrig Propaganda machen, erfährt in dem Jahresberichte des chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Breslau folgende Beleuchtung:

Die Einführung des Spiritus-Gläslichtes ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, welche an die Beleuchtungsart ursprünglich geknüpft wurden. Wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß es unter Umständen von Vortheil sein kann, aus bestimmten Gründen diese Beleuchtungsart anzuwenden, also z. B. in Orten, welche einer Gasanfall entbehren, so erscheint es auf der anderen Seite ebenso zweifellos, daß das Spiritus-Gläslicht mit dem Leuchtgas nicht konkurriren kann. Ein Liter Spiritus von 98 pCt. kostet etwa 30 Pf. und erzeugt beim Verbrennen rund 5500 Kalorien. Dieselbe Anzahl von Kalorien liefert ein Kubikmeter Leuchtgas, dessen Preis in Breslau etwa 15 Pf. beträgt. Mitbin stellt sich also das Spiritus-Gläslicht etwa auf den doppelten Preis wie das Gas-Gläslicht. Dazu kommt, daß die Spiritusgläslicht-Ölnecker zur Zeit noch sehr heisse Vorrichtungen darstellen, welche leicht verfallen, und schließlich ist die nicht wegzuleugnende erhöhte Feuergefahr doch nicht außer Betracht zu lassen. Nach den Berichten der Versicherungsgesellschaften hat die Zahl der durch jahrelangem Umgehen mit Händlögern entstehenden Schadenbrände in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Es wäre von Interesse, festzustellen, in welchem Betrage das Umgehen mit Spiritus an den Schadenfenern theilhaftig ist. Durch die allgemeinere Einführung des Spiritus-Gläslichtes würde dieser Betrag voraussichtlich eine Steigerung erfahren. Daß dies nicht ohne Bedeutung ist, erhellt aus der Ueberlegung, daß jeder Schadenbrand die Vernichtung eines Theiles unseres Nationalvermögens bedeutet, soweit nicht ausländische Versicherungsgesellschaften den Schaden zu tragen haben. —

Presänder im Gefängnis. Die „Münchener Post“ meldet, daß dem Redakteur der „Bundzeitung“, Zeiler, welcher eine Gefängnisstrafe wegen Beleidigung verurtheilt, gestattet sei, sein Blatt im Gefängnis zu redigieren. Sozialdemokratischen Redakteuren wird nicht nur eine solche Erlaubnis nicht gegeben, sie dürfen nicht einmal irgendwelche Zeitungen lesen. Ueberall: „Gleiches Recht für alle!“ —

### Frankreich.

Paris, 3. Mai. (Sig. Ber.) Eine politische Unternehmungs-Organisation ist dieser Tage hier gegründet worden. Sie nennt sich „National-republikanischer Ausschuss des Handels und der Industrie“ und hat zum Zweck die Vorbereitung der Kammerwahlen von 1898 „vermittelt einer thätigen Propaganda gegen die sozialistischen und kollektivistischen Lehren“, das heißt, in die nichtfranzösische politische Sprache übersetzt, gegen die Radikalen und Sozialisten. Der Ausschuss setzt sich zusammen fast durchweg aus Bekannten und sonstigen Vertretern der wirtschaftlichen Unternehmungsvereine. Man darf aber nicht glauben, daß das unmittelbare Eintreten der Großhändler und Großfabrikanten in den politischen Kampf etwa auf ihre Unzufriedenheit mit der Thätigkeit der gewerkschaftlichen Welschpolitiker zurückzuführen sei. Hinter der neuen Organisation steht der opportunistische Staatsmann A. D. Waldeck-Rousseau, und die besagte Propaganda beabsichtigt der Ausschuss ausdrücklich, „erfahrenen Republikanern“ anzuvertrauen. Immerhin haben unsere französischen Genossen allen Grund, den Ausschuss als einen Verbündeten wider Willen zu betrachten. Das Klassenbewußtsein des Proletariats muß dadurch erheblich gefördert werden, daß der politische Kampf unverhüllt von den Unternehmern geführt wird und daß die opportunistischen Politiker offen und direkt als Hanteln eines Unternehmungs-Organisations auftreten werden.

Sozialistenführer Barthou sehr seinen Provokationsfeldzug gegen die sozialistische Bevölkerung von Carmaux und ihren Abgeordneten Jaurès fort. Der Bürgermeister, Genosse Calmettes, dessen Verhaftung am 1. Mai ich bereits telegraphisch gemeldet habe, mußte zwar freigelassen werden. Er wird aber, wie in ähnlichen Bedingungen sein Vorgänger, Genosse Calvignac, gerichtlich verfolgt wegen „Beleidigung“ seines Untergebenen, des Gendarmerie-Offiziers, der ihm ungesetzlich den Gehorsam verweigert hatte. Jaurès wurde zum dritten Male die Möglichkeit genommen, seinen Carmauxer Wählern Bericht über die Ausführung seines Mandats zu erstatten. Schließlich wurde der sozialistische Bildungsverein von Carmaux aufgelöst wegen angeblichen „nächtlichen Unfug“ und Ausübung einer rothen Fahne. Barthou darf sich das alles herausnehmen, nachdem die Kammermehrheit seine Willkürakte vom Herbst v. J. gebilligt hatte. Refugier's Klub dagegen durfte unbedenklich bei Jaurès' Anwesenheit über der Strafe ein Hehlplakat aufhängen mit der Aufschrift: „Jaurès-Gend!“ Das Plakat wurde entfernt erst nach der Verhaftung des Genossen Calmettes, der das vom Gendarmerie-Offizier vergebens verlangt hatte, und nachdem die provokatorische Ansicht der Heer vereitelt war. —

Paris, 3. Mai. Am gestrigen Sonntag fanden verschiedene Wahlen statt. Im Jura-Departement wurde der Radikale Quillot in Stichwahl gegen den republikanischen Kandidaten mit 488 Stimmen gewählt. — In der Pariser Vorstadt St. Ouen wurde eine Gemeinderatswahl vorgenommen. Hierbei ging die revolutionär-sozialistische Liste mit 2252 gegen 2154 Stimmen der radikalen Liste durch. Dieses Resultat wurde von den Wählern mit Hochrufen auf die Kommune ausgenommen. Dieselben stimmten vor der Schule, wo die Wahl vor sich ging, die Carmagnole an.

### Italien.

Rom, 4. Mai. Heute wurde die Kammer wieder eröffnet. Der Präsident berichtete über den Empfang im Quirinal gelegentlich der Ueberreichung der Adresse aus Anlaß der Errettung des Königs. In der Beantwortung einer Anfrage des Deputierten Salandra in betreff des Attentats auf den König führte Ministerpräsident di Rudini aus, daß es sich bei diesem Anlaß abermals gezeigt habe, mit welcher Liebe die Bevölkerung an der königlichen Familie hänge. Der Ministerpräsident erklärte sodann, daß nach der vom Ministerium eingeleiteten Untersuchung ein Funktionär im Disziplinargebiet bestraft worden sei, und unterbreitet unter dem Vorbehalt einer später durchzuführenden allgemeinen Reform des Sicherheitsdienstes eine Vorlage in betreff eines Kredites von 600,000 Lire, sowie andere Gesetzentwürfe, welche die Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse in Rom zum Gegenstande haben. Die Kammer beginnt sodann die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Reorganisation der Armee. —

### Spanien.

Barcelona, 4. Mai. Die fünf Anarchisten, welche wegen des am letzten Februartage begangenen Bombenattentats zum Tode verurtheilt worden waren, sind heute früh in Fort Montjuich erschossen worden.

### Afrika.

England und Transvaal. Der Bündnisvertrag, welchen die Transvaal-Republik mit dem Orange-Freistaat geschlossen hat, wird von England als unbedeutend betrachtet. Nach einer Depesche aus Pretoria vom Montag habe die englische Regierung nicht die Aufhebung dieses Vertrages verlangt, sondern denselben einfach auf Grund der Vereinbarungen Transvaals mit der Kapkolonie für ungültig erklärt. Es liegt nahe, daß diese Frage zu weiteren Schwierigkeiten führen wird.

Die Regierung von Transvaal sucht bereits friedliche Löse anzuschlagen. In dem am Montag eröffneten Volksraad hielt Präsident Krüger eine Rede, in welcher er darlegte, daß sich die Republik trotz ungünstiger Einflüsse freundschaftlicher Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten erfreue. Anlässlich des Jubiläums der Königin Victoria werde der Volksraad aufgesordert werden, den 22. Juni zum Zeichen der Sympathie für die Königin für einen offiziellen Feiertag zu erklären. Er beabsichtige ferner, Anträge, betreffend die Erleichterung des Handelsverkehrs an der Grenze und die Förderung des Handels mit den angrenzenden Kolonien einzubringen. Die Regierung sahre fort, der Mineralindustrie volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er bedauere, nicht sagen zu können, daß der politische Horizont unbewölkt sei, aber er blicke frohgemuth und furchtlos in die Zukunft, voll Vertrauen auf die gerechte Sache der Republik. —

### Der Krieg.

Oberst Basso ist aus Kreta abberufen worden. Wenn auch ein anderer Kommandeur seine Stelle tritt und die Truppen noch in Kreta bleiben, so dürfte die Abberufung des Mannes, der die ganze militärische Aktion auf Kreta geleitet hat und in dessen Namen sich zum gut Theil die Hoffnungen der Griechen auf die Angliederung Kreta's konzentriren, d. h. ein sicheres Zeichen dafür sein, daß Griechenland friedliche Bahnen einzuschlagen sich genöthigt sieht. — Bemerkenswerth ist auch, daß zum ersten Male die Admirale mit den Führern der Ausländischen in Palästina eine Unterredung gehabt haben, während bisher jeder direkte Verkehr unmöglich war. Die Admirale gaben das Versprechen, es würde den Kretan vollständige Autonomie gegeben und die Ernennung des Gouverneurs der Insel der National-Verammlung zur Bestätigung unterbreitet werden. Die Ausländischen erklärten jedoch, sie könnten nicht in nähere Verhandlungen treten, ehe ihnen nicht die Einzelheiten der für Kreta beabsichtigten Autonomie bekannt seien.

Die griechischen Minister sind vom thessalischen Kriegsschauplatz zurückgekehrt. Wahrscheinlich haben sie dort nicht alles so gefunden, wie es zu einer erfolgverheißenden Fortsetzung des Krieges nöthig wäre. Sie werden daher dem König den Rath gegeben haben, eine Intervention der Mächte anzurufen. Falls der König diesem Rath bald nachkommt, wird er sich jedenfalls zunächst an England und Frankreich wenden, und erst, wenn diese Mächte allein nicht im Stande sind, genügend einzugreifen, die Gesamtheit des „europäischen Kongresses“ anrufen.

In Athen hat sich nichts geändert. Die Stimmung der Bevölkerung bleibt höchst erregt. Man befürchtet, daß, falls die griechischen Truppen bei Pharsala besieg werden, eine Revolution in Athen und in den Provinzen ausbrechen wird. Schon geht dem „Standard“ die Meldung zu, daß vorgestern in Kaja, wo der Herzog von Sparta ein großes Gut besitzt, feindselige Kundgebungen gegen die Dynastie stattgefunden haben. Volkshäuser, durch das Läuten der Glocken zusammengekommen, sollen in die Villa des Herzogs eingedrungen sein, sich der daselbst für die königliche Wache aufbewahrten Waffen bemächtigt, die Möbel zertrümmert und die vorhandenen Papiere verbrannt haben. —

Weder in Thessalien noch in Epirus hat sich die Kriegslage erheblich verschoben. Aus Konstantinopel wird der Vormarsch der Division Chavri auf der Linie zwischen Trifkala und Pharsala gemeldet. Auch haben die Türken die Gegend zwischen Solo und Pharsala besetzt und dabei 10 Geschütze erbeutet. Die eigentliche Stellung der Griechen ist damit noch nicht berührt; sie soll eine durchaus starke sein. Aus Solo wird mitgetheilt, daß es daselbst ruhiger geworden sei infolge der Ankunft eines französischen, eines englischen und eines italienischen Kriegsschiffes, sowie des griechischen Geschwaders. Französische Marine-mannschaften durchziehen in der Anzahl von 200 die Straßen der Stadt, was zur Beruhigung der Bewohner beiträgt.

Dem griechischen Westgeschwader ist nach einer Konstantinopeler Meldung im Golf von Arta ein böser Unfall passiert. Am Ausgange des Golfes ist ein griechisches Kriegsschiff gesunken; infolge dessen sind die griechischen Schiffe in dem Golf eingeschlossen.

### Reichstag.

214. Sitzung vom 4. Mai. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Büttcher, Graf Posadowsky.

Vor der Tagesordnung bemerkt der Präsident v. Buol: Ich sehe mich veranlaßt, auf den Schluß der gestrigen Sitzung zurückzukommen. Es wurde eine Aeußerung des Abg. v. Kardorff bemängelt und hierauf gegen eine Mäße, die ich ertheilt habe, Widerspruch erhoben. Es widerspricht mir immer, in einer Aeußerung, die im Hause gefallen ist, eine Beleidigung zu erblicken. Auch im vorliegenden Falle habe ich geglaubt, daß sich bei näherer Einsicht in das Stenogramm die Sache objektiver darstellen würde. Ich muß aber zugeben, daß die Fassung derart ist, daß diejenigen Herren, gegen welche die Aeußerung gerichtet war, eine Beleidigung darin erblicken konnten und ich muß zugeben, daß die Gegenbemerkung, wenn nicht zulässig, so doch dadurch gemindert erscheint. Die Aeußerung des Herrn von Kardorff muß ich aber als entschieden parlamentarisch unzulässig erklären.

Für die allgemeinen Rechnungen für 1895/96 bis 1891/92 wird entsprechend den Anträgen der Rechnungscommission die Entlastung ertheilt.

Ebenso werden in dritter Berathung die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer und die Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für 1894/95 und 1895/96 erledigt.

Bei dem letzteren Gegenstande erklärt auf eine Anregung des Abg. Hammacher der Direktor der Kolonialabtheilung v. Richterhofen, daß keine Nachricht und auch kein Anhaltspunkt dafür vorliege, daß in Westafrika die Kinderpest ausgebrochen sei. Für den Fall, daß dies geschehen sollte, darf man sich wohl der Erwartung hingeben, daß die Erfahrungen des Dr. Koch uns für unser Schutzgebiet zu gute kommen werden, daß er seinen Assistenten Dr. Kohlstedt dorthin entsenden wird.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den Exekutiv- und die Klasseneinteilung der Orte.

Abg. Richter (fr. Sp.): Es werden ständig neue Anforderungen an den Reichstag gestellt, während alle Forderungen des Reichstags unerfüllt bleiben. Ich möchte daher an den Kriegsminister die Frage richten, wie es mit der Militär-Strafprozessordnung sieht.

Staatssekretär v. Büttcher: Die Militär-Strafprozessordnung liegt beim Bundesrath und zwar bei den Ausschüssen. Sobald diese ihre Beratungen abgeschlossen haben (Heiterkeit), wird sich der Bundesrath im Plenum unverzüglich damit befassen und die Vorlage unverzüglich an den Reichstag bringen. (Heiterkeit.)

Abg. Hammacher (nat.) beantragt die Verweisung der Vorlage an die Budgetcommission.

Abg. Lieber (B.) schließt sich seitens seiner politischen Freunde dem Antrag an.

Abg. Richter (fr. Sp.): Der Staatssekretär v. Büttcher hatte die Güte, mich über den Beschäftigung im Bundesrathe zu belehren.

Eine Geschichte des Bierboykotts.

Wenn dienstbare Geister sich unterfangen, die ruhmreichen Thaten ihrer Herren weltgeschichtlich zu verklären, so kommt, wie das Beispiel der Hofhistoriographen zeigt, meist ein Produkt zu Stande, über das die glorifizierten Herren sich selber bedenkenlich hinter den Ohren kratzen müssen. Einer der wenigen, die trotz ihres streng kapitalistischen Standpunktes sich Scharfblid und Objektivität genug bewahrt haben, um die Zeit zu begreifen und auch den neu aufstrebenden Mächten wenigstens einen Theil der ihnen gebührenden Würdigung entgegen zu bringen, ist Herr Richard Köstke, der Direktor der hiesigen Schultheiß-Brauerei. Wir schätzen Herrn Köstke bei aller Gegnerschaft hoch genug ein, um von ihm anzunehmen, daß er ein Buch, das er zweifelsohne in den letzten Tagen gelesen haben wird, mit nicht ganz ungemessener Freude aus der Hand gelegt hat. Es nennt sich „Der Berliner Bierboykott von 1894“ und ist „stimmungslos dargestellt“ von Herrn Emil Struve, früher und vielleicht auch jetzt noch Generalsekretär des Vereins der Berliner Brauereien. Herr Struve beginnt sein Werk mit einer Straßpredigt gegen zwei Schriftsteller, die bisher eine Darstellung des Boykotts der Öffentlichkeit gebracht, dabei jedoch unterlassen haben, die Unschuld des Kapitals am Ausbruch des geschilderten Kampfes unbeschensd vorauszusetzen. Außer Herrn M. v. Hedel, der sich seinerzeit in Conrad's Jahrbüchern über den Boykott ausgelassen hat, kommt namentlich Herr R. Oldenberg wegen seiner in Schmoller's Jahrbüchern veröffentlichten Darstellung des 1894er Bierkriegs oft recht schlecht weg. Herr Oldenberg sei bei aller Schorsinnigkeit der Logik durch seine soziale und psychologische Betrachtungs- und Beurteilungsmethode oft „vom Wege abgeführt“, das heißt mit anderen Worten, in einigen Dingen zu einer nicht rein kapitalistischen Darstellung der Ereignisse verführt worden.

Derlei Gebrechen und Vergehen will nun Herr Struve in seinem Buche wieder gut machen und zu diesem Zweck hat ihm das Material, nämlich die Protokolle und Korrespondenzen der Ringpartei zur Verfügung gestanden. Wir waren nicht gerade auf Sensation gefaßt, als wir begannen, uns in die Welt des „Altenmaterials“ zu versenken; aber dennoch müssen wir gestehen, daß wir uns recht enttäuscht fühlten über die wenig kluge Weise, in der Herr Struve mit dem ihm anvertrauten Funde gewirksamkeit hat. Man kann Kapitalist und Kapitalistendienner sein und dennoch Intelligenz genug haben, das einem zur Verfügung stehende Material nicht nur zu bestimmtem Zwecke, sondern auch von einer höheren Warte aus zu bearbeiten. Dies soll im Grunde sogar notwendig sein. Nichts von dem bei Herrn Struve. Es war uns bei der Lektüre seines Buches, als fänden wir ein Echo der bürgerlichen Tagespresse wieder, wie es sich jeweilig beim Auf- und Abwogen des Kampfes kundgegeben hat. Das ist ein Mangel, den wir bedauern müßten, auch wenn das Altenmaterial, das in dem Buche zu Tage gefördert wurde, interessanter wäre, als es ist. Als wesentlich mag das neunte Kapitel: „Die Ausgleichsbestrebungen der Gostwirth“ in Betracht kommen, in dem die ergebnislos gebliebenen Friedensverhandlungen vom 29. September bis 13. Oktober 1894 an der Hand eines von den Brauereien ausgenommenen stenographischen Berichtes, der von dem Verein sogar gedruckt worden ist, auszugswise wörtlich wiedergegeben werden.

Die übrigen Altenstücke sind weniger von Belang und zum Theil auch dadurch schon früher bekannt geworden, daß sie in den Stürmen des Krieges der Redaktion des „Vorwärts“ auf den Tisch wechelten. Geschickter ist die Auswahl der Artikel und Aufsätze, welche der „Vorwärts“ in dem Kriege gebracht hat; auch ist der Inhalt der im Boykott erschienenen Flugblätter unserer Partei ziemlich ausführlich wiedergegeben.

Gehen wir auf Herrn Struve's Anschauung ein, so entbehrt der gewaltige Kampf, den die Berliner Arbeiterschaft im Jahre 1894 acht Monate hindurch gegen einen Kapitalistenring führen mußte, auch jedes Scheines einer Berechtigung.

Die Lage der Brauereigenossen war, wie er in seinem Buche auf Seite 84 ff. auseinandersetzt, eine rosigte; die Monatslöhne schwankten zwischen 120 und 180 Mark und stiegen bei Vorderburschen bis zu 250 Mark, die Arbeitszeit war niedrig und durch 4 bis 6 Liter Freibier gemüßigt; von eigentlicher Ausbeutung, von Verdrängung der gelerntten durch ungelernete Arbeiter, wie Auer von seinem schematischen Standpunkt aus meint, kann keine Rede sein, denn es giebt, wie auf Seite 20 und 21 auseinander gesetzt wird, ja Brauerschulen mit zum Theil bereits „akademisch-wissenschaftlichen Gepräge“, deren Besuch durch jeden Brauerburschen Herrn Struve etwas selbstverständliches zu sein scheint, wie in seinem Kopfe vielleicht auch jeder Zimmermann, der etwas auf sich hält, die Technische Hochschule in Charlottenburg besucht. Außer Auer bekommt denn auch namentlich Herr Oldenberg an verschiedenen Stellen des Buches derbe Rippen, ob etwaiger Zweifel an dem paradiesischen Zustande in den Berliner Brauereien. Gewiß, so behauptet Herr Struve, gab es Arbeitnehmer im Braugewerbe, die mit ihrer Lage nicht zufrieden sein konnten, aber das waren Leute, die durch eigene Schuld nichts gelernt hatten, und diese „verdorbenen Brauereigenossen“ (Seite 19) haben denn auch nach dem Verfasser im 1894er Bierkrieg eine „geradezu verhängnisvolle Rolle“ gespielt. Diese Kerle werden in dem sozialpolitischen Meisterwerk nach Gebühr abgestraft, worüber Herr Struve nicht vergißt, auch der Sozialdemokratie, als der eigentlichen Schürerin und Leiterin des Kampfes, gebührend auszuweisen. Sie wollte, trotzdem männiglich bekannt ist, daß die Partei anfänglich alles mögliche that, um den Kampf nicht zum Ausbruch kommen zu lassen, und trotzdem Herr Struve an mehreren Stellen zugiebt, daß die Brauereien, des ewigen Kleinrieges müde, sich endlich durch einen mit der brutalen Doppelbestimmung eingeleiteten Generalkampf den Frieden ruhigen Genießens sichern wollten, an den armen Brauereileitern ein „Exempel statuiren“, daß die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft mit Schrecken erfüllen und gemahnen sollte, daß ihre Tage vor dem unabwehrlichen Ansturm der siegreichen Sozialdemokratie gezählt seien.“ (S. 4). Die Diktatur des Proletariats“ tritt im Boykott in ihrer ganzen Gefährlichkeit zu Tage und „zwingt oft weite Kreise unter den schlimmsten politischen Terrorismus im Bunde mit Freigebit und Henckelei“ (Seite 12); und um das Maß der sozialdemokratischen Bosheit voll zu machen, listet Herr Struve auf Seite 110 seinem Publikum die Mär auf, daß „ermittelt wurde“, daß schon im April von sozialdemokratischer Seite distrierte Anfragen an auswärtige Brauereien gerichtet waren betreffs Lieferung von Bier nach der Reichshauptstadt im Falle eines ausbrechenden Brauerboykotts. Bei solcher Fülle sozialdemokratischer Tüde ist es ein wahres Labfal für Herrn Struve, daß wenigstens der Verein der blauen Brauereigenossen gelegentlich Veranlassung nahm, nachdrücklich gegen die Vergewaltigung der Brauereien und der nichtsozialistischen Arbeitnehmer derselben Verwahrung einzulegen. In diesem Punkte treibt die Dienstpflicht gegen das Einzelkapital, der er sich erkeben, Herrn Struve allerdings zu einer bedenkliden Inkonsequenz. Während er die Arbeiter, die den nicht sehr beneidenswerthen Rnth fanden, in diesem Kriege den Kapitalisten Dienste zu leisten, über den grünen Alee lobt, bekommen die Brauereien, welche sich nicht dem Ring angeschlossen hatten, einen beträchtlichen Theil des Buches hindurch die derbsten Straßpredigten wegen ihres Mangels an Solidarität zu hören. Nur einige Proben: Auf Seite 175 heißt es, daß diese

Brauereien sich schwere Verläufe gegen die vornehmsten Forderungen bürgerlicher Solidarität haben zu schulden kommen lassen. Ihnen war (S. 176) kein Mittel zu schlecht, um mit der feindlichen Partei gemeinsame Sache zur Schädigung der Berliner Gewerkskollegen zu machen, sie konnten (S. 182) das unümlliche Verdienst für sich in Anspruch nehmen, in erster Linie (!) dazu beigetragen zu haben, daß der Berliner Boykott so lange und in so schädigender Weise von der sozialdemokratischen Partei durchgehalten werden konnte. Worte wie Felonie u. s. w. lehren nicht allzu selten wieder. Im höheren Interesse des Kapitals ist eine derartige in- konsequente Betrachtungsweise gewiß entschuldbar. Sie ist aber kennzeichnend für den unterwürfigen Geist, in dem das Boykottbuch des Herrn Struve abgefaßt ist. Die treue Dienstbefähigkeit bringt es auch mit sich, daß die bürgerliche Presse, die mit der einen Ausnahme der „Berl. Volksztg.“ dem Bierkrieg doch so mienntwert zur Seite gestanden hat, nicht ganz ohne einige Rippen wegkommt. Nächst schon die auf Seite 113 kundgegebene Klage zu Thranen, daß den Brauereien zur Thatfachenberichtigung kein Organ zur Verfügung gestanden hat, wo doch einige zwanzig Blätter sich um die Ehre stritten, dem Bierkrieg am meisten förderlich zu sein, so zeugt es von einer etwas hart ausgreifenden Naivität, wenn auf Seite 264 lebhaft der Mangel an Opferwilligkeit auf bürgerlicher Seite behauptet und der Vorwurf ausgesprochen wird, daß die bürgerliche Presse glaubte, genug gethan zu haben, wenn sie einige schon geschriebene Leitartikel wider den Boykott vom Stapel gelassen und ihre Leser mit unterhaltlichen Nachrichten vom Kriegsschauplatz versehen hatte. Diese strenge Musterung ent spricht allerdings aus einer Betrachtung über das leidige Anhängel der Saalbesitzer und ringtreuen Gostwirth, das die Brauereien während des Boykottkampfes einem Golfkloß gleich mit sich herum schleppen mußten. Die Schilderung, wie die Brauereien in der sich ihnen ausbrechenden Freundschaft der Wirth, die zu 80 pCt. nicht mehr erziehungsfähig seien (S. 184), ein Haar sehen und sich ihrer mit allerhand süßsauren Komplimenten erwehren, wie die Brauereien schließlich doch nicht umhin können, den Betteleser für die „Opfer des Terrorismus“ zu schwingen, wie der Erfolg der Sammlungen so käglic ausfällt, wie die Wirth aber nicht locker lassen und nach Jahr und Tag noch als Nothleidende den Grobhanern auf der Tasche liegen, diese Schilderung bildet eines der wenigen lustigen Stücke in dem sonst gerade nicht besonders anregend geschriebenen Buche.

Solcherlei Schmeizen machen es denn auch erklärlich, wenn der „Vorwärts“ als hauptfächlichster Vertreter der Arbeiterpartei gar übel bei Herrn Struve wegkommt. Das Wirken des Arbeiterblattes und der Boykottliteratur wird auf Seite 144 mit so spargiger Wuth gerügt, daß wir unseren Lesern den Genuß, die Entrüstung des Kapitaldieners zu kosten, nicht gut verlagern können. Herr Struve schilt in einer Schilderung der Geschehnisse vom 16. Mai 1894:

„Die Anbrüt Solale“ ist natürlich gefüllt mit Nachrichten vom Kriegsschauplatz. Sie bildet fortan des große Sammelbecken für allen Haß und Groll, den der „Vorwärts“ bezw. die mit seiner Leitung betrauten Parteiführer in täglich unabwehrlicher Fülle über die verhassten Brauereien ergießen, um die boykottirten (? D. H.) Genossen in Stimmung zu erhalten. Wohl noch nie zuvor hat die Leitung des „Vorwärts“ in so ausgiebiger Weise Monate hindurch seine Spalten einer bestimmten Parteiaktion gewidmet, wie in diesem Boykott, dabei eine andauernde Lungenkrampf im Schimpfen entfaltend, die für eine Redaktionskraft schier übermenschlich dünkt. Was hier durch Lüge, brutale persönliche Verleumdung und Anpöhlung der rohesten Leidenschaften für die Vergiltung der Volksseele und Verhegung der Klasse vor der Öffentlichkeit acht Monate hindurch geistelt werden durfte, bil et für die deutsche Sozialdemokratie ein ausräuhiges Blatt in ihrer Geschichte, zugleich aber auch eine schwere Anklage gegen die weitrereitete Abgestumptheit der öffentlichen Moral und ihrer demenschen Vertreter in Staat und Gesellschaft, ja einen wahren Johu auf sie.“

Man merkt allmählig, wie der Hase läuft. Zuvor hofft Herr Struve auf Seite 174, daß in der Ertheilung der Korporationsrechte an den Ringbrauereigenossen, die im August 1896 in Gnadene erfolgt ist, eine nicht zu unterschätzende Sicherung gegen etwaige Wiederholungen sozialdemokratischer Boykottübergriffe gewonnen sei. Aber diese Hoffnung wird Herrn Struve bei Licht betrachtet immerhin als ein Ding mit sehr hartem nyphtischen Beigeschmack erscheinen. Und da Herr Struve der Boykott eine Anleiheung gegen die göttliche Weltordnung dünkt, und er ganz in Unternehmerjargon (S. 85) die bisher nur bei Streiks beliebte Wendung von „Wädelsführern“ auch auf die „Arbeiter“ des Boykotts überträgt, so darf es nicht wunder nehmen, wenn die sichtbare Verirrung der göttlichen Weltordnung, die Polizei gegen die „Wädelsführer“ einschreiten soll. Auf Seite 55, bei einer Betrachtung über Militärboykott und Arbeiterboykott entdeckt Herr Struve sein Herz folgendermaßen: „Man kann über die Strafbarkeit des Boykotts gebrüelter Meinung sein, aber nicht darüber, daß wenn jemand durch den Einfluß einer Staatsbehörde in seinem Gewerbebetriebe vor die Nothwendigkeit gestellt wird, außergewöhnlich, wirtschaftlich überanstrengende Opfer zu bringen, er wenigstens unmittelbar vor den ihm insofgebeßen von anderer Seite her bedrohenden Beeinträchtigungen geschützt wird. In diesem Sinne ist ein auch praktisch sehr wohl durchführbares Vorgehen gegen öffentliche sozialdemokratische Boykottirungen von Saalbesitzern, die ihre Säte nicht immer aus freien Stücken, jedenfalls aber im Staatsinteresse für sozialdemokratische Zwecke verschließen müssen, um so gebotener, als die Sozialdemokratie hierbei in einer zwar begreiflichen, aber deshalb doch keineswegs berechtigten und statthastten Nothwehr handelt. Denn was der Staatshoheit und ihren Organen im Interesse der Staatsordnung an Zwangsmitteln gegen ihre Unterthanen (!) zusteht, steht doch damit nicht auch irgend einer politischen Partei gegen ihre Mitbürger zu! Ueber die Fragen der Zweckmäßigkeit, ob und wie im einzelnen konkreten Falle solchen in der Öffentlichkeit geübten Repressalien der sozialdemokratischen Partei öffentlich rechtlich entgegen zu treten sei, moß sich streiten lassen, prinzipiell muß aber diese Aufassung unbedingt festgehalten werden, wenn anders man nicht im sozialen Gebiete unserer Zeit jeden Halt und jede Leitung verlieren will.“

Wir sind höflich und einsichtsvoll genug, um anzunehmen, daß die intelligenteren der Brauereidirektoren, die Herrn Struve mit der Würde des Generalsekretariats ihres Vereins betraut haben, etwas mehr Selbstbewußtsein haben, als ihr Diener, der trotz seiner Ruhmredigkeit keinen anderen Ausweg weiß, als den in die Arme der kapitalbeschützenden Polizei. Speziell Herrn Köstke halten wir für viel zu geschickt, als daß er eine derartige Hisslosigkeit auch nur andeutungsweise offenbaren könnte. Vielleicht wird er es nachträglich sogar im stillen Kämmerlein seines Herzens bedauerlich finden, daß die erste kapital-offizielle Geschichte des 1894er Bierboykotts, die zweifelsohne von der bürgerlichen Presse oft herangezogen wird, nicht von einer freier und geistig selbständiger dastehenden Kraft geschrieben ist als von Herrn Emil Struve, den Generalsekretär.

Lokales.

An die Parteigenossen im vierten Reichstags-Wahlkreise. In wenigen Wochen ist es ein Jahr her, daß ein neuer Wahlverein für Berlin IV Osten gegründet wurde. Seit dieser Zeit sind 1500 Parteigenossen dem Wahlverein als Mitglieder beigetreten. Das ist gewiß an sich eine achtungswürdige Zahl; ihre Bedeutung für uns jedoch zusammen gegenüber der Thatfache, daß einige Zehntausende Parteigenossen in diesem Wahlkreise wohnen. Diese haben sämmtlich die Pflicht, ihrer politischen Organisation bei-

zutreten und durch fleißigen Versammlungsbefuch, wie durch sonstige Erfüllung ihrer agitatorischen Obliegenheiten unsere Partei ihrem Ziele näher zu führen. Parteigenossen des Wahlkreises, schließt Euch Eurem Wahlverein an; nur in der Organisation liegt eine feste Phalanx zum Angriff, wie zur Vertheidigung! Wecht für den Verein und agitirt nach Kräften, daß er die Mitgliederzahl erreiche, die ihm gemäß der Bedeutung der Sozialdemokratie im vierten Wahlkreise gebührt.

Die Zahlstellen des Vereins sind: D. Franke, Friedrichsbergstraße 11; D. Babel, Franzfurter Allee 90; Vogel, Göttingerstraße 9; Schilling, Zillstr. 40; E. Böhl, Franzfurter Allee 74; J. Baumgarten, Königsbergerstraße 7; W. Pod, Grüner Weg 46; W. Wille, Andreasstraße 26; Neumann, Kleine Andreasstraße 15; Lange, Friedrichsbergstraße 37; A. Böhl, Nädersdorferstraße 8; Strauß, Stralauer Chaussee 176; H. Felsch, Landsbergerstr. 8; Mühl, Kopenstr. 41; Gorn, Marudstr. 23; Spät, Weinstraße 28; Köppl, Schillingstr. 30a; Hoffmann, Blumenstraße 14; Scheere, Blumenstr. 38; Jauer, Fruchtstr. 52. Der Vorstand.

Die Berliner Volksküchen haben im Jahre 1896 so schlechte Geschäfte gemacht, daß in diesem Frühjahr für nicht weniger als 5 Küchen (von überhaupt 15) die Schließung verfügt werden mußte, weil sie die Betriebskosten nicht mehr deckten, also dem Prinzip, daß sich jede Küche selber zu erhalten habe, widersprachen. Drei dieser Küchen sind bereits am 1. bezw. 15. April geschlossen worden, und 2 andere sollen am 15. Mai nachfolgen. 1896 (bezw. 1895) wurden an Speisemarken verkauft: in 15 Küchen für Mittag 150 312 (111 650) à 25 Pf., 805 194 (867 931) à 15 Pf., 125 121 (134 193) à 10 Pf., 269 496 (267 813) à 5 Pf., für Abend (nur im Winter, 1895: 5 Monate, 1896: 4 Monate) 133 068 (105 527) à 10 Pf., 71 860 (56 392) à 6 Pf., 62 267 (44 934) à 5 Pf., 10 520 à 3 Pf. (erst 1896 eingeführt); außerdem in der Frauentüche für Mittag 414 à 40 Pf. (seit 1896), 704 à 35 Pf. (seit 1896), 7287 (7423) à 30 Pf., 14 342 (16 012) à 25 Pf., 2383 à 20 Pf. (seit 1896), 7360 (7527) à 15 Pf., 443 à 10 Pf. (seit 1896), 26 460 (27 057) à 5 Pf. In den Mittagsportionen sind auch die für das Polizeigesängnis, sowie die von Vereinen, Privaten u. s. w. für Arme entnommen und die durch Speise-Transportwagen in die Fabriken gebrachten (seit 1896) mitenthalten; in den Abendportionen sind mitenthalten die (seit November 1896) in den Morgenstunden verabreichten Getränke (à 5 Pf.) und Schmalzstücken (à 3 Pf.). Der Geschäftserfolg, den die Volksküchen trotz aller Anstrengungen, das Publikum durch Neuerungen mancher Art zu gewinnen, gehabt haben, ist zum Theil auf die sich mehrende Konkurrenz anderer ähnlicher Unternehmungen (Volks-Kaffee- und Speisehallen, israelitische Volksküche und Kinder-Volksküchen, auch billige Privatwirtschaften) zurückzuführen. Außerdem kommt aber folgender Umstand in Betracht. Die Volksküchen können im allgemeinen nur dann blühen und gedeihen, wenn sich die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung, auf die sie rechnen, auf einer ganz bestimmten Höhe hält. Wenn Gewerbe und Industrie darniederliegen, sodas der Umfang der Arbeitslosigkeit und des Nothstandes das gewohnte Maß weit übersteigt, dann wird es auch in den Volksküchen leerer. Befreit sich die Lage der ärmeren Bevölkerung mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit wieder ein wenig, so kehren auch die wieder zahlungsfähig gewordenen Gäste zurück. Ist die Besserung aber merklicher, so wendet sich mancher, dem bis dahin die Volksküche genügen mußte, wiederum von dieser, ob, um sich anderswo besser zu beschäftigen, — bis ihn eine neue Verschlechterung der Wirtschaftslage von neuem hierher zurücktreibt. Die Berliner Volksküchen haben in den jetzt über 30 Jahren ihres Bestehens dieses Hin und Her zwischen den beiden oben bezeichneten Grenzen mehrfach durchmachen müssen, und wiederholt sind deshalb einzelne Küchen zeitweilig geschlossen und später wieder eröffnet worden. Frau Morgenstern, die Leiterin der Volksküchen, darf sich auch diesmal trösten. Wenn es über kurz oder lang mit dem „industriellen Aufschwung“ erst wieder vorbei sein wird, dann wird es auch in den Volksküchen wieder voller werden, — bis auf weiteres wenigstens.

Zum kirchlichen Nothstande in Berlin. In pfläffischen Kreisen wird jetzt lebhaft die Frage erörtert, wie die Kirche es anstellen solle, das „verlorene Terrain“ wieder zu gewinnen und eine „durchschlagende Macht im Volksleben“, wie sie nach der Meinung der Interessenten „doch sein sollte und müßte“, auszubilden. Zur Erreichung dieses edlen Zweckes wird nun für eine Verkleinerung der Kirchengemeinden Propaganda gemacht. Bis zu 70000 „Seelen“ seien für einen Seelforger gut, wie ihn eine Kirchengemeinde darstelle, viel zu viel, 30- bis 35 000 „Seelen“ noch ausreichend genug. Um eine derartige Degeneration vornehmen zu können, ist es aber notwendig, immer mehr neue Kirchen zu bauen, de u sonst ist eine Verkleinerung der Gemeinden nicht durchzuführen. Natürlich müssen an diesen neuen Kirchen auch die erforderliche Anzahl „Seelforger“ angestellt werden, „geistlicher Kräfte“, wie es in der pfläffischen Sprache heißt. Ob ihnen dieser Plan wohl gelingen wird?

Zum Fall Zietzen wird jetzt berichtet: Ein Gnadengesuch für Albert Zietzen, welches mit zehntausenden von Unterschriften bedeckt ist, wird, falls das Wiederaufnahme-Verfahren endgiltig zurückgewiesen wird, dem kaiserlichen Postmarschallante überandt werden. Das Gesuch geht nicht von Zietzen selbst oder dessen Angehörigen, sondern von dem Romanchriftsteller Oskar Höder aus, der einen 79 Bllseiten umfassenden Schriftsatz hierzu verfaßt hat. Auf dem Unterschriftenbogen, die mit den Hesten einer den Fall Zietzen mit behandelnden Erzählung verbreitet wurden, haben sich eine größere Anzahl Anseher des Zuchthauses in Werden an der Ruhr, wo Albert Zietzen sein Leben verbrachte, eingezeichnet. Wie erinnerlich, hatte sich Albert Zietzen vor einer Reihe von Jahren durch Vermittlung seines hiesigen Wunders des Gastwirths Heinrich Zietzen, jetzt Neue Königsstr. 58, mit einem „Gnadengesuch um Wiederaufnahme des Seefahrers“ an den Kaiser gewendet. Das Schriftstück wurde auch dem Kaiser in der Siegesallee durch Heinrich Zietzen in den Wagen gereicht. Im Kuitroge des Zivilkabinetts wurde alsbald Herr v. Tausch nach Ebersfeld gesandt, um zu prüfen, ob dem Gnadengesuche Folge gegeben werden könne. Herr v. Tausch hat seinerzeit einen unvollständigen Bericht erstattet, der überaus günstig für den unglücklichen Zietzen lautete. Die Staatsanwaltschaft in Ebersfeld hingegen hat sich gegen das Wiederaufnahme-Verfahren geäußert und ist mit ihrem Widerspruch auch durchgedrungen. Im Falle einem Wiederaufnahme-Verfahren u. Sachen Zietzen stattgegeben würde, dürfte dasselbe leicht zur Klassifizierung anderer der Vergangenheit angehöriger Vorgänge aus der bewegten politischen Epoche der 70er und 80er Jahre Ebersfeld's führen. Der unglückliche Zietzen selbst will von einem Gnadengesuch nichts wissen und hat es bisher verschmäht, trotz tabelloser Führung und heuer Atteste der Zuchthaus-Direktion, um eine Begnadigung einzu- kommen. Er will nur sein Recht und seine Ehre haben und nicht die Freiheit allein, auf die er in den vielen Jahren verzichtet hätte.

Landwirthschaft. Aus dem Rathhause wird berichtet: Es sind in letzter Zeit wiederholt Fälle vorgekommen, daß Erwerber von Grundstücken, nachdem sie bereits jahrelang Eigenthümer derselben waren, zu den Kosten der Straßenerstellung herangezogen wurden, obwohl diese Herstellung erst in langer bevor sie das Grundstück gekauft haben. Aus neuester Zeit liegt wieder ein derartiger Fall vor, in welchem der Eigenthümer 90 000 Mark an die Stadt zahlen muß. Der betreffende Eigenthümer hatte keine Ahnung davon, daß eine derartige Last auf dem Grundstück lastet. Da es sich aber hier um eine öffentliche Last handelt, die der Entwurfs-

\*) Der Berliner Bierboykott von 1894. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialen Klassenkämpfe der Gegenwart. Altenmässig dargestellt von Emil Struve. Berlin, Carl Heymann's Verlag, 1897. 383 und VI Seiten.

Am Grundbuch nicht bedarf, so ist dieselbe ohne weiteres auf den Erwerber übergegangen und da die Auslieferung der Last erst jetzt erfolgen konnte, so hat er voraussichtlich nicht einmal ein Rückgriffsrecht gegen den Verkäufer. Es kann unter diesen Umständen nicht dringend genug empfohlen werden, daß ein Käufer im Kaufvertrage sich vom Verkäufer garantieren läßt, daß ortstatutarische Beiträge zu den Kosten der Straßenanlage nicht mehr zu bezahlen sind.

Im hiesigen Arbeitshause befinden sich am 1. April ex. 88 Familien mit 115 Personen, darunter 20 Säuglinge, und 50 Einzelpersonen. Am 1. Mai war der Bestand 11 Familien mit 30 Personen, darunter 5 Säuglinge, und 48 Einzelpersonen. Das Asyl für nächtliche Obdachlose daselbst benutzten im Laufe des Monats April 21 465 Personen, und zwar 20 551 Männer, 914 Frauen. Von diesen Personen wurden 17 dem Krankenhaus am Friedrichshain, 48 dem Krankenhaus Moabit, 8 der Charité, 4 der Anstalt Mühlgraben, 18 der Anstalt im Obdach überwiesen, 284 (278 M., 6 Fr.) der Polizei vorgeführt. Gebadet haben während des Monats April 14 260 Personen.

Im Falle Rothenburg wird jetzt berichtet: Dem wiederholten Antrage der Frau Baumeister Rothenburg hat jetzt das hiesige Landgericht I hinsichtlich der Ansetzung der über sie verhängten Entmündigung stattgegeben und unter Bestätigung des Rechtsanwalts Behrendt, hier, als Prozeßvertreter Termin zur mündlichen Verhandlung auf den 15. Juni d. S. anberaumt. Bekanntlich war bereits im Jahre 1892, während Frau Rothenburg im Irrenhause sich befand, das prozeßuale Entmündigungsverfahren durch Eingreifen des Sohnes der Frau Rothenburg, Reserenbar Rothenburg, derart zu gunsten der Frau Rothenburg geendet, daß die Zurückweisung der Entmündigungsanträge nahe bevorstand. Damals wurde aber plötzlich der Sohn der Frau Rothenburg auf Antrag der Angehörigen, die sekundär bei dieser Angelegenheit interessiert sind, nach der Irrenanstalt zu Ueckermünde überführt und verblieb dort so lange, bis Entmündigung seiner Mutter von den Angehörigen durchgeführt war. Man kann unter diesen Umständen gespannt sein, ob seitens der genannten Angehörigen der bevorstehenden prozeßualen Aufklärung der Sache entgegengegearbeitet werden wird.

Ein Stück preussischer Eisenbahnpolitik rein ungläublicher Art wird in folgendem berichtet: Große Aufregung verursacht in den hiesigen Vororten der gestern durch die Bahndirektion plötzlich ergangene Befehl, daß der neu eingelegte Frühzug 7 Uhr 10 Min. ab Friedrichshagen nach Berlin aus dem Verkehre zu ziehen sei. Dieser Zug war bisher der bequemste, welcher den in Berlin beschäftigten Kaufleuten und Beamten, sowie den Schulkinder zur Verfügung stand. Es hatten sich infolge dessen auch gestern Morgen auf den sämtlichen in Frage kommenden Stationen dieser Bahnstrecke hunderte von Personen eingefunden, welche um 8 Uhr in Berlin sein mußten und durch das unvorhergesehene und nicht rechtzeitig angekündigte Ausbleiben des Trains in arge Verlegenheit kamen. Besonders merkwürdig ist die Begründung der Rastung des Zuges; dieselbe lautet dahin, daß durch die starke Benutzung desselben die vorher gehenden Züge unter dem Mangel an Passagieren zu leiden gehabt hätten.

In der Angelegenheit der Auflösung der Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge hat der Magistrat der Aufsichtsbekörde geantwortet, daß die Auflösung frühestens mit dem 1. Juli d. S. eintreten könne. Die Ermittlung, welchen Betrieben die einzelnen Beschäftigten zuzurechnen, ist nicht ganz leicht; zeitraubend ist, daß eine Menge von Gewerkschaften geändert werden muß, da diese bisher Handlungsgehilfen grundsätzlich ausschließen, endlich ist auch die proportionale Verteilung des angefallenen Kasseeinkommens sehr schwierig.

Die zehn Berliner Unfallsstationen wurden im Monat April 1897 in 1595 Fällen gegen 1244 im gleichen Monat des Vorjahres für erste Hilfe in Anspruch genommen und zwar 1389 Mal bei Unfällen und 206 Mal bei plötzlichen Erkrankungen. In den Stationen wurden 1500, außerhalb derselben 95 Personen behandelt.

Die elektrischen Straßenbahnen werden bekanntlich noch neuerem Vertriebsbrauch als Eisenbahnen betrachtet und irgend eine Kollision mit „elektrischen“ Wagen wird daher an dem Schuldigen als Gefährdung eines Eisenbahntransports bestraft. Gegen diesen Brauch will eine von der Fachherren-Vereinigung zum 6. Mai einberufene Versammlung protestieren.

Das Chemiegebäude und den Pavillon der Stadt Berlin im Treptower Park möchten einige Magistratsbeamte noch auf einige Jahre stehen lassen, da beide Bauten noch ganz durabel seien und 400 000 M. gelöst hätten. Die Angelegenheit soll im Magistrats-Kollegium zur Sprache gebracht werden.

Die alte Strecke der Eettiner Bahn wird vorläufig noch nicht eingehen, vielmehr soll dieselbe bis auf weiteres zum bequemeren Transport für Bahnmateriale erhalten bleiben. Die Abtragung der Gleise dürfte erst Ende dieses Jahres erfolgen.

Die Angelegenheit der anonymen Briefe, in die bekanntlich der Herenommester v. Roke verwickelt worden ist, spielt zur Zeit wieder in der Presse eine Rolle. Je mehr diese widerliche Angelegenheit aufgewühlt wird, je mehr Schmutz kommt durch sie zu Tage. Bei Käjar Schmidt in Zürich ist das neueste literarische Nachwort in der Sache erschienen; es führt den Titel „Herr v. Roke und der Verfasser der anonymen Briefe der Holzgesellschaft“ und hat einen Herrn D. von Langen-Altenstein zum Verfasser. Es wird die Frau eines Holzmalers F. als Verfasserin der Briefe genannt. Das wird nun von jener Seite im hiesigen „A. S.“ entschieden in Abrede gestellt und dabei eine Charakteristik des jetzt freilich nicht mehr unter den Lebenden weisenden Denunzianten gegeben, die jenen „Edelmann“ in ein sehr trübes Licht rückt. Nach dem genannten Valte hat der Edelste und Beste den Holzmaler erst gründlich angepöppelt und dann dessen Frau fälschlich beschuldigt. Zur Zeit der Roke-Affäre ist v. Langen Privatsekretär bei dem früheren Rechtsanwalts Frh. Friedmann gewesen. Er beschloß seine Laufbahn durch Selbstmord.

Ein blinder Philologe war beim Provinzial-Schulkollegium um die Zulassung zum Probejahr eingekommen. Es ist darüber jetzt der Bescheid des Ministers ergangen, daß solchen Kandidaten, welche durch Blindheit, Taubheit oder ein sonstiges körperliches Gebrechen oder wegen Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung der Amtspflichten eines Lehrers oder Erziehers der Jugend dauernd unfähig sind, die Zulassung zur praktischen Ausbildung für das Lehramt grundsätzlich verweigert werden müsse. Diese Maßnahme sei unbedingt geboten nicht bloß durch die im Interesse der Schüler an den Betrieben des Schuldienstes zu stellenden Anforderungen, sondern auch mit Rücksicht auf die Pflicht, den bedauerlicherweise Kandidaten selbst, bei denen die Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit von vornherein ausgeschlossen ist, eine unabweisliche Enttäuschung zu ersparen. Der Minister bebauert daher, dem Antrage des blinden Doktors auf Zulassung zum Probejahr unter Befreiung vom Seminarjahre keine weitere Folge geben zu können, so hohe Anerkennung auch seine wissenschaftliche Tüchtigkeit verdiene.

Ein schwerer Fall von Erkrankung an Gehirnkrämpfen ereignete sich Montag Abend beim Schauspieler der Barbiermusik in der Philharmonie. Während der Obermeister Wollschläger nach Beendigung des Proben eine Ansprache hielt, stürzte der am Proben beteiligte gewesene Lehrling Bruno Bruwar, der beim Heilgehilfen-Pommereute in der Hordameisterstraße in Lehre steht, bewußtlos zusammen und schlug dabei stark mit dem Kopf auf den Boden. Als man den Bewußtlosen zunächst in den Garten und dann in einen kühlen Nebenraum getragen, stellten sich heftige Gehirnkrämpfe ein, die das Einschreiten zweier zufällig anwesenden Ärzte notwendig machten. Erst nach langem Bemühen gelang es, den jungen Mann zum Bewußtsein zurückzurufen.

Eine Schenkungsschleife. Politisch wird berichtet: Am gestern Abend der 20jährige Arbeiter Wilhelm Kahn im Hause

Plantagenstraße 18 wegen Diebstahls zur Wache des 91. Polizeireviere gebracht werden sollte, schlug er wiederholt auf den Schuttmann ein und suchte zu entkommen, so daß der Beamte zur Waffe greifen mußte. Kahn wurde durch zwei Säbelhiebe am Kopfe erheblich verletzt und nach Anlegung eines Verbandes auf der Unfallstation II in einem Krankenwagen nach der Charité gebracht.

Selbstmord einer Geisteskranken. Die Frau des Tapezierers Behmann, Oranienstraße 8, war bereits seit einigen Jahren geisteskrank und in einer Anstalt untergebracht. Vor einigen Monaten kam sie, da sie nicht gemeingefährlich zu sein schien, zu ihrer Erholung auf einige Zeit nach Hause. Ihr Mann hatte ihr vorsichtshalber ein besonderes Zimmer eingerichtet, dessen Fenster unten vergittert waren, und ihr außerdem zur Pflege und Aufsicht eine Wärterin beigegeben. Als diese sich Dienstag Morgen auf einen Augenblick aus dem im dritten Stock gelegenen Zimmer entfernt hatte, kletterte die Kranke über die Vergitterung hinweg zum Oberlichte des Fensters hinauf und stürzte sich kopfüber auf die Straße hinab. Sie war auf der Stelle tot.

Zwei Hundertmarkscheine sind gestern Nachmittag um 1 1/2 Uhr in der Zigarrenhandlung von Gustav Kaphan, Prenzlauerstraße 57, von einem unbekanntem Manne verloren worden. Der Mann wird sich schon wiederfinden.

Vereiteltes Verbrechen. In einem Chauffeurwagen in Rixdorf wurde gestern von Arbeitern ein sechsähriges Mädchen ausgeführt. Das Kind hatte einen Knobel im Munde, so daß es am Schreien verhindert war. Das Kind wurde vom Polizeiarzt Dr. Hornesser untersucht. Er stellte fest, daß der Kleinen kein Leid geschehen war. Einige Stunden später meldeten sich die in der Köpenickerstraße wohnhaften Eltern des Kindes und erklärten, daß sie es schon seit einigen Stunden vermisst hätten. Die Sache dürfte ihre Aufklärung dahin finden, daß es von einem Burschen verschleppt worden ist, welcher durch das Dazwischenkommen anderer Leute an seinem Vorhaben gehindert wurde.

Die Villenkolonie Neu-Vabelsberg hat eine Haltestelle an der Potsdamer Hauptbahn bekommen, und es halten nun dort sämtliche direkten Vorortzüge Berlin-Potsdam. Hierdurch wird die Fahrzeit nach jenem Vorort von 48 auf 25 Minuten herabgesetzt.

Rein Räden eines Mieters kam es am Montag Abend in Wilmerdors zu einer Schlägerei, die damit endete, daß der Mieter dem Hauswirth einen Plättbolzen auf das linke Auge schlug und ihn schwer verletzte, so daß er sich nach Berlin in ein Krankenhaus begeben mußte.

Das Lesingtheater in nächster Saison. Dr. Oskar Blumenthal hat seine Vorbereitungen für die nächste Spielzeit des Lesing-Theaters abgeschlossen. In den Verband des Lesingtheaters werden am 1. September d. S. neu eingetreten: Herr Klein vom Königl. Schauspielhaus, die Herren Rehlend, Halim und Ballentin vom Theater des Westens, die Damen Carlsen vom hiesigen Neuen Theater, Julius von Deutschen Theater in München, die Herren Pfeil vom Irving-Place-Theater in New-York, Ulrich vom Hof-Theater in Weiningen. Fr. Dumont wird nach einem neuen Uebereinkommen von Mitte Oktober ab dem Lesing-Theater zur Verfügung stehen, und Fr. Groh wird schon in der ersten Septemberwoche ihre künstlerische Thätigkeit wieder aufnehmen. Im Verband des Theaters bleiben die Damen Jäger und Essinger, Wirth und Bogay, die Herren Gutery und Schönsfeld, Stockhausen und Waldow.

Die Eröffnungsvorstellung der Moriw'schen Oper im Theater des Westens ist auf Sonntag, den 6. Juni (den ersten Pfingstfesttag) angesetzt. Als erste Kapellmeister fungieren die Herren Alfred Thienemann (Berlin) und Max Wolfheim (Würzburg-Kissingen).

Das Programm des Apollo-Theaters ist zu Beginn dieses Monats in recht glücklicher Weise abgewechselt worden. Von bekannten Künstlern ist Herr Steidl wieder eingetreten, der durch einen humorvollen Vortrag sowie durch seine Schläger das Publikum entzückt. Nicht anreuzend war der Vortrag des Künstlerpaars Lieban, das eine Operettenszene nicht gerade neuesten Datums annahmlich zum besten gab. Als Riesendame zeigte sich Fräulein Käthe Komaroff in Leistungen, die zwar achtunggebietend, aber ästhetisch nicht immer befriedigend waren. Ein gleiches läßt sich von der Laubendresserin Anita sagen, die ihren kleinen Künstlern oft mehr zutraute, als sie mit gutem Willen leisten konnten. Rundige Leiterkabinen sind die Gebrüder Condo, in der Gesangsart leichterem Genre leisteten die Damen Bucklanitz, Torway und Dore das übliche. Wie seit Monaten, so bilden auch jetzt die Vorstellungen des Kinetographen den Schluß des abwechslungsreichen Programms.

Das Repertoire der polnischen Schauspieltruppe, welche am 8. Mai ihre Vorstellungen im Reichshallen-Theater beginnt, vermischt lauter berühmten polnischen Dramatiken und Bühnenschreibern. Es wird gegeben am 8. Mai: „Die Nachbarn“, Komödie von Alexander Fredro; 9. Mai: „Die Fremden“, Komödie von Michael Balast; 10. Mai: „Am die Heimath“, Sittenbild von Senar; 11. Mai: „Kazepko“, Tragödie von Julius Slowacki; 12. Mai: „O Wanner, Wanner!“, Komödie von Adam Mickiewicz; 13. Mai: „Herr Damazy“, Komödie von Bizjak; 14. Mai: „Ein offenes Haus“, Possenbild von Michael Balast; 15. Mai: „Das Jahr 997 oder St. Walbert's Wirth und Tod“, Nationalopos von G. Damienski; 17. Mai: „Wojenski und Wenzel“, Komödie von Przychodski; 18. Mai: „Damen und Dufaren“, Komödie von Alex. Fredro.

In der Orania, Invalidenstrasse, wird nunmehr heute, Mittwoch, das Grandpanorama sowie die für diese Sommerzeit neu eingerichteten Seitenbildlein um 5 Uhr eröffnet.

Im Thalia-Theater geht am Donnerstag, den 6. d. M., „Die schöne Helena“ zum ersten Male in Szene. Für die Rolle der Helena ist Frau Julie Kovacz-Raczag zu einem Gastspiel gewonnen worden. Den Paris singt als Gast Herr Perling vom Deutschen Landes-Theater in Prag. In Anbetracht der Kosten, die das Gastspiel verursacht, sind die Preise der Logen auf 5 M., die der ersten vier Reihen des Parquet-Gantheils auf 4 M. erhöht worden. Die Preise der übrigen Plätze bleiben unverändert.

Vasage-Panoptikum. Der nächste Sonntag ist der letzte, an dem die Samoanerinnen im Panoptikum ihre Schauspielungen geben.

### Soziale Rechtspflege.

Tod durch Ueberanstrengung als Betriebsunfall. Der Banarbeiter Wendt verlor am 22. Mai 1895 auf dem Neubau Friedrichstr. 109 ohne wahrnehmbaren äußeren Anlaß die Bestimmung, nachdem er von morgens 5 Uhr bis nachmittags 5 1/2 Uhr dort Kall getragen hatte. Er mußte nach einem Krankenhause geschafft werden, wo er am anderen Tage starb. Seine Hinterbliebenen verlangten vergeblich von der Bauwerks-Versicherungsgesellschaft eine Unfallrente und auch das Schiedsgericht wies den Anspruch ab. Beide Instanzen bekräftigten das Vorliegen eines Betriebsunfalls. Sie beriefen sich auf den Sektionsbefund, der krankhafte Veränderungen der Nieren und eine Herzvergrößerung ergeben hatte. In der ebenfalls festgestellten Hirnblutung, der der Tod zugeschrieben wurde, sahen die Versicherungsgesellschaft und das Schiedsgericht lediglich die Folge einer Krankheit. Das Reichs-Versicherungsamts als Rekursinstanz befaßte sich demnächst eingehend mit der Sache. Es stellte fest, daß der Banarbeiter der Kolonne, welcher der Verstorbenen angehörte, ein äußerst kräftiger Mann war und daß sich Wendt ganz außergewöhnlich anstrengen mußte, um mit ihm bei der Arbeit gleichen Schritt zu halten. Nach einem Oberurtheile des Professors Senator, den das Reichs-Versicherungsamts hörte, ist durch jene Ueberanstrengung der Eintritt der tödlichen Hirnblutung wesentlich beschleunigt worden. Das Rekursgericht verurtheilte aus diesem Grunde die Versicherungsgesellschaft zur Rentezahlung. In der außergerichtlichen Anstrengung des Mannes erblickte es ein plötzliches Ereigniß, wenn auch nur ein solches im weiteren Sinne des Wortes. Es war im Gegensatz zum Schiedsgericht der Meinung, daß die Ueberanstrengung des Wendt zeitlich genügend beschleunigt gewesen sei, um die Annahme eines Unfalls zu rechtfertigen.

Zu einer in Fabriken und Werkstätten dieser Art ist die Frage hat das Gewerbegericht in einer Weise Stellung genommen. Die Konfliktfälle erregen muß. Ein Fräulein Schubert war von dem Konfliktfabrikanten Pötter ausdrücklich als Packerin und Ladierin engagiert worden. Nach drei Tagen verließ sie ihre Stellung, weil man von ihr verlangte, eine Treppe und den Arbeitsraum zu reinigen und den Mist nach dem Hofe zu schaffen. Hierauf verklagte Pötter das Mädchen beim Gewerbegericht wegen Konfliktvertrages; er verlangte eine Buße gemäß § 124b der Gewerbe-Ordnung. Die Beklagte machte geltend, daß sie als Ladierin und Packerin zu Reinigungsarbeiten nicht verpflichtet sei. Außerdem beanpruchte sie einen höheren Lohn als 3,50 M. für die fraglichen drei Tage. Eine Zeugin bezeugte, daß im Betriebe des Herrn Pötter gewöhnlich die jüngste Packerin den Packraum und die Treppe reinigt. Der Vorliegende richtete nach der Beratung des Gerichtshofes bringen zu einem Vergleich, indem er erkennen ließ, daß er sich zu ungunsten der Beklagten entschieden habe. Der Vergleich kam dann auch durch gegenseitigen Verzicht zu stande. Anmehrer erklärte der Vorliegende Krause, daß der Gerichtshof der Ansicht sei, solche Einrichtungen (die Reinigung der Betriebsstätte) wären im vorliegenden Falle auszuführen gewesen. Wer mit dem Betriebe einer Fabrik Bescheid wisse, der wisse auch, daß diese Arbeiten vom Arbeitspersonal verrichtet würden. — Den Gründen des Gerichts kann keineswegs beigetreten werden, sie sind durchaus zu verwerfen. Wer mit dem Betriebe einer Fabrik Bescheid weiß, der weiß allerdings, daß vielfach jene Reinigungsarbeiten von den Mädchen verrichtet werden. Das geschieht aber auf ausdrückliche Abrede mit dem Arbeitgeber oder „aus freiem Willen“, um sich nicht den Sorgen der Arbeitslosigkeit aussetzen. Hierauf ist doch aber nicht zu schließen, daß Arbeiterinnen oder Arbeiter, die ausdrücklich für bestimmte Thätigkeiten angenommen werden, auch zum Ausfügen verpflichtet sind. Von einem Konfliktbruch kann deshalb hier unmöglich die Rede sein, höchstens von einem Konfliktbrüche des Unternehmers; dies deswegen, weil er das Mädchen zu einer konfliktwidrigen Thätigkeit zwingen wollte. Es war einfach ihr gutes Recht, ohne vorherige Kündigung sich dem Zwange zu entziehen.

Für die Ausführung eines Siegedgespannes am „Nationaldenkmal“ hatte sich die Firma Martin u. Zising mehrere Kupferstempel zu einem Wochenlohn von 27 M. vertraglich verpflichtet. Den Benteu wurde im Vertrage auch eine Gratifikation von je 50 M. zugesichert. Als nun der Kupferstecher Genfel nach Beendigung der Arbeit die Gratifikation verlangte, wurde sie ihm verweigert. Er klagte dann beim Gewerbegericht. Die Beklagten wandten ein, Kläger selber habe den Vertrag durchbrochen, indem er sich in der für die Firma ungünstigsten Zeit mit seinen etwa 10 Mitarbeitern zusammengerottet und eine Lohn-erhöhung von 27 auf 30 Mark habe durchdrücken helfen. Der Kläger betonte demgegenüber, er habe wohl gewußt, daß sein Vertrag ihm zu dem Lohn von 27 Mark verpflichtete, und er habe darum auch keine Mehrforderung gestellt. Natürlich hätte er keinen Anlaß gehabt, den höheren Lohn zurückzuweisen, als er auch ihm gezahlt worden sei. Die Beklagten blieben bei ihrer Behauptung, vermochten sie aber nicht zu beweisen. Sie mußten deshalb wohl oder übel die 50 Mark herausdrücken.

Für Arbeiter, welche aus der Fabrik Arbeit mit nach Hause nehmen. Ueber die Frage, ob eine Fabrikarbeiterin, welche Arbeit mit nach Hause nimmt und in ihrer Wohnung vollendet, bei dieser Thätigkeit als Heimarbeitlerin oder Hausgewerbetreibende zu betrachten sei, hat das Reichs-Versicherungsamts, wie wir in der „Zucker-Versicherungsgesellschaft“ lesen, ein sehr beachtenswerthes Urtheil gefällt. Eine in den Lohnlisten ihres Arbeitgebers geführte Fabrikarbeiterin, welche regelmäßig den Tag über in den Fabrikräumen thätig war, nahm bisweilen nach Schluß der Fabrikstunden Arbeit (Stöben von Trauerbüchsen-Gegenständen mit nach Hause und vollendete sie in ihrer Wohnung. Bei solcher Thätigkeit verunglückte sie. Die Berufsgenossenschaft lehnte die beanspruchte Rentezahlung ab, da die Verletzte bei ihrer häuslichen Thätigkeit nicht als versicherte Arbeiterin, sondern als Hausgewerbetreibende zu betrachten sei. Nachdem das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft zur Gewährung der Entschädigung verurtheilt hatte, ist der dagegen eingelegte Rekurs vom Reichs-Versicherungsamts unter dem 11. November 1895 zurückgewiesen worden. In den Gründen der Entscheidung heißt es: Die Verklagte verkennt den Begriff eines Hausgewerbetreibenden, wenn sie die Klägerin als solche angesehen wissen will. Wie das Reichs-Versicherungsamts bereits ausführlich in früheren Revisionsentscheidungen für das Gebiet der Invaliditäts- und Altersversicherung dargelegt hat, kann von einer hausindustriellen Thätigkeit dann keine Rede sein, wenn dem Arbeiter die Selbstständigkeit der Verfügung über die Verwendung seiner Arbeitskraft fehlt. Von dem gleichen Grundsatz muß auch auf dem Gebiete der Unfallversicherung ausgegangen werden. Im vorliegenden Falle handelte es sich um die Verletzte in einem festen Arbeitsverhältnis zu dem Arbeitgeber, durch welches sie ihre Arbeitskraft dem Unternehmer verbunden hatte. Kraft dieser Unterordnung arbeitete sie den Tag über in der Fabrik und nahm sich abends noch Arbeit mit nach Hause, um sie bis zum andern Tage fertig zu stellen. Es handelte sich somit bei dieser häuslichen Arbeit, bei der die Klägerin verunglückte, nicht etwa um eine frei übernommene Einzelaufträge, hinsichtlich deren sie vielleicht über ihre Arbeitskraft frei zu verfügen in der Lage gewesen wäre, sondern lediglich um die Fortsetzung ihrer Fabrikthätigkeit in der gleichen wirtschaftlichen und persönlichen Abhängigkeit von dem Unternehmer, in der sie sich am Tage in der Fabrik befand. Sie war auch zu Hause lediglich Fabrikarbeiterin, nicht aber Hausgewerbetreibende.

Diese durchaus richtige Entscheidung ist auch um deswillen noch besonders interessant, weil sie die berühmte „Freiheit des Arbeitsvertrages“, mit der von arbeitseindlicher Seite zuweilen noch treiben gegangen wird, drastisch als das kennzeichnet, was sie ist, nämlich als absolute Unterordnung des „arbeitnehmenden“ Theils.

Eine Entscheidung, durch die das Frachtfuhrwesen berührt wird, soweit es sich in den kommunalen Grenzen vollzieht, fällt gestern das Ober-Verwaltungsgericht. Die Stadt Bochum hat aus gesundheitlichen Rücksichten die Fäkalienabfuhr derart geregelt, daß sie sie durch etwa 40 Landwirthe mittelst pneumatischer Maschinen, die den Landwirthen gehören, unter gewissen Bedingungen vollziehen läßt. Allen anderen als ihren „Beauftragten“ wird in einer Polizeiverordnung die Strafe verboten, die Entleerung von Aborten, Jauchgruben und Sammelbehältern vorzunehmen. Eine länderliche Behörde suchte im Verwaltungsstreitverfahren die Rechtsgiltigkeit dieser Verordnung an und der Bezirksausschuß erkannte auch mit der Begründung zu ihren Gunsten, daß durch die Polizeiverordnung die im § 1 der Gewerbeordnung proklamirte Gewerbefreiheit beeinträchtigt werde. Der Oberbürgermeister von Bochum legte für die Stadt-Polizeiverwaltung Berufung ein. Gegen diese machte der Vertreter der Klägerin u. a. geltend, daß, wenn jene Verordnung zulässig wäre, die Polizei auch die Macht hätte, den Transport von Fleisch, Eis, Holz und allen möglichen anderen Gütern auf ganz bestimmte Wege zu beschränken. Eine derartige Beschränkung werde aber durch den § 37 der Gewerbeordnung, der den öffentlichen Verkehr regelt, nicht gerechtfertigt. — Im Urtheil vor dem III. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts ließen sich die beteiligten Minister durch den Geh. Oberregierungsrath Sieferer vertreten. Der Ministerial-Kommissar sprach sich namens des Ministers des Innern und des Kultusministers dahin aus, daß § 37 nicht auf das Abfuhrwesen Anwendung finde. Aus dem § 76 der Gewerbe-Ordnung gehe hervor, daß der § 37 den öffentlichen Verkehr u. a. in der Weise der ortspolizeilichen Regelung unterwerfe, als er innerhalb der Orte unterhalten werde durch Wagen, Pferde, Säufel, Gabeln und andere Transportmittel, welche öffentlich zu Gebrauche aufgestellt sind. S. B. Droschken u. s. w.).

Das Ober-Verwaltungsgericht trat dem bei und verworf die Berufung der Stadt-Polizeiverwaltung. Der Vorsitzende führte ferner aus, daß sich das fragliche Vorgehen der Polizei auch nicht aus 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts rechtfertigen lasse, da dem der § 1 der Gewerbe-Ordnung entgegen stehe. Das Abfuhrwesen solle schon deswegen nicht unter den § 87 der Gewerbe-Ordnung, weil es sich wesentlich um die Reinigung der Aborte u. handle, an die sich dann erst der Transport angeschlossen. Eine Polizeiverordnung, welche die Zulassung zum Abfuhrgewerbe beschränke, sei ungültig.

## Gewerkschaftliches.

Mit einigen Arbeitern, die in der Hitze eines erbitterten Lohnkampfes sich hinreißend ließen, einigen Streikbrechern zu Leibe zu gehen, ging die erste Strafkammer am Landgericht II in heutiger Sitzung streng ins Gericht. Die Malergesellen Karl Sprey, Fritz Raab und Louis Reddermeyer, sämtlich aus Berlin, waren wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung (Nötigung im Sinne des § 153), ferner wegen Körperverletzung und wegen Beleidigung angeklagt. Die Angeklagten hatten im Frühjahr v. J. einige Zeit lang für den Malermeister Swantes an dem neuerbauten Erziehungsbau in Friedrichsberg gearbeitet. Am Montag den 3. März brach jedoch ein allgemeiner Maleraufstand aus, dem sich auch die Angeklagten und ihre Kollegen vom Bau anschlossen. Am Freitag desselben Tages stellte der Meister die Gesellen Jose und Herbert ein. Schon zwei Tage später hatte er sein Personal ganz neu komplettiert. Jose und Herbert sind ihrer Aufgabe von den Ausständigen wiederweid geprügelt und mit Titulaturen wie „Streikbrecher“, „Stroh“, „Lump“ u. belegt worden. Auch sollen die Angeklagten den beiden Arbeitenden gedroht haben, ihnen die Knochen im Leibe entzwei schlagen zu wollen. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld, Sprey gibt zwar zu, das Wort „Streikbrecher“ gebraucht zu haben, jedoch nur in dem Sinne: „Sist wolltest Du den Meister prägen und jetzt willst Du den Streikbrecher spielen?“ Der Zeuge Malergeselle Hofe entschuldigte sein unsolidarisches Verhalten damit, er habe 15 Wochen seine Arbeit gehabt und hätte mit seiner Familie ebenso lange gehungert. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, beantragte, aus Freisprechung von dem Vergehen der Nötigung im Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung zu erkennen und plädierte im übrigen für eine mildere Auffassung der strafbaren Handlungen. Der Gerichtshof (Vors. Landgerichtsdirektor Sark) war auch der Ansicht, daß keine Nötigung, sondern nur Körperverletzung und Beleidigung vorliege. In Bezug auf letztere beiden Delikte erklärte aber der Vorsitzende, daß Gesetz gebe jedem die Freiheit zu arbeiten oder nicht zu arbeiten. Wenn sich Arbeiter zusammenschließen, um bessere Lohnverhältnisse zu erwirken, so ist das ihr Recht, es ist auch ihr Recht, durch gute Worte oder Uebereinkünfte andere zu veranlassen, sich ihrer Bewegung anzuschließen, wenn aber einer arbeiten will, so muß er ganz energisch geschützt werden vor den Uebergriffen derjenigen, die das Recht, nicht zu arbeiten, für sich in Anspruch nehmen. Demgemäß lautete das Urtheil für Sprey auf sechs Monate, für Raab auf vier Monate und für Reddermeyer auf drei Monate und eine Woche Gefängnis. Sprey wurde wegen Mordverdachts sofort in Haft genommen.

Man vergleiche mit diesem Urtheil den Spruch, der von einer anderen Strafkammer desselben Gerichts vor 8 Tagen gegen den Edelsten und Besten v. Weiber gefällt wurde. Dieser „Gebildete“ hatte den zehn-jährigen Knaben eines armen Tagelöhners beim unerlaubten Grasplücken betroffen und das wehrlose Kind dafür in gerabegener weicher Weise mißhandelt, worauf er es in hilflosem Zustande auf der Landstraße liegen ließ. Wegen dieser That, die sich sowohl durch erbärmliche Freigebigkeit, als durch gerabegener graueneregende Rohheit auszeichnete, wurde der „gebildete“ Volontär v. Weiber in erster Instanz zu sage und schreibe fünf Mark, in zweiter Instanz dagegen zu dreißig Mark Geldstrafe verurtheilt!

Aus der Theaterpraxis des Theaters des Westens. Für das Theater des Westens war bei seiner Begründung die Schauspielerin Hermine K. als erste Liebhaberin auf mehrere Jahre fest engagiert worden. Sie wurde aber, ohne zu einer Probe zugelassen worden zu sein, angeblich wegen gänzlichen künstlerischen Unvermögens aufgrund der thatsächlich bekannten Vertragsbestimmungen entlassen. H. K. wurde infolgedessen gegen Baumeister Sehring, in dessen Namen Herr Blumenreich damals die Verträge abgeschlossen hatte, klagbar. Der Anwalt des Beklagten, Rechtsanwalt Michaelis, stellte die Behauptung auf, die einfachste Unterhaltung mit der Künstlerin habe der Direktion die Ueberzeugung verschafft, H. K. könne nicht einmal einen Satz ordentlich sprechen. Bei der Verhandlung des Rechtsstreits kam auch die Art und Weise zur Sprache, wie sich die Direktion die angebliche Ueberzeugung von dem künstlerischen Unvermögen der Dame verschafft haben wollte. Hiernach war eine Probe wegen Ausbleibens eines Künstlers, Herrn Bonn, aufgehoben worden. Fräulein K. wurde nun vom Regisseur Drach in ein Garderobezimmer gerufen und überflog hier mit ihm halbblau das Regiebuch. Die 11. Zivilkammer des Landgerichts I erklärte, daß eine derartige Durchsprechung oder Besprechung mit dem Regisseur nie als eine Probe aufgeführt werden dürfe. Eine Probe müsse eine Prüfung der künstlerischen Fähigkeit wenigstens ermöglichen, und dafür sei Voraussetzung der Versuch in dem auf der Bühne stattfindenden Zusammenwirken der Rollen darsteller. Maßgebend für die Beurtheilung des Könnens sei die Fähigkeit, sich im Verein mit den Mitspielenden auf der Bühne zu bewegen und zu reden. Baumeister Sehring ist deshalb verurtheilt worden, an H. K. die sämtlichen ihr nach dem Verträge zugesicherten Gagebeträge zu zahlen.

Der Hofpianist Georg Liebling hatte eine Privatbeleidigungsklage gegen den Musikreferenten der „Zagl. Rundschau“, Wilhelm Blaud angestrengt, die gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt werden sollte. Der Beklagte war persönlich anwesend, der Kläger war nicht zur Stelle. Er ist nach Meran abgereist. Der Angeklagte hatte in der „Zagl. Rundschau“ vom 27. Januar dieses Jahres einen kritischen Artikel veröffentlicht, in welcher er auf einige tadelnswürdige Erscheinungen in unserem Musikleben im allgemeinen hinwies und die nach seiner Meinung besonders tadelnswürdigen Eigenheiten des Herrn Georg Liebling im speziellen hervorhob. Der Kläger wurde in dem Artikel als Neblame, Gernegroß u. hingestellt, es wurde von Mähenbammerthum in der Kunst und von Kunstfucherei gesprochen und die Vorkühnung der Beethoven'schen Appassionata als ein Monstrum von Ungenauigkeit bezeichnet. Rechtsanwalt Wolner als Verteidiger des Angeklagten beantragte, durch Beweisaufnahme festzustellen, daß eine als Beiblatt zum „Berliner Tageblatt“ seinerzeit erschienene Wochenschrift mit dem überschwänglichen Lobeserhebungen auf Georg Liebling, welche von jedermann als Darstellung eines unbedeutenden Dritten angesehen werden mußte, thatsächlich vom Kläger selbst veranlaßt worden sei, ebenso wie eine bezahlte Annonce der „Allgemeinen Musikzeitung“. Der Verteidiger hielt dies für die event. Strafmaßung doch für wesentlich. Da der Vertreter des Klägers die Behauptung des Verteidigers nicht ohne weiteres als richtig annehmen mochte, so beschloß der Gerichtshof, die Verhandlung zu vertagen und den Kläger aufzugeben, binnen einer kurz bemessenen Frist zu den Behauptungen des Angeklagten bezw. seines Verteidigers Stellung zu nehmen.

Das heiligste, was der Deutsche kennt, die Stellung der Frau, kam drastisch zum Vorschein in einem vor der vierten Strafkammer am Landgericht I verhandelten Beleidigungsprozeß, der so recht ein krasses Bild von den Auswüchsen der zeitgemäßen Bourgeoisie entrollte. Der praktische Arzt Dr. Georg Meine hatte die Verurteilung seines Schwiegervaters, des hiesigen Steuererhebbers Wilhelm Kramer wegen Freiheitsberaubung beantragt. Dr. Meine hat die Tochter des Angeklagten im Herbst 1893 geheiratet. Das Zusammenleben hat gerade sechs Monate gedauert und ist eigentlich ein ununterbrochener Kampf gewesen. Schon auf der Hochzeitstafel soll die junge Frau von ihrem Schwemman geprügelt worden sein. Zeuge Dr. Meine erklärte, daß der Angeklagte ihm versprochen habe, seine etwa 3000 Mark betragenden Schulden zu bezahlen und

ihm eine Hypothek in Höhe von 30000 M. als Mitgift zu geben. Der Angeklagte habe besonders den ersten Theil seines Verprechens nur theilweise gehalten. Der Gerichtsvollzieher habe sich häufig bei ihm, dem Zeugen, blicken lassen und dadurch sei es zwischen ihm und seiner Ehefrau zu Verstimmlungen gekommen, die sich immer ärger zuspitzten. Wichtig sei es, daß er sich wiederholt an seiner Ehefrau vergrißen habe. Am 7. Mai vorigen Jahres sei es wieder zu einem heftigen Aufruhr gekommen; seine Ehefrau habe ihn verlassen und sei zu ihren Eltern gegangen. Am Abende sei der Angeklagte zu ihm gekommen, um sich mit ihm aufzusprechen. Sie seien dabei durch die Leipzigerstraße gegangen. Hier habe sich der in Erregung gerathene Angeklagte zu Beleidigungen hinreißend lassen. Der Zeuge sei deshalb an einen Säugmann herangetreten und habe denselben gebeten, ihn vor den Beleidigungen des Angeklagten zu schützen. Nun sei der letztere auch hinzugekommen und habe den Säugmann gebeten, den Zeugen zur Wache zu bringen, „der Mann sei verrückt“. Als der Beamte erwiderte, daß er hierzu keine Befugnis habe, holte der Angeklagte seine Erkennungsmarke als Steuererheber hervor und wiederholte seine Verlangen mit dem Bemerkens, daß er die Verantwortung übernehme. Jetzt brachte der Säugmann den Dr. Meine zur Wache. Derselbe hat dort etwa eine halbe Stunde verweilen müssen. Der Angeklagte gab diesen Theilbestand im wesentlichen zu, er führte aber eine Menge Thatsachen an, woran er schließend schließen mußte, daß sein Schwiegersohn nicht normal sei. Der Zeuge Meine gab zu, daß er dreimal wegen Beleidigung verurtheilt sei. Medizinalrath Dr. Long begutachtete, daß von einer Geisteskrankheit des Zeugen Dr. Meine nicht die Rede sein könne, derselbe sei aber so ein erregbarer Mann, daß man es einem Laien nicht verzeihen könne, wenn er dessen Instand nicht für normal halte. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß der Angeklagte sich mißbräuchlich der Staatsgewalt bedient habe, um seiner Privatrage zu genügen. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Tagen. Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Urtheil, einestheils auf grund des medizinischen Gutachtens, andertheils, weil der Angeklagte sich der Tragweite seiner Handlungsweise nicht bewußt gewesen sei und die Eistellung seines Schwiegersohnes erst verlangt hatte, nachdem der letztere den Beamten für seine Zwecke in Anspruch genommen hatte.

Polizeistunde und Jahlstelle. Im Lokale unseres Parteigenossen Schulz in Friedrichsberg haben verschiedene Arbeitervereine ihre Jahlstellen. Eines Abends blieben mehrere Leute, die dort ihrer Beitragspflicht nachkamen, noch nach dem Eintritt der Polizeistunde in der Wirthschafts. Schulz wurde, weil er dies gethan hatte, zu einer Geldstrafe verurtheilt. Er legte gegen das Urtheil der Strafkammer Revision ein und machte geltend, daß die Polizeistunde im fraglichen Falle nicht maßgebend sei. Der Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision mit der Begründung ab, daß hier von einer geschlossenen Gesellschaft nicht die Rede sein könne und daß es auf den Zweck der Anwesenheit der Gäste nicht ankomme. — Unsere Parteigenossinnen Geiser und Kaiser in Breslau wurden f. J. wegen einer Anzeige in der „Volkswacht“ der Uebertretung des Vereinsgesetzes angeschuldigt. Sie sollten eine Versammlung einberufen haben, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, ohne von dieser Versammlung der Polizei Anzeige gemacht zu haben. Das Schöffengericht sprach sie indessen frei und legte die Kosten ihrer Verteidigung der Staatskasse zur Last. Dann beschäftigte sich auch noch das Landgericht mit der Sache. Dieses stellte das Verfahren wegen Verjährung ein, ohne aber die Vertheiligungskosten der Staatskasse aufzuerlegen. Die Revision der so Benachtheiligten wies das Kammergericht mit der Begründung ab, daß § 499 der Strafprozeß-Ordnung das Landgericht zu diesem Verhalten berechtige und daß der Revisionsrichter dasselbe nicht nachprüfen könne.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

Achtung, Holzarbeiter! Für Lübeek suchen einige Tischlermeister in Berlin Gesellen anzuwerben. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Streik in Lübeek fort dauert.

Achtung, Formner und Kernmacher. In der Maschinenfabrik und Eisengießerei von Senfker, Müllerstraße, sind fünfzehn Formner wegen Feiertags des 1. Mai bis auf weiteres ausgesperrt worden. Wir ersuchen, den Zuzug aufs strengste fern zu halten. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Zimmerer Berlins! Bei dem Königl. Hof- und Rathskammermeister L. Feiler, Bellealliancestraße 92, wird der Minimallohn nicht gezahlt. Verhandlungen blieben erfolglos. Der Plag ist deshalb zu meiden. Die Lohnkommission.

### Deutsches Reich.

Das Bureau der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften in Hamburg ist am 1. Mai nach der Marktstraße 15, 2. Etage, Hamburg 6., verlegt worden.

Achtung, Steinarbeiter! Zuzug ist fernzuhalten von Weiersdorf bei Oppach in Sachsen, wo von der Firma Zilscher acht organisierte Steinarbeiter entlassen wurden, weil sie einen Tarif vorgelegt hatten, und von Schwarzenbach im Fichtelgebirge, wo am 30. April die Steinarbeiter gekündigt haben, um die Anerkennung ihres Tariffs zu erreichen. Sie fordern den Zehnhunderttag und Regulierung der Lohnverhältnisse sowie Durchführung des § 120a der Gewerbe-Ordnung, wonach die Betriebsniederlassungen derart einzurichten sind, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Rufen der moralischen Hilfe erbitten die Steinarbeiter in Weiersdorf und Schwarzenbach auch die finanzielle Unterstützung der Fachgenossen. Ferner ist der Zuzug fernzuhalten von Eriurt. Die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands. J. A. P. Mitschke in Rixdorf bei Berlin, Steinmehstr. 14 I. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Ueber den Stand des Maurerstreiks in Brandenburg berichtet unser dortiges Partei-Organ: In Sachen des Maurerstreiks fand am Freitag eine vom Magistrat einberufene Konferenz unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Neufacher statt. Es waren hierzu zwei Arbeitgeber und zwei Arbeiter geladen. Der Oberbürgermeister legte in seiner Ansprache die wirtschaftlichen Nachteile der Arbeitseinstellung der Maurer für den hiesigen Ort dar und forderte die Anwesenden auf, die vom Stadtbaurath formulierten und sogleich zu Protokoll mitgetheilten Vorschläge zur Einigung einer wohlwollenden und sachgemäßen Beurlaubung zu unterstellen, mit ihren Nachgebern darüber in Verhandlung zu treten und das Ergebnis der Verhandlung spätestens bis Montag früh 11 Uhr zur Kenntniß des Magistrats zu bringen. Hierauf gab der Stadtbaurath folgende Punkte zu Protokoll: 1. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, die am 1. April d. J. entlassenen 48 Maurer wieder einzustellen. 2. Den Arbeitnehmern soll gestattet sein, einem beliebigen Arbeitgebervertrage anzugehören, ohne daß denselben dadurch irgendwelche Nachteile bei der Arbeitseinstellung entstehen dürfen. 3. Der Normalarbeitstag soll ausschließlich der üblichen Arbeitsstunden die Dauer von zehn Arbeitsstunden nicht überschreiten. In der Herbst- und Winterzeit soll der Arbeitstag von Tageslicht zu Tageslicht dauern. 4. Der Stundenlohn soll im allgemeinen 40 Pf. betragen. Für Junggefallen und alte, nicht mehr im Vollbesitz ihrer Kräfte befindliche Gesellen wird über den Stundenlohn freie Vereinbarung vorbehalten, jedoch mit der Maßgabe, daß dieser Stundenlohn nicht unter 38 Pf. herabsinken darf. 5. Für außergewöhnliche Arbeiten, wie für Arbeiten im Wasser, in größerer künstlicher Hitze (Dampfkeffel, Dampfbohrstein, Backofen-Reparatur) findet freie Vereinbarung für den Stundenlohn statt. Ebenso sollen die Arbeitgeber verpflichtet sein, für Vorhalten von Pilsen beim Weichen, Färben und Kabinen-Tupen eine Entschädigung von 25 Pf. pro Arbeitstag zu zahlen. 6. Die Auszahlung des Lohnes muß spätestens innerhalb einer halben Stunde nach abgelaufener Arbeitszeit erfolgt sein. Für Ueberstunden, das heißt die Arbeitszeit über

10 Stunden täglich, soll eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Nacharbeit wird nach Vereinbarung bezahlt. Zum Schluß begründete der Stadtbaurath seinen Vorschlag auf grund seiner Erfahrungen und im Interesse dauernden Friedens, so viel wie möglich auf Akkord zu arbeiten. Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber verpflichten sich, in Versammlungen morgen Abend die vorliegend protokollierten Vorschläge ihrerseits zu vertreten und für deren Annahme zu wirken. — Die Versammlung der Streikenden erklärte sich in der Hauptsache mit den Vorschlägen einverstanden, nur für Junggefallen und ältere Leute wünschten sie die Festsetzung des Lohnes auf 38 Pf. Wenn also jetzt der Streik nicht beigelegt wird, trifft die Schuld die Arbeitgeber allein.

In Forst haben die Metallarbeiter von den Unternehmern die 1 1/2 stündige Mittagspause bewilligt bekommen, die Antwort auf die anderen Forderungen lautete aber ausweichend. In einer Versammlung am 30. April beschloffen nun die Metallarbeiter in geheimer Abstimmung mit 153 gegen 5 Stimmen, am 3. Mai die Arbeit einzustellen, da alle anderen Mittel erschöpft seien, um die Unternehmer davon zu überzeugen, daß es den Arbeitern mit ihren Forderungen Ernst ist. Zuzug ist fernzuhalten. Zuschriften sind zu richten an Moriz Kühne in Forst, Kottbusersstraße 48.

Die die „Märk. Volkstimme“ mittheilt, haben am Sonnabend 4 Geschäfte mit circa 50 Arbeitern die Forderungen bewilligt. Am Morgen des 3. Mai betrug die Zahl der Streikenden 85.

In Dresden haben die Stuckateure die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer den Tarif nicht anerkannten.

In der G. Maurer'schen Metallwaren-Fabrik wurden sämtliche Formner und Gießer ausgesperrt, weil sie den 1. Mai feierten.

Der Geringswalder Holzarbeiter-Aufstand dauert fort. 153 Ausständige sind von 314 in den Streik getretenen Arbeitern noch zu unterziehen. Von ihrer Taktik, Einbehaltung der Arbeitsbücher und Werkzeuge sind die Herren noch nicht abgewichen. Die Ausständigen klagen in Rostock vor dem Amtsgericht auf Herausgabe ihrer Werkzeuge. In letzter Zeit sind mehrfach Angriffe der Behörde zu verzeichnen gewesen und jetzt hat die Behörde die Ausweisung des Streikleiters K. H. Mohs aus Leipzig aus dem Amtsgerichtsbezirk Rostock auf die Dauer eines halben Jahres verfügt. Der schon mehrfach vorbestrafte Uebeltäter ruft die behördliche Befürchtung wach, daß er zu Gefährdungen geneigt wäre und verschiedene Bevölkerungsklassen gegen einander aufzureizen könnte. Grund hierzu liegt allerdings nicht vor, vielmehr hat man bisher keine Störung wahrnehmen können. Dagegen sind die Gefährdungen der Unternehmer wiederholt ans Licht gezogen worden. Der Wunsch der Unternehmer nun, über die Arbeiter triumphieren zu können, sie zu unbedachten Handlungen aufzustacheln, wird vollständig zu nichte gemacht. Ruhe und Besonnenheit haben sich auch die Geringswalder Arbeiter angeeignet. Bei weiterer kräftiger Unterstützung wird auch hier die Arbeiterschaft, trotz aller Machinationen, im Kampf nicht erlahmen.

Eine Konferenz der Steinarbeiter Schlesiens ist von der Agitationskommission in Bunzlau auf den ersten Pfingstfeiertag nach Häslich bei Gr. Rosen einberufen. Die Steinarbeiter Schlesiens werden ersucht, die Konferenz recht zahlreich zu besenden. Näheres durch Wilh. Seidel in Bunzlau, Friedhofstr. 1a, II.

Aus Stettin wird uns von der Lohnkommission der Maurer mitgetheilt, daß alle Maurer, die am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, circa zweihundert Mann, von den Zunngemeistern ausgesperrt worden sind. Die Meister suchen nun auswärtig Arbeitskräfte, weshalb der Zuzug streng fern zu halten ist.

Die Getreidebürger Stettins beschloffen, nach Angabe der „Hfsee-Ztg.“, ungeachtet der erfolglos verlaufenen Verhandlungen zwischen ihrer Kommission und den Vertretern der Unternehmer am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie beschloffen ferner, bei denjenigen Unternehmern, die bisher den Tarif innegehalten haben, zu den darin angegebenen Sätzen und Bedingungen weiter zu arbeiten, bei den übrigen aber, wo sich ihnen die Gelegenheit bietet, ihre Arbeitskraft nach Möglichkeit bezahlen zu lassen.

Die Maurer Königsbergs i. Br. haben zur Durchführung ihrer Lohnforderungen den partiellen Kampf mit den Unternehmern begonnen und ersuchen die auswärtigen Fachgenossen, ihnen dabei durch Vermeidung des Zuzuges behilflich zu sein.

Die Bahnarbeiter in Neuzen haben, wie uns geschrieben wird, unter schriftlich versichern müssen, daß sie dem Eisenbahnenverband fernbleiben wollen. In demselben Orte stehen die Maurer im Streik.

Von den Tischlern Hannovers haben 608 in 107 Werkstätten die Forderungen bewilligt bekommen. 211 Mann stehen noch im Streik.

Der Streik in der Fuchspinnerei und Weberei Bremen ist durch Vermittelung des Einigungsamts des bremischen Gewergerichts beigelegt. Die Forderungen des Personals wurden theilweise bewilligt.

In Halle a. S. hat der Streik der Schumacher der Firma Geb. Haase mit der Niederlage der Arbeiter geendet.

In Magdeburg sind, wie die „Volkstimme“ mittheilt, über 140 Maurer wegen der Malfier ausgesperrt worden.

Die Stuckateure Dresdens sind am 1. Mai in den Generalstreik eingetreten. Sie verlangen die schriftliche Anerkennung des Tarifs, dessen Preise den bisher gezahlten angepaßt sind. Die Meister werden durch Agenten und auf sonstige Weise Berliner Stuckateure angeworben suchen, weshalb der Zuzug namentlich hier streng fernzuhalten ist. Briefe und Sendungen sind zu richten an die Lohnkommission der Dresdener Stuckateure, Restaurant Wauböse, Galeriestr. 15.

Auf dem Jacobiwerk in Weichen sind die Differenzen durch Entgegenkommen der Direktion beseitigt.

Die Maurer Altenbergs forderten bereits Ende Januar den Zehnhunderttag, 35 Pf. Minimal-Stundenlohn und Viefierung der Kalkkosten durch den Unternehmer. Sie erhielten erst gar keine Antwort und ihr nochmaliges Gesuch wurde dann rundweg abgewiesen. Am 29. April beschloffen nun die Maurer, den folgenden Tag auf allen Bauten die Forderungen abermals zu stellen, und wenn diese wieder abgelehnt werden sollten, den Streik zu beginnen. Die Unternehmer antworteten wieder ablehnend und so brach der Streik aus, der sich fast auf alle Baupläge erstreckt. Von 250 Maurern arbeiten 40 zu den geforderten Bedingungen.

Am Zimmererstreik in Sonneberg i. Th., der seit dem 8. Osterfeiertage währt, sind rund 45 Mann theilhaftig. Es bezogen bisher folgende Stundenlöhne: je ein Geselle 28 und 29 Pf., fünf à 27, vier à 26, zwanzig à 25, sieben à 24, fünf à 23 und je ein Geselle 22 und 21 Pf.

Der Schuhmacherstreik in Offenbach-Oberrad hat mit der bedingungslosen Unterwerfung der Arbeiter geendet.

### Aufstand.

Die streikenden Arbeiter der Schiffswerke San Rocco bei Muggia in der Nähe Triests bitten die deutschen Arbeiter dringend, ihnen bei ihrem wohlberechtigten Kampfe finanziell nach Kräften beizustehen. Schnelle Hilfe thut dringend noth. Die Sendungen sind zu adressiren an die Lega sociale-democratica in Triest.

Der Aufstand in Trautmann in Böhmen ist, wie bürgerliche Blätter melden, beendet.

Aus der Schweiz. Die Arbeiterbörse in Zürich soll diese Woche eröffnet werden. Als Sekretär wurde aus 20 Bewerbern der Genosse Büchinger in Zürich, Buchdrucker und Mitglied des Großen Stadtrates, gewählt. — Der Wieserstreik in Rorschach und Altkätten bei Zürich hat zu Gunsten der Arbeiter geendet. Das Bundeskomitee vermittelte. — Auch der Streik der Mäler und Gipser in Bern ist durch Verständigung mit den Meistern beigelegt, und zwar mit theilweisem Erfolg der Arbeiter.

In Cleveland, Ohio, ist ein gewisser Bloom bei Verübung einer Brandstiftung abgefaßt worden, der bei seiner Vernehmung eingestanden hat, gelegentlich des großen Streiks an den Eisenbahnen des Westens, als er in Chicago als Deputy-Marshal (Hilfs-Polizei) und später als Mitglidat fungierte, über 60 Eisenbahn-Waggons in Brand gesteckt zu haben. Das ist ungefähr die ganze Anzahl solcher, für welche die Eisenbahn-Gesellschaften eine Entschädigung von einer Million Dollars seitens der Stadt verlangen, die es aber auf einen Prozeß ankommen ließ, der heute noch schwebt. Schon damals ward in der Arbeiterpresse behauptet, daß die Brände von den Gesellschaften selbst angestiftet worden seien, um das Einschreiten der Bundesregierung zu forciren; es waren nämlich auffallenderweise nur alte, aufrangirte Waggons in Brand gesteckt worden.

### Verfassungen.

Die Konditionen hielten am 22. April bei Babiel eine recht gut besuchte Mitglieder-Verammlung ab. Der Kassierbericht ergiebt einen Bestand von 59,10 M. und wird daraufhin der Kassier entlassen. Sodann hielt unser Zentral-Vorsitzender Kollege Böll aus Hamburg einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über: Die künftige Gestaltung unserer Organisation, bezugnehmend auf den Verbandstag. Redner meint, daß die Verschmelzung gescheitert sei namentlich an dem Widerstande der Bäcker. Um eine größere Leistungsfähigkeit des Verbandes zu erzielen, habe man beschlossen, den Beitritt von 50 Pf. auf 75 Pf. und den wöchentlichen Beitrag von 15 auf 30 Pf. zu erhöhen. Dafür solle eine Unterstützung der Mitglieder zur Einführung gelangen, wonach die Mitglieder nach 52 wöchiger Karenzzeit 40 Tage lang 80 Pf. pro Tag bei Arbeitslosigkeit und Krankheit erhalten und nach 26 Wochen nach der Aussteuerung nochmal dieselbe Unterstützung. Das Sterbegeld ist nach Leistung von 150 Wochenbeiträgen auf 30 M. erhöht. Ein Drittel der Einnahmen verbleiben den Mitgliedschaften, welcher Titel anstatt „Lokalverein“ angenommen wurde, zur Verfügung. Auch können dem Verband alle in der Nahrungsmittel-Branche beschäftigten Personen beitreten. Das Organ ist beibehalten, nachdem einige Verbesserungen für uns erzielt worden sind. Die Statuten treten am 1. Juni in Kraft und haben die alten Mitglieder bis zum 15. Mai 1898 Unterstützungsanspruch nach dem alten Statut. Der Referent appellirt an die Solidarität der Mitglieder, trotz der erhöhten Anforderungen fest und treu zum Verbands zu stehen. Der Bericht des Delegirten vom Verbandstage, Haase, deckt sich zumeist mit den Ausführungen des Referenten und wurden nur einige Punkte noch näher erörtert. Hieran schloß sich eine lebhaft diskutierte, die jedoch nicht zu Ende geführt werden konnte. Fortsetzung dieser Verammlung findet am Donnerstag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr, in demselben Lokale statt.

Der Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergeranteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Zahlstelle Berlin) hielt am 28. April seine ordentliche General-Verammlung ab. Kollege Schmidt giebt den Geschäftsbericht über das verlossene Quartal. Daraus ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand, welcher in den letzten Jahren stetig von Quartal zu Quartal gewachsen war, ganz rapide gesunken ist. Der Geist unter den Mitgliedern lasse ebenfalls sehr viel zu wünschen übrig. Die Berichte der Branchen-Vertrauenspersonen

gehen auch nur ein trübes Bild von der Lässigkeit unserer Verbandsmitglieder, da die Versammlungen und die Delegirtenbesprechungen ebenso auch die Werkstüberversammlungen zum großen Theil sehr schlecht besucht waren. Die Agitation muß wieder in fast allen Branchen von vorn angefangen werden. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 1896 1705 männliche und 1119 weibliche, das sind insgesamt 2824 Mitglieder. Am 1. April d. Js. dagegen waren vorhanden 1405 männliche und 892 weibliche, d. i. ein Gesamt-Mitgliederbestand von 2297 Mitgliedern. Der Kassierbericht lautet wie folgt: Für die Zentral-Kasse: Einnahme 11726,67 M. (inkl. der 5000 M. aus der Verbandskasse zum Streik). Ausgabe 4145,54 M. In die Verbandskasse: Einnahme 2580,78 M. Für die Lokalkasse: Einnahme: 1567,27 M., dazu Bestand vom 4. Quartal 1896 1500,04 M., sind insgesamt 3067,31 M. Ausgabe: 2070,85 M. Verbleibt ein Kassienbestand von 1006,46 M. Hieraus werden die Ergänzungsarbeiten zum Vorstand vorgenommen und ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Eugen Brückner, 1. Schriftführer C. Eberhard, 2. Schriftführer A. Baer. Der Vorsitzende giebt noch bekannt, daß auch in diesem Jahre wieder unseren arbeitslosen Verbandsangehörigen zur Maifeier ein Geschenk in Höhe von 2 M. gegeben werden wird. Ein Antrag Brückner, den Verbandsvorstand zu ersuchen, baldmöglichst eine Urabstimmung bezüglich der Herabsetzung der Beiträge vorzunehmen, wird vertagt für die nächste Mitglieder-Verammlung. Dem ersten Kassier werden für seine Mithaltung vierteljährlich 25 M. bewilligt.

Charlottenburg. Eine öffentliche Verammlung der Maurer, welche von über 500 Kollegen besucht war, tagte am 29. April im Lokale „Bismarckshöhe“. Die Delegirten von der zweiten Konferenz der Provinz Brandenburg erstatteten Bericht; die Verammlung erstattete sich mit den Beschlüssen einverstanden. Ueber die Lohnfrage referirte der Kollege Schulze; derselbe schilderte in längeren Ausführungen eingehend die Bewegung der Maurer seit dem Jahre 1889 bis zur jetzigen Zeit und empfahl den Anwesenden die Berliner Resolution vom 8. April. Die Resolution wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Ferner beschloß die Verammlung, von jetzt ab des Donnerstags von 2—6 Uhr nachmittags abzustempeln.

In Friedrichsfelde tagte am 25. April seit drei Jahren wieder einmal die erste öffentliche Verammlung. Genosse Rehner hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Ehrl.“. Beschllossen wurde, den 1. Mai am Orte selbst zu feiern. Sämtliche Lokale, die für Verfassungen nicht zu haben sind, sollen als gesperrt gelten. Dabei wurde bedauert, daß die Berliner so wenig auf die Lokalkasse achten und den Kampf dadurch erschweren. Rette ermahnte noch, den Beschluß richtig durchzuführen.

Weissenfee! Der politische Arbeiterverein für Weissenfee und Umgegend hielt am Montag den 28. d. M. seine General-Verammlung ab. Nach dem Bericht des Kassiers beliefen sich die Einnahmen des letzten Quartals incl. Bestand vom vorigen Halbjahr auf 408,25 M., die Ausgaben betragen 227,55 M. Der Bericht der Bibliothekare ergab einen Bestand von 119 Bänden. Die Ausgaben für die Bibliothek beliefen sich im letzten Jahre auf 37,20 M. Weitere 22 M. zur Ergänzung wurden bewilligt. Dem Kassier, sowie Bibliothekaren wurde Decharge erteilt. Als Revisoren wurden die Genossen Velig, Junke und Gerkenberger gewählt. Außerdem wurden der Genosse Stahlberg als Kassier, und die Genossen Pollesch II und Widm als Bibliothekare gewählt. Als Verkehrslokal für die Sommermonate ist „Café Nettig“ bestimmt.

Friedrichsberg. Eine ziemlich gut besuchte Wanderverammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend tagte am 27. v. M. bei Spigih. Kollege Kater hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Diskussion über den gebotenen Vortrag fand nicht statt. Als Hilfskassier für Friedrichsberg wurde Kollege Kroh gewählt; derselbe sollst jeden Sonnabend von 8 bis 10 Uhr im Lokale des Herrn Lange, Wartenbergstr. 67;

auch finden dort an jedem Sonntag Morgen sprachen statt, wozu jeder Maurer hierdurch eingeladen ist.

Arbeiter-Gilbungsschule. Die Bibliothek in der Nordstraße 23 nunmehr 25, ist für die Mitglieder an folgenden Tagen geöffnet: Sonn- und Montag von 10—12, Dienstag und Freitag, abends 8 bis 10 Uhr. Mitgliederbeiträge werden an diesen Tagen in der Nordstraße entgegen genommen, ebenso in folgenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Wandlstraße 40a; Schöning, Köpenickerstr. 48; Reul, Bornstraße 42; Bahnel, Rosenhallerstr. 67; Werner, Köpenickerstr. 22; Grube, Mariendorferstraße 5; Kohler, Junfermannstr. 11.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Köpenickerstr. 2. Alle Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Körner, Hauptstr. 49, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 10, o. 2 Tr.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 6. d. M., abends 8 Uhr:  
**Grosse öffentliche Maurerversammlung**  
in Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 21/22.

Tagesordnung: 1. Anwesenheit sind unsere Forderungen vom hygienischen und menschlichen Standpunkte aus berechtigt und inwiefern diesen sie sich mit dem § 120 b u. f. v. der Reichs-Gewerbe-Ordnung? Referent: Dr. Friedberg. 2. Diskussion. 3. Gemeindefachliches. 280,9  
Der Vortrag hat den Zweck, unseren Kollegen die Agitation für unsere diesjährigen Forderungen zu erleichtern, und ist es deshalb notwendig, daß die größtmögliche Propaganda für diese Verammlung gemacht werde.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Branche der Parquetbodenleger.  
Donnerstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, bei Jubel, Lindenstr. 106:  
Sitzung  
der Berufskontroll-Kommission mit den Vertrauensleuten.

Tages-Ordnung:  
1. Die diesjährige Geschäftskonferenz unter Berücksichtigung unserer Lohnverhältnisse. 2. Festsetzung eines Lohnsatzes für das Verlegen von Kiefern-Parquetböden. 105/6  
Hierzu eingeladen sind die Kiefern-Parquet-Verleger der Firmen Schlesing Nachf., Lietz und Kopp & Co. Ferner die Kollegen der Firmen Leibe & Co., sowie L. Kampmeyer, davon speziell der Kollege Buchholz.  
Achtung! Brauerei- Achtung!  
u. Bierverlags-Gilfsarbeiter.  
Donnerstag, den 6. Mai 1897, abends 8 Uhr,  
im Lokale des Herrn Stabernack, Inselstrasse 10:  
Vereins-Verammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Arbeiter- und Unternehmer-Verbände“. Referent Genosse Rohrlack. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschickenes. — Es ist eines jeden Kollegen Pflicht, in dieser Verammlung zu erscheinen. Die Renaufnahmen von Mitgliedern finden in der Verammlung statt. [41/16] Der Vorstand.

### Chemigraphen.

Am Donnerstag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Zubell, Lindenstraße 106:  
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Professor H. W. Ulrich über: „Die Form des Kopfes und die Möglichkeit, daraus den Charakter und die Fähigkeiten zu erkennen.“ Erhellert durch Zeichnungen und Portraits, verbunden mit öffentlichen Charakterbeurtheilungen anwesender Herren und Damen. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Vereinsangelegenheiten. 97/10  
Wäsche sind willkommen. Um zahlreicheren und pünktlichen Besuch bitten  
Steppe, Gardin, Wäsche, Leppide, Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Regentmäntel, Remonturarbeiten, Kleiderstoffe, Perengläser, Sportbillig Vandleihe, Heanderstr. 6.  
Billig. 117/2  
Knaben-Anzüge.  
Knaben-Anzüge und Mädchen-Kleidchen. Kleider zu Anzügen sehr billig. Otto Hoffmann, Bismarckstr. 14.  
Brillante Kapitalanlage.  
Mit keiner Abzahlung verl. mehrere Bauplätze und Häuser mit hohem Ueberdachs sehr billig. Off. unt. B. C. nimmt d. Exped. entgegen. 192/3  
Alte Bäckerei. 181/3  
Schnell gelogen, a. e. jungen Anfänger, nicht Fachmann, direkt v. Wirth sofort od. 1. Juli zu verm. Auswärts erp. Bäckerei. Hennoch, A. Friedrichsplatz 39.  
Friedrichsplatz  
Vandleihe  
von A. Hirschson, geg. 1860,  
(früher Jägerstraße)  
Chausseest. 4, nahe Dranienburger Thor.  
Höchste Beleuchtung auf Wunsch (saden 2c. 2c.)  
Cigarren, serv. gen. Wille 40 M. Verbands-Kassenschrift. 11/12.  
Festpreisprober.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenthail verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

### Barbiere und Friseur

der äußeren Louisestadt.

Nachstehende Kollegen geben hiermit die Erklärung ab, daß selbige mit Eintritt der Preishöhung ihren Gehältern 22½ bis 25 pCt. Lohn mehr zahlen. Dieses der geehrten Kundenschaft zur gefälligen Kenntnis. 1897  
H. Leopold, Adalbertstraße Nr. 21. G. Meyer, Dronowstraße Nr. 199.  
L. Schölkow, Waldemarstraße 41. Paul Reich, Wienerstraße 18.  
Ernst Schacher, Waldemarstraße 78. August Sohle, Grünauerstraße 4.  
Karl Heise, Adalbertstr. 10. Otto Bülker, Dronowstr. 20. Wilhelm Förster, Statistikerstr. 5. Louis Gnanonin, Reichenbergstr. 12.  
Dahlburg, Reichenbergstr. 149. Joseph Flach, Dresdenstraße 12.  
A. Schäfer, Hallesche 20. W. Kraus, Urbanstr. 34. Rob. Wolf, Reichenbergstr. 52. Fr. Wolf, Bochstr. 13. Otto Kay, Kottbuser Damm 1.  
Josef Rosa, Bochstraße 50. Hermann Schäfer, Kottbuser Ufer 55.  
Hermann Hensel, Kottbuser Damm 15. Hans, Mariannenstr. 42. Ernst Kühhorn, Reichenbergstr. 162. Karl Giller, Statistikerstr. 107. Hermann Plab, Statistikerstr. 121. Gustav Ehler, Urbanstraße 111. Reinhold Lehmann, Adalbertstr. 20. Franz Runge, Jägerstr. 2.



### Dampfschiffahrts-Gesellschaft

„Anker“  
empfehl den verehel. Vereinen, Lehranstalten u. Privatgesellschaften ihre neuerbauten, hocheleganten Salondampfer zu Ausflügen nach der Ober- und Unterspree, Dahme, Havel etc.  
Dampfer in allen Größen zu jeder Zeit, Sonn- und Feiertage auch für den ganzen Tag zu außerordentlich billigen Preisen zur Verfügung.  
Abfahrts-Stationen:  
Jannowitzbrücke (Spreeufer), n. Marschallbrücke.  
Comptoir: Rummelsburg, Cöpenicker Chaussee 10.  
Telephon: Rummelsburg 23. Auskunft außerdem: Berlin, Brückenstraße 7 im Restaurant „Spreeufer“.  
Die Direktion.

Von der Reise zurückgekehrt  
Dr. Bradt, prakt. Arzt, Wiesenstraße 20.  
Nachtigallen (ungarische), (sogar) schlagend, 6 M., Waldvogel, Vogelbauer, hübsch, schnelle, Invalidenstr. 7

Blendend weisse Wäsche  
ohne Bleiche erzielt man nur mit dem echten  
Dr. Thompson's Seifenpulver.  
Dasselbe ist frei von jeder schädlichen, ätzenden Substanz und greift die Wäsche auch nicht im geringsten an.  
Man erhält Dr. Thompson's Seifenpulver in den meisten Colonialwaren-, Seifen- und Droguen-Geschäften, jedoch nur echt mit Schwanmarke „Schwan“.

### Arbeitsmarkt.

#### Achtung! Holzarbeiter!

Die Kollegen von Klug, Fruchtstraße 31/32, die wegen der Preissteigerung bis zum 5. Mai gesperrt wurden, haben beschlossen, vor dem 10. Mai die Arbeit nicht aufzunehmen. Bezug fernhalten!  
105/7 Die Ortsverwaltung.

#### Achtung, Metallarbeiter!

Bei der Firma Gossen, Schönhäuser Allee 72, u. bei der Firma J. G. Heber, Simonstr. 13, sind unsere Kollegen wegen der Preissteigerung entlassen worden. Beide Verhältnisse sind gesperrt. 282/8  
Zugung ist streng fernzuhalten.  
Der Vorstand des Verbandes aller in d. Metallindustrie beschäft. Arbeiter Berlins u. Umgeg.

#### Achtung, Parquetbodenleger.

Bei der Firma Kampmeyer an der Rosabiter Brücke sind Lohnbefreiungen angetroffen. Wir eruchen die Kollegen, Bezug bis auf weiteres fernzuhalten. 105/5\* Die Kommission.

Gelucht für sofort ein ordentliches Mädchen zur Hilfe im des. Haushalt auf dem Lande. Fam. Anst. Off. an G. Bruner, Neu-Sachsen 40, Post-Rieschstr. 1897/8

Stanger auf Holzrahmen wird verlangt Rathstr. 14. 193/8

Lichtige Korbmacher auf Hochfiguren finden dauernde und lohnende Beschäft. Schiller, Reue Königstr. 70.

#### Zuarbeiterin

zur Schneiderlei verlangt Borsch, Rumpelstr. 7, Quergeb. IV. 194/8

#### Tüchtige Ballirer

auf Goldbleichen 188/5  
sodort gesucht Reanigerstraße 15.

Blätterinnen auf Stechrahmen u. geschweifte Umlegtragen in u. außer dem Hause sucht Trepp, Potzingerstr. 16, Quergeb. IV. 192/9

Zitherpiel lehr Mittel, Invalidenstraße 128. 180/5

Trigent sucht Gesangsvereine zu leiten. Ralmone, Reanderstr. 22.  
Lehrmädchen zur feinen Schneiderlei verl. Peter, Bismarckstr. 46, 3 Tr.  
Einen Korbmachergehilfen auf Rohrarbeit verlangt 194/8  
K. Dabig, Quergeb. 12.



**Veranstaltungen.**

**Der Berliner Korbmacher-Verband** nahm in seiner letzten Versammlung den Kasfenbericht entgegen. Es entspann sich dann eine lebhafteste Debatte über die Lage in der Grünbranche. Die Friedrichsfelder Kollegen sprachen sich dahin aus, daß der Lohn tarif viel zu niedrig sei und ein tüchtiger Arbeiter höchstens 18-20 M. verdient, der Durchschnittslohn sei 10-13 M. pro Woche. Es wurde dann angeregt, nochmals mit dem Vorstand und der Lohnkommission zu unterhandeln und gelangte ein Antrag zur Annahme, den Lohn tarif zu erhöhen und denselben so bald wie möglich den Arbeitgebern vorzulegen. Bei der Besprechung der Kugelforb-branchen wird der Lohn pro Stück auf 5 M. festgesetzt und die Arbeitszeit soll auf 8 1/2 Stunden reduziert werden.

**Der Verband der Bäcker** (Mitgl. Berlin) wählte in seiner letzten Monatsversammlung den Kollegen Höpfer als ersten, den Kollegen Basille als zweiten Kassierer. Alsdann erstatteten die Delegierten Basille und Sandhof Bericht über die Generalversammlung, wobei sie einige Punkte des „Vorwärts“-Berichtes richtig stellen. Die Versammelten erklärten sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung, als auch mit der Haltung ihrer Delegierten auf denselben einverstanden.

**Der Verein der Zimmerer** hielt am Montag, den 25. April, seine Generalversammlung ab. Im ersten Punkt verliest der Kassierer die Abrechnung, welche folgende Zahlen ergab: Einnahme 1827,30 M., Ausgabe 705,10 M., Bestand vom 4. Quartal 1896 4230,32 M., bleibt Bestand 6552,52 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Als Revisoren wurden die Kameraden Schumann, Glaman und Rebschläger wiedergewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, sich rege an der Feier des 1. Mai und ebenso an der Abnahme der Willets zur Urama am 2. Mai zu beteiligen.

**Verband der Töpfer und Ziegler, Filiale Berlin.** Generalversammlung am 25. April. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und betragte in demselben die Organisationslosigkeit der hiesigen Kollegschaft im allgemeinen. Hierauf gab der Kassierer den Kasfenbericht für das abgelaufene Quartal. Die Einnahme beträgt 315 M. Davon wurden an die Hauptkasse abgeliefert 250 M., an Verwaltungsaufgaben sind verbraucht 32,50 M., so daß noch ein Bestand von 32,50 M. auf das 2. Quartal verbleibt. Die Mitgliederzahl beträgt 125. Die Wichtigkeit der Abrechnung wird von den Revisoren bestätigt und dem Vorstand Decharge erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Bülh. Ziele, 1. Vorsitzender; Hertner, 2. Vorsitzender; S. Krause, 1. Kassierer; Ulbrich, 2. Kassierer; Steinig, Schriftführer; Jagen und Hesse, Beisitzer; R. Sprenger, Revisor. In die Agitationskommission wurden gewählt O. Schmädde und Gustav Krause. Bezüglich der Kassierer wird davon Abstand genommen, eine eigene Versammlung einzuberufen, es wird den Kollegen zur Pflicht gemacht, die in ihrem Bezirk stattfindenden allgemeinen Versammlungen zu besuchen und den Tag, wie in früheren Jahren, wo es irgend thunlich ist, durch Rubenlassen der Arbeit zu feiern. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß unsere Versammlungen in Zukunft stets pünktlich eröffnet werden; sie finden den Sommer über an Wochentagen statt.

**Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche** hielten am 27. April eine öffentliche Versammlung in Schulz Salon ab, in welcher Genosse Litsin über den Einfluß der Organisation auf die Lebenshaltung der Arbeiter und Arbeiterinnen unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung sprach. Anschließend daran besprach der Kollege Trinks das Schulungswesen in der Branche. Ein weiterer Punkt: „Wie stellt sich die Gewerkschaft zur Erweiterung der Tätigkeit der Gewerkschaftskommission?“ fand nach längerer Diskussion dadurch seine Erledigung, daß der Delegierte beauftragt wurde, gegen die Anstellung eines weiteren Beamten zu stimmen.

**Die chirurgische Branche** tagte am Dienstag, den 27. April, bei Grindel, Brunnstraße. Der Kassierer gab den Kasfenbericht vom ersten Quartal. Danach betragen die Einnahmen 634,55 M., die Ausgaben 328,70 M., bleibt ein Bestand von 305,85 M. Der Reservefonds beträgt 950 M. Hierauf hielt die Genossin Joda Kloman einen interessanten Vortrag über die Welt der Träume, welcher allgemeinen Beifall fand. Ein Antrag, im Juli dieses Jahres eine Dampferpartie nach Wilhelmshafen bei Spandau zu machen, wurde angenommen. Zum Schluß forderte Kollege Heller die Kollegen auf, die Wohlthätigkeits-Matinee der Messerschmiede bei Rosch am Sonntag, den 16. Mai, recht zahlreich zu besuchen.

**Der Verband der Graveure, Biscleure etc.** hielt am 27. April seine erste Generalversammlung ab. Nach dem vom Vorsitzenden Kollegen Klindly erstatteten Vierteljahresberichte haben seit Bestehen der Filiale 5 Versammlungen mit Vorträgen stattgefunden. Die geschäftliche Leitung wurde durch 6 Versammlungen geregelt, die Kasfenverhältnisse gestalteten sich in der Einnahme mit 721 M.

der eine Ausgabe von 109,75 M. gegenübersteht. Der Arbeitsnachweis wurde von 33 Graveuren und 21 Biscleuren in Anspruch genommen. Nachdem die Revisoren die Wichtigkeit des Kasfenberichts bekräftigt, hielt Kollege Schaal einen interessanten Vortrag über Arbeitsbörsen. Redner erläuterte die Tätigkeit derselben in Frankreich und bespricht alsdann die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen. In der Diskussion fordert Grill zum Ausbau des Vertrauensmänner-Systems auf. Kollege Guttman beleuchtet die Bedeutung der Arbeiterbörse nach deutschen Verhältnissen und erblickt darin nichts weiter als ein Vermittlungsbureau. Die Taktik einer Gewerkschaft läßt sich nicht schablonisieren, sondern richtet sich je nach den Verhältnissen. In seinem Schlußwort wendet sich Redner gegen einige Ausführungen Guttmans und hält bei einem kommunalen Zuschuß die Haltung einer Arbeiterbörse möglich. Unter Verschiedenem macht Vorsitzender bekannt, daß in nächster Zeit mehrere Branchenversammlungen abgehalten werden. Die erste für Biscleure findet am 11. Mai im Englischen Hof, Neue Kossstraße 3, statt. Hierauf erfolgte Schluß der zahlreich besuchten Versammlung.

**Die Händler und Händlerinnen** beschäftigten sich in einer nochmaligen Versammlung, die am 29. April bei Buske tagte, abermals mit der Besichtigung des zum 17. Mai in Aussicht genommenen Kongresses lokalorganisierter Gewerkschaften. Töpfer Thiemer leitete wiederum die Debatte ein, die sich wiederholt zu einer recht erregten gestaltete. Schließlich wurde ein Antrag: den Beschluß der am 22. April stattgehabten Versammlung aufrecht zu erhalten, und keinen Delegierten nach Halle zu senden, abgelehnt. Eine ähnlich heftige Debatte rief der Kostenpunkt hervor, man bewilligte schließlich 50 M. Delegationsgelder, die mittels Sammellisten aufzubringen sind, und übertrug Schröder das Mandat, als Delegierter nach Halle zu gehen. Nicht unliebsame Vorlesungen wurden in Sachen des früheren Agitationsmitgliedes Haupt zur Sprache gebracht; letzterer wurde öffentlich aufgefordert, mit seinem Nachfolger Schröder abzurechnen; in seinem Verzuge befanden sich nebst dem Agitationsstempel 3000 weiße Agitationsmarken. Die Angelegenheit Haupt und eine andere Angelegenheit Saß, zeitigten eine höchst unerquickliche Debatte, die sich bis gegen 2 Uhr morgens hinzog.

**Der Berliner Metallarbeiter-Verband** hielt am Montag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Ueber die Kassierer und deren Folgen berichtete Litsin, daß sich 48 Werkstätten mit etwa 1000 Arbeitern für die Arbeitsruhe entschieden hätten, davon seien aber die Kollegen einer Fabrik und die Klempner von zwei Werkstätten nachträglich zurückgetreten. Maßregelungen aus Anlaß der Kassierer wurden von vier Firmen vorgenommen. Bei Ziegler, Reinholdendorferstraße, erhielten 56 Arbeiter ihre Entlassung, darunter befindet sich auch der Vertrauensmann für den Norden. Der Unternehmer erklärte sich aber bereit, sämtliche Arbeiter mit Ausnahme des Vertrauensmannes wieder einzustellen. Da dieser auf seine Wiedereinstellung verzichtet und dieselbe nicht zum Gegenstand eines Kampfes machen will, so steht der Aufnahme der Arbeit seitens der übrigen Kollegen nicht entgegen. Rätcher machte den Vorschlag, bei Ziegler nur unter der Bedingung wieder anzufangen, daß St. von der schwarzen Liste des Unternehmervereins gestrichen werde. Litsin und Stör zweifelten an der Durchführbarkeit dieser Bedingung, da die Erfüllung derselben wohl nicht von dem Willen des einzelnen Unternehmers abhinge. Die Regelung dieser Angelegenheit wurde den Kollegen der betreffenden Werkstätten unter Hinzuziehung des Vorstandes übertragen. Ferner fanden Entlassungen statt bei Gossen, Schindhauser Allee 72, bei Heber, Simonstr. 13 und bei Kunig wurden die Dreier gemahregelt. Die Versammlung beschloß, daß alle anlässlich der Kassierer gemahregelten Kollegen schon vom ersten Tage der Aussperrung an die übliche Unterstützung erhalten. Die Werkstätten von Gossen, Heber und Kunig sind als gesperrt zu betrachten.

Litsin berichtete hierauf über die auf der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erfolgte Statutenänderung, welche den Mitgliedern des Berliner Verbandes den Uebertritt ermöglicht, und empfahl, als Zeitpunkt der Auflösung des Berliner Verbandes und des Uebertritts in den Deutschen Verband nicht, wie es anfangs beabsichtigt, den 1. Juli, sondern schon den 1. Juni festzusetzen und den einzelnen Mitgliedern anzugeben, bis spätestens den 1. September ihre Umschreibung vollziehen zu lassen. Körten wünschte zu erfahren, wie sich die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu der Frage einer Vereinigung mit den bestehenden Branchen-Zentralisationen von Metallarbeitern gestellt habe. Rätcher beantwortete diese Anfrage dahin, daß eine in Hamburg abgehaltene Konferenz von Vertretern der betreffenden Organisationen und des Deutschen Verbandes die Frage der Vereinigung erörtert habe, aber zu keinem Resultat gekommen sei, weil die Branchen-Organisationen für sich Sonderrechte forderten, jedoch in dieser Hinsicht keine bestimmten Anträge stellten. Mohrke äußerte Bedenken gegen den Uebertritt des

Berliner Verbandes, da seiner Meinung die Statuten des Deutschen Verbandes auch nach ihrer Veränderung das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder der Ortsverwaltung nicht genügend sichern. Er wollte den Uebertritt noch hinausgeschoben und von einer nochmaligen Statutenänderung abhängig gemacht wissen. Nachdem Litsin auf das unzutreffende dieser Ansicht hingewiesen hatte, beschloß die Versammlung mit allen gegen die Stimme Mohrkes, den Verband aller in der Metallindustrie von Berlin und Umgegend beschäftigten Arbeiter mit dem 1. Juni aufzulösen und in den Deutschen Verband überzutreten. Zur Erledigung der hierauf bezüglichen Geschäfte wurde eine Liquidationskommission eingesetzt, bestehend aus den Kollegen Freithaler, Hey und Zsmus.

**Der Zentral-Verband der Maurer Deutschlands**, Zahlstelle Berlin I Payer, hielt am 2. Mai seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Dietrich über den Stand unserer Lohnbewegung referierte. Redner schilderte die Lage als eine nicht sehr günstige, gibt bekannt, daß 699 organisierte Kollegen mit Quittungskarten versehen sind, dagegen 78 sich an den Zahlungen bis jetzt noch nicht beteiligt haben. Er fährt ferner an, daß Kollegen aus den Zahlstellen der Vororte es fertig bringen, gegen die Beschlüsse der Berliner Payer zu arbeiten. Da infolge der Preisdrückerei die Kollegen kaum im Stande sind, den üblichen Lohn zu verdienen, versuchen es einzelne Kolonnen, durch Ueberzeitarbeit auf ihren früheren Lohn zu kommen. Redner empfiehlt daher der Lohnkommission, auf diese Kollegen ein wachames Auge zu haben, um, wenn sie nicht davon ablassen, sie der Versammlung bekannt zu geben. Zum Stiftungsfest beauftragte man das Vergnügungskomitee, das Etablissement von Puhlmann zum 24. Juli festzumachen. Zur Regelung einiger Rechtschuldsachen führt der Bevollmächtigte an, daß die Kollegen nicht immer zur Zeit den richtigen Stoff bringen und dadurch der Zahlstelle unnütze Kosten erwachsen. Die Versammlung wünscht daher, den Herrn Rechtsanwalt zur nächsten Mitgliederversammlung einzuladen und von ihm einen Vortrag zu hören, um auf diese Weise zur Aufklärung zu gelangen. Für Schöneberg wurde der Kollege H. Neumann als Hilfskassierer gewählt; ferner beschloß man am Himmelfahrtstage eine Herrenpartie zu unternehmen.

**Charlottenburg.** Am Montag hielt der Deutsche Holzarbeiter-Verband seine Generalversammlung ab. Zunächst erstattete Kollege Wleed den Bericht über die Konferenz der Holzarbeiter der Provinz Brandenburg. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal, welche einen Bestand für die Hauptkasse von 204 M. und für die Lokalkasse von 159 M. ergab. Sodann wurde beschlossen, Streikmarken von 10 Pf. jede Woche in die Streikkarte einzulegen. Der Charlottenburger Gewerkschaftskommission wurden 10 M. überweisen.

**Der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend** hielt am Sonntag, den 25. April, seine Generalversammlung in Mariensfelde bei Zentschewitz ab. Nach dem Bericht des Kassierers ergab die Einnahme im vorigen Quartal 77,89 M., die Ausgabe 67,78 M., mithin einen Bestand von 10,11 M. Nachdem die Abrechnung von den Revisoren für richtig befunden, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden neu gewählt: Otto, Wende und Schneider als Beisitzer, Schmidt, Reiche und Jaja als Revisoren.

**In Lichterfelde** tagte am 27. April eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung, in welcher nach einem Referat von Pochsch Berlin der Genosse Borheimer als Obmann des neubegründeten Gewerkschaftsartikels gewählt wurde. Die Versammlung beschloß, daß jede im Kartell vertretene Gewerkschaft pro Mitglied und Quartal 5 Pf. zur Bestreitung der Unkosten desselben beizutragen habe. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gegeben, in welcher Weise der 1. Mai gefeiert werden soll, wurde die Versammlung geschlossen.

**In Weiskensee** hielten am 25. April die Gasanstaltsarbeiter eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Bruno Börsch Ueber den Bericht der Organisation“ referierte. Diskussion fand nicht statt. Ein Teil der Anwesenden ließ sich in den Verband aufnehmen.

**Friedrichsfelde.** In der Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins hielt am 22. April Genosse Sailer einen Vortrag über die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, welcher beifällig aufgenommen wurde. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß im Winterhalbjahr 6 Versammlungen abgehalten wurden. Die Kasfenverhältnisse zeigten eine Einnahme von 54,47 M. und eine Ausgabe von 39,10 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In der Vorstandswahl wurden die Genossen Kaul zum Vorsitzenden, Grasse zum Schriftführer und Töpfer zum Kassierer gewählt. Die Wahl der Revisoren fiel auf die Genossen Knauer, Gruhl und Sack, die des Bibliothekars auf Genossen Guder.

**Mittwoch,**  
den 5.

**Donnerstag,**  
den 6.

**Freitag,**  
den 7. Mai.

## Sonnenschirme

Weiss u. crème, mit Einsatz 2,75, mit Spitzen-Ansatz 3,75, 4,80 Mk.

Entoutcas, schwarz und farbig 2,90, 4,75, 6,50 Mk.

Kinder-Sonnenschirme 45, 85 Pf., 1,20 Mk.

## Damen-Kleiderstoffe

Engl. Waschstoffe, neue Muster, Meter 55, 65, 85 Pf.

Mousselines de laine, hell und dunkel gemustert, Meter 60 und 75 Pf.

Schotten für Blusen und Kinderkleider Meter 55, 90 Pf., 1,10 Mk.

Frühjahrsstoffe, meliert und gemustert Meter 55, 75 Pf., 1,25 Mk.

## Herren-Stroh Hüte

weiss mit schwarzem Bande, hohe Form 1,25 Mk.

## Knaben-Stroh Hüte

Glockenform, Natur-goßocht 30 Pf., weiss mit buntem Bande 60 Pf.

Weiss, eingefasst mit schwarzem Bande 50 Pf.

Matrosenform, blau-weiss meliert 80 Pf.

### Vorgezeichnete Tapissier-Artikel

|  |                                     |
|--|-------------------------------------|
| Tabletdecken mit Fransen 18, 22, 30 Pf., mit Hohlsaum 18, 25, 30 Pf. | Plaidhüllen 1,35 Mk.                |
| Küchenhandtücher, grau 60 Pf., weiss 75 Pf.                          | Schirmhüllen 75 Pf.                 |
| Ruhekissen 27 u. 38 Pf.  | Stubenhandtücher 85 Pf. u. 1,25 Mk. |
| Bestecktaschen 1,10 Mk.  | Küchentischdecken 95 Pf.            |
| Marknetze 65 u. 85 Pf.   |                                     |
| Gläserdecken 3 u. 4 Pf.  |                                     |

# Warenhaus A. Wertheim

**Frühjahrs-Preisliste**  
kostenfrei.

Versand-Abteilung  
Berlin W.,  
Leipzigerstr. 111.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikations gegenüber feinerlicher Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, den 5. Mai.  
Oberhaus. Dalsch. Die Rauer. Schauspielhaus. 1812.  
Deutsches. Die verurteilte Waise.  
Berliner. Reminiscence.  
Kessler. Die Heilige.  
Schiller. Das Stiefkind.  
Henschel. Trübs.  
Böckler. Zwei glückliche Tage.  
Lindner. Der Wunderknecht.  
Thalia. Welsch.  
Friedrich. Wilhelmshäufel.  
Mittwoch.  
Welle. Alliance. Trübs.  
Kessler. Eine Reisebekanntschaft.  
Alexanderplan. Endlich allein.  
Ostend. Kus der Millionenstadt.  
Passage-Panoptikum. 32 Mädchen aus Samoa.  
Kipols. Spezialitäten.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Das Stiefkind.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Bauernchöre. Der eingebildete Kranke.

**Ostend-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132. Dr. C. Welsch.  
Deute und folgende Tage: Kus der Millionenstadt.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag: Erste Vorstellung im Garten: Spezialitäten ersten Ranges. Anfang 4 Uhr. — Im Theater 3 Uhr: Eine Nacht im Olymp. Abends 7 1/2 Uhr: Die Räuber.

**Thalia-Theater.**  
(vormals Holthaus-Theater).  
Wegen der Generalprobe zur schönen Helena geschlossen.  
Donnerstag: I. Gastspiel der Frau Julie Kopyczka-Marczag.  
Sum. I. Male:  
Die schöne Helena.  
Operette in 3 Akten von Offenbach.

**Schweizer-Garten**  
Am Königsplatz. Am Friedrichshain.  
Jeden Sonntag:  
Extra-Vorstellung und Garten-Konzert.  
Im Saale: Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Am Wochentagen im Park im Garten und Saal zu Privatfesten zu vergeben. 15552

**Urania.**  
Tauben-Strasse 48-49.  
Naturkundliche Anstalt.  
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.  
Anwaltsbld. 57/58 (Führer Stadt-Bahnhof): Täglich von 5 Uhr nachmittags ab bis 10 Uhr abends Sternwarte und Kondpanorama. Eintritt 50 Pf. Näheres die Tagesanmeldung.

**Passage-Panoptikum.**  
Vorliche Woche.  
32 Mädchen aus Samoa.

**Gastan's Panoptikum.**  
Die beiden Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!  
Damen-Bettschwimmen.

**Feen-Palast.** Burg-Strasse 22.  
Direktion Winkler & Fröbel.  
Deute und folgende Tage:  
Grosse Extra-Vorstellung.  
Durchweg neues Programm.  
Neu! Eine Neu!  
Schredensnacht im Brunwald.

**Action-Bränner Friedrichsbain.**  
Heute, Mittwoch: Regiments-Musik des 4. Garde-Reg. zu Fuß.  
Dir. Frz. H. Bergler.  
Zur Aufführung kommt zum I. Male:  
Ein Tag im Zoologischen Garten zu Berlin.  
Im humoristischen Pantomime-Programm unentgeltlich.  
Eintritt 10 Pf. Anfang 7 Uhr.  
Zur Reduktion:  
Familienfränschen.  
Zum Nachhaken gelangen die unter der neuen Direktion gebrauchten Bier: Lager, Pilsener, Senator.

**Concordia Variété-Theater**  
Brunnenstr. 154.  
Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Großartiges April-Programm!  
Neu! Grand Attraktion.  
Gebr. Forré, Instrumentalist.  
Neu! Hertha Lorenzi, brillante Kostümbrette.  
Knoспе und Stengel.  
Poffe in 1 Akt.  
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 6 Uhr.  
Umtausch-Billetts haben Gültigkeit.

**Apollo-Theater**  
und  
Konzert-Garten.  
Eröffnung der Sommersaison.  
Vollständig neues Programm.  
14 Debuts.

**Venus auf Erden.**  
Burlesk phantastische Operette in 1 Akt von Boiken-Bäckers. Musik von Paul Linke.

**Cösliner Hof**  
Cöslinerstrasse 8 (Wedding).  
Brotler u. Schuster-Saal im Norden.  
Königliche Beleuchtung. Gute Küche.  
Zwei Regeldampfen.  
In allen Versammlungen u. f. w. am Vereine zu vergeben.  
Jeden Sonntag: Grosser Ball.  
Näheres Auskunft erteilt Fritz Schröder, Wiesenstr. 30.

**Arbeiter-Sicherheits-Normal-Anzüge.**  
halten ein ganzes Jahr, sind absolut waschecht. Einzigster Schutz vor dem Erfasswerden retrograden Maschinenteile.  
Wichtiger als das Markenkleben. Angabe ob klein, mittel, gross, extra-gross. Halb-invalide werden als Agente anerkannt.  
H. Lion, Ullsdorf.  
Achtung! Achtung! Künstliche Zähne von 3 Mr. an, Zahnteil, nachahm. 1 Mr., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Perforieren bei Befehlung unentgeltlich.  
Zahnärztliche, Zahn- und Zahn-Operationen.  
Guckel, fr. 12, Steglitzerstr. 71 I.  
Anfalligen, Kragen, Eingaben.  
Putzger, Ziegelstr. 65.

**Grosse allgemeine Gartenbau-Ausstellung**  
im Treptower Park vom 28. April bis 9. Mai  
zum 75-jährigen Jubiläum des Vereins zur Beförderung des Gartenbaues in den preussischen Staaten.  
8 bis 10 Uhr; Eintrittspreis 1 M. Dauerkarten 6 M.

**Ostbahn-Park**  
Rüderdorferstr. 71. Am Sütkriner Platz.  
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Handkapelle unter Leitung des Musikdirektors Hrn. Otto Görner.  
Kaffeestube 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür 1 Glas Bier gratis.  
Vollständigen jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung.  
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.  
H. Jmbs.

**Carl Scholz, Wrangelstr. No. 32.**  
Empfehle meine Glaseri, Spiegel u. Silberverrahmung, Lussalle, Marx, Engels u. a. in feinsten Ausführung; besonders empf. „Der 1. Mai“. Nähen in diversen Größen: Handarbeiten, Gemälde, Aquarelle, Stahl- und Kupferstiche, Lager aller Sorten Waare. Nach Auswärts gegen Nachnahme. 15892

Man verlange nur  
**Van den Bergh's**  
feinste holländische Tafel-Margarine.  
Unübertroffen in Feinheit des Geschmacks, Fülle des Aromas und Fettgehalts.  
In den meisten besseren Kolonialwaren-Geschäften käuflich. 15792

**Sonnabend: Koffer-Verkauf!**  
Anzug-, Valetot-, Hosen-Stoffe.  
Brenner & Cie.,  
Alte Jakobstrasse No. 57-59.

**Anruf.**  
Am 3. Mal berichtete der „Vorwärts“ unter dem Titel „Ein deutscher Held“ über ein Ereignis, das einem Teile der Berliner Bevölkerung und Freunden der Neuen freien Volksbühne — in besonderer Weise nahe geht. Frankfurt Gerdes hat jahrelang die öffentlichen Konzerte dieses Vereins in opferwilliger Weise gefördert und Tausende mit ihrer Kunst erheitert. Wacker darunter wird nun das Bedürfnis haben, der unglücklichen Künstlerin baldig ein Zeichen der Theilnahme zu senden. Wer der verlassenen Mutter zur Pflege ihres Kindes ein Geldgeschenk übermitteln möchte, wird gebeten, es mit Angabe der Bestimmung an den Kassier der Neuen freien Volksbühne, Herrn Adolf Löhr, Berlin N., Rferstr. 40, zu senden. 19359

**Dr. Bruno Wille,**  
Schriftf. der Neuen freien Volksbühne.  
Für Krankenkassenmitglieder.  
Künstl. Zähne, Plomben, etc. Schmerzlos. Zahnziehen mittels Narkose. Angehörige der Krankenkassen werden zu denselben Kosten behandelt. Menschen gewöhnt auf Wunsch bequeme Teilzahlung. 16553  
Georg Israel, Zahnmeister, Gr. Hamburgerstr. 40, II.

**Jähne v. 2 Mr. ex. Edelg. Frau**  
Solidenstraße 145.  
Gründliche Koffer-Reparaturen, gebr. Räder billig bei Bertram, Luftstr. 18 (Gartenplatz). 19115

**Meine Fabrikate**  
sind bekannt als gut und billig!

**Eug. Kareker**  
Kuchenzubereitung u. Versandgeschäft  
Lindau No. 188 & Bodensee.  
— Zwei Jabra-Garantie. —  
Wochent. 10 Pf.  
Theilzahlung. Liefer. Anzüge und Valetots nach Maß Lombardstr. 37 I. Glage. Anzüge von 27 bis 35 Pf. nur neuen haar. 16372

**9. Ziehung d. 4. Klasse 196. Nat. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung am 4. Mai 1897. Sonntags.  
Für die Gewinne über 210 Mark sind den verbleibenden Nummern in Parenthese beigefügt.  
(Ceter. Gewinne.)  
944 81 688 690 777 880 1256 594 640 59 62 2044  
(500) 110 95 (500) 307 77 (500) 97 593 986 9384 114  
314 62 469 690 (500) 956 4048 423 770 811 73 (500) 90  
986 92 5018 661 (500) 67 112 34 53 234 529 494 562 40  
642 68 797 6038 50 142 59 278 (500) 966 464 (500) 65  
64 689 707 61 64 90 291 84 95 7000 140 (500) 332 92  
311 476 (500) 889 906 79 (500) 114 51 65 314 78 521  
35 607 739 57 (500) 808 9122 61854 921  
10156 945 (500) 339 41 (500) 54 84 400 585 626 53  
(500) 75 731 46 66 845 911 11092 32 71 103 399 491  
691 95 670 785 12105 21 63 301 554 679 82 899 14000  
79 82 114 774 367 477 561 738 49 835 948 68 14089  
121 96 140 690 785 95 16386 (500) 72 475 830 88 411  
42 85 782 956 18016 17 153 28 49 50 52 446 586  
611 84 78 885 842 97 17026 630 869 903 (500) 18171  
99 92 717 88 45 96 867 (500) 922 19096 139 381 423  
67 633 (500) 821 899  
39049 136 457 544 72 78 670 84 787 814 908 (500) 90  
2113 226 300 46 44 417 (500) 618 89 (500) 708 20269  
145 63 208 311 (500) 43 829 97 741 856 23149 65 95  
400 (500) 638 945 24049 151 80 271 616 627 799 806  
25001 (500) 156 80 609 (500) 708 36 59 78 (500) 1600  
26092 54 181 38 218 36 67 834 635 95 72 7307 143  
228 (500) 409 (500) 18 (500) 69 623 643 881 (500) 914  
92 28029 184 442 85 595 008 724 934 29007 19 87  
131 548 61 606 57 (500) 60 823 996  
30019 27 305 25 517 83 655 926 3121 61 206 345  
403 95 641 71 (500) 715 896 (500) 49 78 39045 206  
288 918 90 38087 197 802 86 58 (500) 568 910 61  
(500) 84 (500) 34077 61 72 216 352 84 (500) 97 867  
85 828 57 956 25015 48 199 464 601 49 855 (500) 965  
26093 90 416 22 814 25 79 88 716 815 91 87024 27  
111 (500) 44 391 509 39 89 651 770 93 932 84 24  
38174 (500) 307 58 729 616 763 787 39101 282 33  
39 363 492 (500) 735 840 43 908  
40071 84 95 92 205 840 341 411 589 643 (500) 93 913  
41128 31 61 75 879 401 (500) 671 762 90 42180 299  
599 417 79 839 817 43122 76 343 405 27 38 80 745  
597 (500) 44383 401 17 725 998 45015 (500) 78 90  
108 88 255 321 60 62 636 625 40011 83 (500) 51 79  
45 919 (500) 823 940 88 48043 43 90 212 457 59 681  
782 807 88 (500) 40771 112 228 67 (500) 94 314 606  
64 779 (500) 95 864 84  
50028 49 215 878 417 873 759 871 906 61500 119  
22 61 409 11 48 607 48 49 (500) 636 720 829 55 77  
547 70 106 (500) 438 606 53 846 906 53064 143 375  
447 64 594 88 787 954 54337 310 47 53 598 700 910  
55 65184 87 (500) 223 319 33 95 600 41 56108 69  
88 97 490 (500) 72 619 55 709 818 57046 187 309 419  
634 (500) 45 47 50 54 61 892 992 (500) 54078 316 60  
410 15 22 504 32 60 99 671 86 768 59099 151 203 49  
60 72 423 621 812  
60017 130 98 442 573 727 77 997 61037 167 518  
920 50 (500) 62074 142 342 403 676 81 714 834 95  
68096 194 99 458 74 607 70 800 11 977 64014 85 168  
1200 (500) 80 700 (500) 680 705 907 65103 311 (500) 15  
445 506 59 64 74 89 (500) 629 53 741 (500) 49 876 60127  
79 592 861 924 41 67214 14 55 381 864 87 680019  
69 248 678 682 701 69272 561 907  
90085 86 121 398 421 545 638 780 822 73045 196  
99 300 12 854 992 79082 110 410 84 315 81 702 921  
3297 310 459 729 845 47 57 59 957 7406 73 159 97  
6 461 615 701 72 824 922 58 81 75117 (500) 545 95  
1 86 26007 317 83 745 849 90 9715 (500) 95 77356 85  
91 94 155 95 85 823 49 919 81 78017 104 92 660  
882 937 (500) 60 79455 157 212 463 396 76 86 860  
80019 441 614 31 714 53 69 885 (500) 81034 70  
82 (500) 63 196 328 67 63 71 608 40 86 786 877 974  
88 88063 454 325 47 53 71 832 (500) 81160 97 678  
59 37 110 844 954 85148 88 294 882 582 610 739  
69 24 97 140 384 383 474 501 765 72 78 98 79067 259  
86166 263 383 474 501 765 72 78 98 79067 259  
92 38 49 745 989 88239 887 450 532 (500) 49 61054  
910 81 89100 98 981 677  
90044 161 384 408 704 94 861 929 53 91032 216  
491 57 663 814 791 917 93088 (500) 63 477 521 601 60  
95 839 41 27 901 6 207015 142 60 599 817 94000 59  
76 (500) 122 257 602 74 847 922 60 95143 50 62 450  
76 (500) 705 76 82 898 (500) 06068 221 73 373 418 60  
616 95 637 43 729 37001 101 8 (500) 204 849 67 78  
728 840 90522 106 (500) 36 219 82 62 328 570 583 945  
99054 155 (500) 844 58 69 436 666 75 89 026 630 78  
100029 211 328 835 101006 209 207 9219 102028  
45 118 92 217 623 61 64 811 904 109549 0 189 208 368  
(500) 609 25 70 17 (500) 98 98 10498 145 57 66 961 78  
(500) 417 (500) 47 57 59 921 43 85 105231 317  
(500) 468 518 (500) 747 815 62 106318 25 432 63 74 547  
85 649 786 (500) 892 78 958 107073 267 96 388 544

791 95 808 949 108156 80 88 241 45 805 69 592 665  
(500) 747 76 953 109246 558 878 82 801 939 (500) 90  
110153 96 523 699 738 888 977 111175 (500) 97  
984 609 55 (500) 86 788 800 119139 219 535 523 79 93  
706 54 967 82 118983 618 861 (500) 114009 75 97 473  
76 510 (500) 714 29 885 115980 235 924 94 430 557 699  
781 (500) 55 854 116004 89 90 512 45 76 743 889 976  
52 117049 176 480 (500) 806 78 737 820 82 118202  
483 535 (500) 741 (500) 367 119120 69 90 404 575 654  
709 58 828  
120025 170 90 900 26 807 413 53 985 121156 213  
424 97 128045 132 213 50 94 850 (500) 62 (500) 79 429  
54 94 606 68 707 (500) 896 925 123440 579 627 55  
79 700 80 808 124057 135 429 85 78 (500) 824 31 41  
48 (500) 95 125057 105 44 566 73 900 74 126130  
61 91 214 370 285 602 899 943 127100 328 525 66  
760 (500) 95 97 816 31 129192 275 327 626 746 835  
129156 329 63 (500) 65 507 42 92 678 (500) 880 909  
72 77  
130048 510 51 95 484 90 581 681 879 949 131069  
(500) 121 276 322 632 642 97 132002 282 97 816 (500) 90  
966 132088 228 (500) 85 469 527 619 743 894 134103  
75 266 312 49 499 540 47 (500) 78 (500) 632 (500) 9  
99 80 764 91 841 963 135106 97 216 87 499 504 18 48  
70 612 16 708 886 (500) 904 86 186104 97221 39 49  
76 586 510 710 81 855 71 (500) 941 137790 113 79 829  
64 593 695 (500) 739 926 45 74 138 606 849 626 68 765  
889 139399 155 256 61 79 (500) 315 52 63 78 456 89 900  
96 549 687 719 (500) 85  
140009 197 213 663 717 48 51 62 601 2 141046  
(500) 66 354 65 96 (500) 644 (500) 91 714 142090 104  
439 69 543 566 957 59 17 143254 130 844 1302 1266  
622 32 919 57 145 75 146087 (500) 289 312 26 419 801  
67 608 94 147254 400 5 39 507 99 729 989 148046  
184 245 392 438 514 95 625 716 (500) 52 149078 176  
(500) 375 507 (500) 787  
150155 228 334 487 665 766 851 151127 99 248 401  
2 607 92 (500) 890 (500) 150203 (500) 194 384 496 541  
91 659 818 153200 76 (500) 443 763 71 72 300 813  
154028 34 81 156 99 395 99 442 676 763 (500) 153163  
70 335 416 633 124 57 (500) 800 16 42 998 150167 449  
(500) 589 805 15 999 157296 (500) 305 512 17 96 366  
49 888 158131 220 701 73 811 969 159123 74 91 768  
881 909  
160187 91 233 55 61 88 93 428 651 97 779 161045  
684 867 68 83 162035 259 807 948 163159 67 279  
341 496 793 921 164008 6 30 54 61 315 (500) 42 90 92  
625 83 978 165046 121 30 38 (500) 49 401 855 91  
615 404 (500) 98 (500) 773 166192 249 891 409 16  
32 98 167196 745 168148 289 389 57 461 604 956  
169291 579 (500) 613 51 902 329 95  
170273 461 541 658 71 924 171007 168 224 507  
790 170273 38 129 72 284 551 517 55 80 (500) 755 898  
179012 270 458 599 801 (500) 49 80 728 840 174177  
14 545 597 828 175032 107 (500) 615 94 82 57 14  
938 78 176085 109 295 393 61 444 (500) 509 750 541  
47 177046 249 884 64 622 94 728 32 42 92 855 925 64  
(500) 79 178036 53 150 290 337 87 420 80 548 931 783  
998 179031 186 262 317 499 511 69 820 71 809 24  
63 (500)  
180122 55 721 (500) 388 499 548 720 939 181037  
850 450 659 776 894 900 182044 95 603 53 893 917  
183148 347 68 405 25 59 531 68 896 708 917 0 184005  
209 26 601 362 98 677 727 952 185091 299 838 566 735  
82 97 805 931 186020 21 575 612 702 27 935  
187076 84 90 148 (500) 47 (500) 95 378 (500) 696 917 86  
188266 519 452 851 708 833 72 89 189039 20 191 231  
449 (500) 560 924 78  
190066 448 580 39 875 908 191010 37 79 97 114  
301 42 449 705 329 192016 (500) 131 240 96 388 645  
702 68 69 843 192822 751 864 65 928 194112 18 474  
861 621 (500) 83 998 956 195189 57 291 514 678 911  
196099 104 315 17 44 438 873 (500) 921 81 197047  
107 45 285 519 459 508 67 894 92 921 67 (500) 198070  
(500) 63 630 40 889 622 775 840 65 79 199779 594  
200053 67 77 (500) 374 (500) 782 529 772 956  
(500) 97 (500) 440 1027 101 8 31 551 74 518 623 702 998  
200083 84 384 661 684 821 802 716 102 37 387 821 46  
466 601 78 980 204010 55 (500) 646 720 55 829 31 78  
200596 100 140 249 58 473 880 942 200512 255 77 428  
35 638 40 69 571 908 58 207129 64 210 33 43 321 68  
(500) 404 525 200047 356 413 557 665 209009 145  
(500) 51 310 (500) 66 70 477 899  
210098 143 324 519 511 21 557 688 849 910 211002  
51 94 118 29 30 278 (500) 340 879 (500) 21205 109  
14 296 889 835 65 (500) 99 213925 167 (500) 241 488  
645 767 811 918 37 76 214001 24 77 225 73 303 24 446  
580 96 709 28 848 910 215022 190 300 554 69 94 905  
803 288 216333 453 641 67 207129 64 210 33 43 321 68  
207 9 15 317 81 421 575 611 36 710 218008 45 151  
211089 180 339 87 93 676 87 726 48 833 56 83 926  
220083 140 218 412 776 (500) 921 221112 768 959  
71 222088 45 101 218 496 803 74 835 49 941 222119  
376 80 310 401 708 33 223150 245 311 606 794 805  
78 223506 596

**9. Ziehung d. 4. Klasse 196. Nat. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung am 4. Mai 1897. Sonntags.  
Für die Gewinne über 210 Mark sind den verbleibenden Nummern in Parenthese beigefügt.  
(Ceter. Gewinne.)  
57 164 302 25 402 9 (500) 52 70